



Wissenschaftliche Arbeit

Die Anwendung der Cleavage-Theorie auf die Türkei

vorgelegt von

Hogir Gecer

beim Betreuer Prof. Dr. Schmitt-Beck
an der Fakultät für Sozialwissenschaften
im Fachbereich für Politikwissenschaften
am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft 1
an der Universität Mannheim

Juli 2018

Abstract

In einem historischen Umriss entlang mehrere relevanten Ereignisse wird detailliert auf die Ursachen und Entwicklung der Konfliktlinien nach der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) im Osmanischen Reich und in der Türkei eingegangen. Von den vier Konfliktlinien gemäß der Cleavage-Theorie ist für die Türkei einzig die zentrum-periphere Konfliktlinie von Bedeutung. Die Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie versteht sich primär als ein kultureller Modernisierungskonflikt. Diese findet ihren Ausdruck in einer türkisch-kurdischen Konfliktlinie und in einer säkular-islamistischen Konfliktlinie.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	III
1. Einleitung	1
2. Forschungsstand und Theorie	5
2.1. Definition von Cleavage	5
2.2. Cleavage-Theorie.....	10
3. Cleavages im Osmanischen Reich	15
3.1. Zentrum-Peripherie Konfliktlinie	16
3.2. Türkisch-kurdische Konfliktlinie	27
3.3. Säkular-islamistische Konfliktlinie	32
3.4. Industrielle Revolution	36
4. Cleavages in der Türkischen Republik	38
4.1. Zentrum-Peripherie Konfliktlinie	39
4.2. Türkisch-kurdische Konfliktlinie	47
4.3. Säkular-islamistische Konfliktlinie	53
4.4. Alevitisch-sunnitische Konfliktlinie.....	55
5. Schluss	57
Anhang	IV
Literaturverzeichnis.....	IX
Eidesstattliche Erklärung.....	XXIV

Abkürzungsverzeichnis

Parteiname auf Türkisch	Kürzel	Parteiname auf Deutsch
Adalet Partisi	AP	Gerechtigkeitspartei
Adalet ve Kalkınma Partisi	AKP	Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei
Anavatan Partisi	ANAP	Mutterlandspartei
Bariş ve Demokrasi Partisi	BDP	Partei des Friedens und der Demokratie
Birlik Partisi	BP	Einheitspartei
Cumhuriyet Halk Partisi	CHP	Republikanische Volkspartei
Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi	CKMP	Republikanische Bauern-Volkspartei
Demokrasi Partisi	DEP	Demokratiepartei
Demokratik Halk Partisi	DEHAP	Demokratische Volkspartei
Demokrat Parti ¹	DP	Demokratische Partei
Demokratik Partisi	DP2	Demokratische Partei
Demokratik Sol Parti	DSP	Demokratische Linkspartei
Demokratik Toplum Partisi	DTP	Partei der demokratischen Gesellschaft
Doğru Yol Partisi	DYP	Partei des Rechten Weges
Fazilet Partisi	FP	Tugendpartei
Halkın Demokrasi Partisi	HADEP	Volksdemokratiepartei
Halkın Emek Partisi	HEP	Arbeitspartei des Volkes
Halkların Demokratik Partisi	HDP	Demokratische Partei der Völker
Halkçı Parti ²	HP	Populistische Partei
Hürriyet ve İtilaf Fırkası		Freiheits- und Einigkeitsspartei
İttihadi Muhammedi Fırkası		
İyi Parti	IYI	Gute Partei
Milliyetçi Demokrasi Partisi	MDP	Partei der Nationalistischen Demokratie
Milliyetçi Hareket Partisi	MHP	Partei der Nationalistischen Bewegung
Milli Selamet Partisi	MSP	Nationale Heilspartei

¹ Die Demokrat Parti ist nicht zu verwechseln mit der Demokratik Partisi. Beide Parteien heißen auf Deutsch Demokratische Partei und haben dasselbe Kürzel ‚DP‘. Zur Unterscheidung wurde das Kürzel der Demokratik Partisi in ‚DP2‘ umgeändert.

² Nicht zu verwechseln mit der ‚Hürriyet Partisi‘, die in der Literatur unter demselben Parteikürzel auftritt.

Osmanli Ahrar Firkasi		Osmanische Freisinnige Partei
Refah Partisi	RP	Wohlfahrtspartei
Serbest Cumhuriyet Firkasi		Freie Republikanische Partei
Sosyaldemokrat Halkçi Parti	SHP	Sozialdemokratische Populistische Partei
Sosyal Demokrasi Partisi	SODEP	Partei der Sozialdemokratie
Saadet Partisi	SP	Partei der Glückseligkeit
Terakkiperver Cumhuriyet Fir- kasi		Fortschrittliche Republikanische Partei
Türkiye Birlik Partisi	TBP	Einheitspartei der Türkei
Türkiye İşçi Partisi	TIP	Arbeiterpartei der Türkei
Yeni Türkiye Partisi	YTP	Partei der Neuen Türken

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 – Konzeptualisierung von Cleavage.....	8
Abbildung 2 – Das Osmanische Reich.....	19
Abbildung 3 – Administrative Karte der Türkischen Republik	42
Abbildung 4 – Das kurdische Siedlungsgebiet	49

1. Einleitung

Was ist eine erfolgreiche Demokratie?

Bereits die griechischen Philosophen Platon und Aristoteles befassten sich – wenn auch nicht der Demokratie im expliziten – mit der normativen Frage, welcher Staat der Beste sei. In der positiv politischen Theorie ist das Wesensmerkmal einer erfolgreichen Demokratie ihre Stabilität. Etliche Theorien beschäftigen sich in der Politikwissenschaft mit der Stabilität einer Demokratie, dazu zählen beispielsweise die klassische Modernisierungstheorie, die kulturelle Modernisierungstheorie und die Survival-Story³. Ein weiterer Ansatz, der sich mit dem Erfolg einer Demokratie beschäftigt, ist die Stabilität des Parteiensystems.

In vielen westlichen Demokratien ist eine hohe Stabilität des Parteiensystems zu beobachten. Ein stabiles Parteiensystem ermöglicht den Wählern, ein solides Vertrauen in das politische System einer Demokratie aufzubauen. Die Wähler wissen, dass ihre abgegebenen Stimmen zur politischen Willensbildung beitragen. Langfristig führt dies zu einer Angleichung der Wähler an die Parteien, wodurch eine Bindung zwischen Massen und Parteien entsteht (Kitschelt u. a. 1999; Lipset 2011; Mainwaring und Scully 1995; Sartori 1976). Ein solcher stabilisierender und bindender Faktor resultiert aus dem Einfluss sozialer Charakteristika auf das Wahlverhalten, welcher im renommierten Werk „The People’s Choice“ von Lazarsfeld, Berelson und Gaudet, wie folgt pointiert beschrieben wird: „a person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.“ (Berelson, Gaudet, und Lazarsfeld 1948, 27).

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Lipset und der Soziologe Rokkan haben den mikrosoziologischen Ansatz⁴ von „The People’s Choice“ in ihrem viel zitierten Aufsatz „Party Systems and Voter Alignments“ aufgegriffen und diesen mit einem historischen Kontext versehen, in dem sie die Entstehung und Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme beschreiben. Durch die Aggregation der sozialen Charakteristika der einzelnen Wähler bilden sich in der Gesellschaft im Prozess der Staatenbildung sowie in der Einführung und Ausweitung des Wahl-

³ Die Modernisierungstheorie besagt, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Demokratisierung und die Stabilität einer Demokratie erhöht. Die kulturelle Modernisierungstheorie besagt, dass nicht die wirtschaftliche Entwicklung, sondern die kulturelle Entwicklung einer Gesellschaft die Demokratisierung erhöht. Die Survival-Story besagt, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Stabilität einer Demokratie erhöht, aber nicht die Demokratisierung an sich.

⁴ Der mikrosoziologische Ansatz besagt, dass soziale Charakteristika das Wahlverhalten bestimmen.

rechts sogenannte ‚Cleavages‘ (übers. Konfliktlinien⁵). Diese Cleavages führen zur Bildung von organisierenden, konkurrierenden und strukturell voneinander unterscheidbaren Gruppen, die ihre Interessen an die Parteien delegieren. Die Parteien wiederum nehmen die Interessen der Gruppe auf und artikulieren die Interessen im Parteiensystem. Daraus entwickelt sich langfristig eine enge Bindung zwischen Gruppen und Parteien, woraus sich ein klares und starres Parteiensystem herauskristallisiert, in der jede Gruppe von einer Partei vertreten wird. Nach Whitefield führt „the presence of cleavages [...] to democratic stability by solidifying party-public ties“ (Whitefield 2002, 181–82). Denn ohne Cleavages „modern governments [would] face increasing difficulty in generating a political consensus in favour of any policy“ (Russell J. Dalton 1996, 341) und „persistent [electoral] volatility [...] could reduce a democracy’s ability to survive over time“ (Deegan-Krause 2006, 22).

Die Theorie von Lipset und Rokkan, auch ‚Cleavage-Theorie‘ genannt, intendierte ursprünglich das westeuropäische Parteiensystem zu erklären. Berechtigt stellt sich die Frage, ob die Cleavage-Theorie sich auch auf andere demokratische Staaten anwenden lässt, wie asiatische, postkommunistische, lateinamerikanische, islamische und afrikanische Demokratien. Während in der Literatur viele Publikationen zu Westeuropa, Osteuropa und Lateinamerika veröffentlicht wurden (Bornschier 2009; Dix 1989; Madrid 2005; Römmele 1999; Whitefield 2002), sind hingegen einschlägige Publikationen zu islamischen Demokratien vergleichsweise rar. Im Falle der ‚Türkiye Cumhuriyeti‘ (übers. Republik Türkei) beziehen sich zahlreiche Studien und Publikationen über den Einfluss von Cleavages auf das Wahlverhalten auf den Pionier Şerif Mardin, der in seinem Werk „Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?“ die historische Entwicklung der Cleavages, beginnend vom Osmanischem Reich bis Mitte des 20. Jh. der Türkei, skizziert.

Viele Publikationen, die sich mit der Cleavage-Theorie in der Türkei beschäftigen, nehmen die Konfliktlinien als gegeben hin – allen voran, die Publikationen, welche sich auf die Arbeit von Şerif Mardin beziehen. Mit der ersten zentralen Fragestellung

„Gibt es Cleavages in der Türkei?“

⁵ Der Begriff ‚Konfliktlinie‘ und die Begriffe ‚Konflikt/e‘ werden in der vorliegenden Arbeit nicht synonym verwendet. Sie sind daher nicht miteinander zu verwechseln.

widmet sich die vorliegende wissenschaftliche Arbeit einer ausführlichen Beschreibung der Ursachen, Entstehung und Entwicklung der Konfliktlinien. Bevor jedoch diese zentrale Fragestellung beantwortet werden kann, wird im zweiten Kapitel geklärt, was überhaupt Cleavages sind und worum es sich bei der Cleavage-Theorie im Genauen handelt. Hierzu wird die Literatur und die Diskussion um die Definition von Cleavages dargestellt und die Frage erörtert, ob die Cleavage-Theorie noch Relevanz besitzt. Erst dann kann die zweite Fragestellung beantwortet werden:

„Lässt sich die Cleavage-Theorie auf die Türkei anwenden?“

Die erste zentrale Fragestellung wird im dritten Kapitel behandelt. Entlang historischer Ereignisse, sogenannten ‚critical junctures‘, wird die Ursache, Entstehung und Entwicklung der Cleavages im Osmanischen Reich⁶ nachskizziert. Das Osmanische Reich zeichnete sich lange durch eine zentrum-periphere Konfliktlinie aus. Erst im 19. Jahrhundert, als das Osmanische Reich sich seiner Schwäche angesichts der weltpolitischen Machtkonstellation⁷ bewusst wurde und daraufhin eine große Zahl von Reformen verabschiedete, entwickelten sich aus der Zentrum-Peripherie Konfliktlinie die ersten Ansätze einer türkisch-kurdische Konfliktlinie und einer säkular-islamistischen⁸ Konfliktlinie. Die zwei klassischen Konfliktlinien, Stadt gegen Land und Arbeit gegen Kapital, als ein Produkt der industriellen Revolution nach der Cleavage-Theorie, sind hingegen nicht existent, da eine industrielle Revolution sich im Osmanischen Reich nie ereignet hatte.

Im vierten Kapitel wird die zweite zentrale Fragestellung beantwortet. Wie bereits vorhin erwähnt, wurde die Cleavage-Theorie ursprünglich zur Erarbeitung westeuropäischer Parteien-

⁶ Die Türkische Republik ist der Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, das Ende des 13. bis Anfang des 20. Jh. existierte. Um zu beurteilen, ob Cleavages in der Türkei existieren, muss zunächst untersucht werden, ob eine Entwicklung von Cleavages im Osmanischen Reich eingetreten ist.

⁷ Während des 19. Jh. bis zum Ersten Weltkrieg dominierten das Vereinigte Königreich, Frankreich, Preußen bzw. das Deutsche Kaiserreich, das Russische Zarenreich und Österreich-Ungarn die internationale Politik.

⁸ Die Begriffe ‚Islam‘, ‚islamisch‘, ‚Muslim‘ oder ‚muslimisch‘ sind nicht mit den Begriffen ‚Islamismus‘, ‚Islamist‘ oder ‚islamistisch‘ zu verwechseln. Erstere Wortgruppe bezieht sich auf den islamischen Glauben und letztere Wortgruppe bezieht sich auf einen politisierten ideologischen Islam. Die Begriffe ‚Islamismus‘, ‚Islamist‘ und ‚islamistisch‘ bedeuten nicht ausschließlich eine demokratie- und freiheitsfeindliche gewalttätige politische Ideologie, die ihre Legitimität aus der wortwörtlichen Interpretation des Qurans beziehen, sondern bedeuten jedwede politische Ideologie und Ausrichtung, die ihre Forderungen und Ziele aus dem Quran bzw. aus der islamischen Tradition ableiten. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass islamistische Personen und Parteien nicht per se demokratiefeindlich sind. In der vorliegenden Arbeit wird immer erwähnt, wenn eine Partei bzw. Person eine demokratiefeindliche oder gewaltbejahende islamistische Position vertritt.

systeme genutzt. Die Türkei unterscheidet sich jedoch von Westeuropa in mehreren Aspekten: Während die westeuropäischen Parteiensysteme, wie das französische oder das britische, und die damit einhergehenden Konfliktlinien ein Produkt jahrhundertelanger Entwicklung sind, ist das türkische Parteiensystem, welches im Jahre 1946 entstand, vergleichsweise sehr jung. Die Säkularisierung in Westeuropa, die zu einem Konflikt zwischen Staat und Kirche führte, unterscheidet sich fundamental zur Säkularisierung im Osmanischen Reich und in der Türkei, da der Islam, anders als die Kirche, keinen institutionellen Charakter aufweist. Im Gegenteil, der Islam war stets dem Osmanischen Reich untergeordnet, während in Westeuropa Kirche und Staat um den Herrschaftsanspruch rangen. Die dritte zentrale und letzte Fragestellung

„Wie lässt sich das Wahlverhalten der Wähler in der Türkei durch die Cleavage-Theorie erklären?“

wird ebenfalls im vierten Kapitel beantwortet.

Die Türkische Republik wurde im Jahre 1923 gegründet und führte erst im Jahre 1946 das Mehrparteiensystem ein, nachdem die Staatspartei ‚Cumhuriyet Halk Partisi‘ (übers. Republikanische Volkspartei, kurz: CHP) mehr als 20 Jahre lang alleine herrschte. Die im Osmanischen Reich entstandenen Konfliktlinien konnten sich nur langsam im türkischen Parteiensystem manifestieren, da es immer wieder zu militärischen und staatlichen Eingriffen kam, die die Parteien auflösten und verboten. Erst in den 90er Jahren übertrug sich die zentrum-periphere Konfliktlinie ins Parteiensystem, die an zwei politischen Fronten konsolidierte. Die erste Front bildete sich bezüglich der Kurdenfrage⁹, die zweite bezüglich des in der Verfassung verankerten laizistischen Grundsatzes.

Im fünften Kapitel, dem Schluss, werden die Erkenntnisse der einzelnen Fragestellung rekapituliert.

⁹ Die Kurdenfrage thematisiert, ob und wie der rechtliche Status der Kurden in der Türkei anerkannt werden soll. Fragen, wie, ob den Kurden in der Region Kurdistan eine dezentrale Verwaltung, eine Autonomie unter der Türkischen Republik oder eine Unabhängigkeit zusteht, wurden und werden diskutiert. Spätestens seit den 80er Jahren gewann die Kurdenfrage auch eine sicherheitspolitische Dimension, in der die Frage erörtert wurde, wie die Türkische Republik auf die gewalttätigen Unruhen und terroristischen Handlungen im kurdisch bewohnten Südost- und Ostanatolien der Türkei reagieren soll.

2. Forschungsstand und Theorie

Aufgrund der zahlreichen Definitionen von Cleavages entstand in der politikwissenschaftlichen Literatur eine große Debatte darüber, ob die Cleavage-Theorie noch Relevanz besitzt oder nicht. Im Folgenden werden einige Definitionen von Cleavages vorgestellt und anschließend wird auf die Diskussion über die Cleavage-Theorie genauer eingegangen.

2.1. Definition von Cleavage

„Gibt es Cleavages in der Türkei?“

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muss erst definiert werden, was Cleavages überhaupt sind.

Nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan sind Cleavages „critical lines of cleavages“ (Lipset und Rokkan 1967, 14), die jedoch nicht genauer definiert werden (vgl. Lybeck 1985, 107). Diese unsaubere Definition veranlasste eine Reihe von Politikwissenschaftlern den Begriff ‚Cleavage‘ kontrovers zu diskutieren.

Laut Schattschneider existieren in einer Gesellschaft mehrere politische Konflikte (Schattschneider 1964, 62). Welche der politischen Konflikte an Bedeutung gewinnen, ist abhängig von den strategischen Entscheidungen der politischen Parteien, die sich stets mit der Frage beschäftigen, „which battle do we want most to win“ (Schattschneider 1964, 67).

Lane und Ersson definieren Cleavages wie folgt:

„A cleavage is a division on the basis of some criteria of individuals, groups or organizations among whom conflict may arise. The concept of cleavage is thus not identical with the concept of conflict; cleavages may lead to conflict, but a cleavage need not always be attended by conflict. A division of individuals, groups or organizations constitutes a cleavage if there is some probability of conflict.“ (Ersson und Lane 1994, 53).

Während Lane und Ersson die Möglichkeit einräumen, dass ein Cleavage politisch konfliktbehaftet sein könne, erachten hingegen Rae und Taylor alle sozialen und politischen Trennungslinien in einer Gesellschaft als Cleavages:

„A cleavage is merely a division of a community – into religious groups, opinion groups, or voting groups, for example. Formally, we define “cleavage” as a family of sets of individuals.” (Rae und Taylor 1970, 23)

Nach Pappi ist ein Cleavage „ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“ (Pappi 2015, 195) und nach Römmele sind Cleavages „long-term structural conflicts that give rise to opposing positions that competing political organizations represent“ (Römmele 1999, 7).

Eine weitere Definition von Cleavage ist, nach Franklin et al.:

“The term ‘cleavage’ simply refers to issues, policy differences or political identifications related to certain long-standing conflicts in a particular society. Certain authors tend to emphasize the attitudinal or ideological content of issues that are involved and are less concerned with their relation to social groups [...] Most students of political sociology and electoral behaviour, however, are strongly concerned with the other aspect. In their thinking, political cleavages are basically seen as reflecting broadly based and longstanding social and economic divisions within society, and the cleavage structure is thought of in terms of social groups and of the loyalties of members to their social groups.” (Franklin, Mackie, und Valen 1992, 4)

Die ‘threefold definition’ (übers. dreiteilige Definition) (Åsa von Schoultz 2017) von Bartolini und Mair betont die Bedeutung des politischen Handelns in einem Cleavage: „social distinctions become cleavages if they are organised as such“ (Bartolini und Mair 1990, 216). Nach ihnen weist ein Cleavage eine strukturelle, eine normative und eine organisatorische/verhaltensbezogene Komponente auf.

Die strukturelle Komponente ist in der Sozialstruktur verankert und ist empirisch überprüfbar. Die Komponente weist verschiedenen Gruppen soziale Merkmale zu und grenzt sie von anderen Gruppen ab.

Die normative Komponente betont, dass die Mitglieder einer sozialstrukturellen Gruppe gemeinsame Interessen, Werte und Normen teilen, welches zu einem kollektiven Bewusstsein und zu einer kollektiven Identität führt.

Die organisatorische bzw. verhaltensbezogene Komponente drückt aus, dass ein Cleavage dann an politischer Brisanz gewinnt, wenn die Interessen, Werte und Normen einer Gruppe sich im Wahlverhalten widerspiegeln. Die Konfliktlinie manifestiert sich dann in einer der bestehenden

Parteien und die Gruppe wählt für die Partei, die ihre Interessen vertritt (vgl. Åsa von Schoultz 2017, 34; vgl. Bartolini und Mair 1990, 199; vgl. Kriesi 1998, 167).

In Hinblick auf die große Anzahl von Definitionen von Cleavages gibt es nach Römmele „no single coherent definition of what cleavages actually are“ (Römmele 1999, 4) und nach Elff „keine verbindliche Definition von „cleavage““ (Elff 2004, 35). Elff sagt ferner, dass jegliche Definition von Cleavage problematisch sei, da Definitionen, wie die von Pappi, die die Langfristigkeit eines Cleavages betonen, keine Aussage über die zeitliche Dauer trafen. Zudem seien Cleavages erst im Nachhinein festzustellen. Dadurch seien jedoch keine Voraussagen für die Zukunft möglich. „Jegliche Prognosen, die aus der Existenz von *cleavages* abgeleitet würden, wären tautologisch“ (Elff 2004, 35), da Begriffe, wie ‚langfristig‘, ‚dauerhaft‘ oder ein synonymes Wort, indirekt ausdrücken, dass ein Cleavage lange dauern wird. Deswegen ist für Elff der Begriff ‚Cleavage‘ unbrauchbar (vgl. Elff 2004, 35).

Erste systematische Untersuchungen, die für Klarheit im Wirrwarr der Definitionen über Cleavages sorgten, wurden im Jahre 2006 von Deegan-Krause in seiner Arbeit „New Dimensions of Political Cleavage“ und im Jahre 2017 von Åsa von Schoultz in ihrer Arbeit „Party Systems and Voter Alignments“ behandelt.

Deegan-Krause benutzt in seiner Konzeptualisierung die dreiteilige Definition von Bartolini und Mair, um zwischen verschiedenen Stufen von Cleavages zu unterscheiden.

Als ‚differences‘ (übers. Unterschiede) werden Cleavages bezeichnet, die eine der drei Komponenten (strukturelle, normative oder organisatorische/verhaltensbezogene) der dreiteiligen Definition aufweisen.

Als ‚divides‘ (übers. Trennlinien) werden Cleavages bezeichnet, die zwei der drei Komponenten besitzen. Diese sind:

Position-divide: Der Cleavage besteht aus der strukturellen und normativen Komponente.

Issue-divide: Die Konfliktlinie besteht aus der normativen und organisatorischen Komponente.

Census-divide: Die Konfliktlinie besteht aus der strukturellen und organisatorischen Komponente.

Als ‚full cleavage‘ (übers. vollständige Konfliktlinie) werden Cleavages bezeichnet, die alle drei Komponenten verfügen (vgl. Deegan-Krause 2006, 3–5).

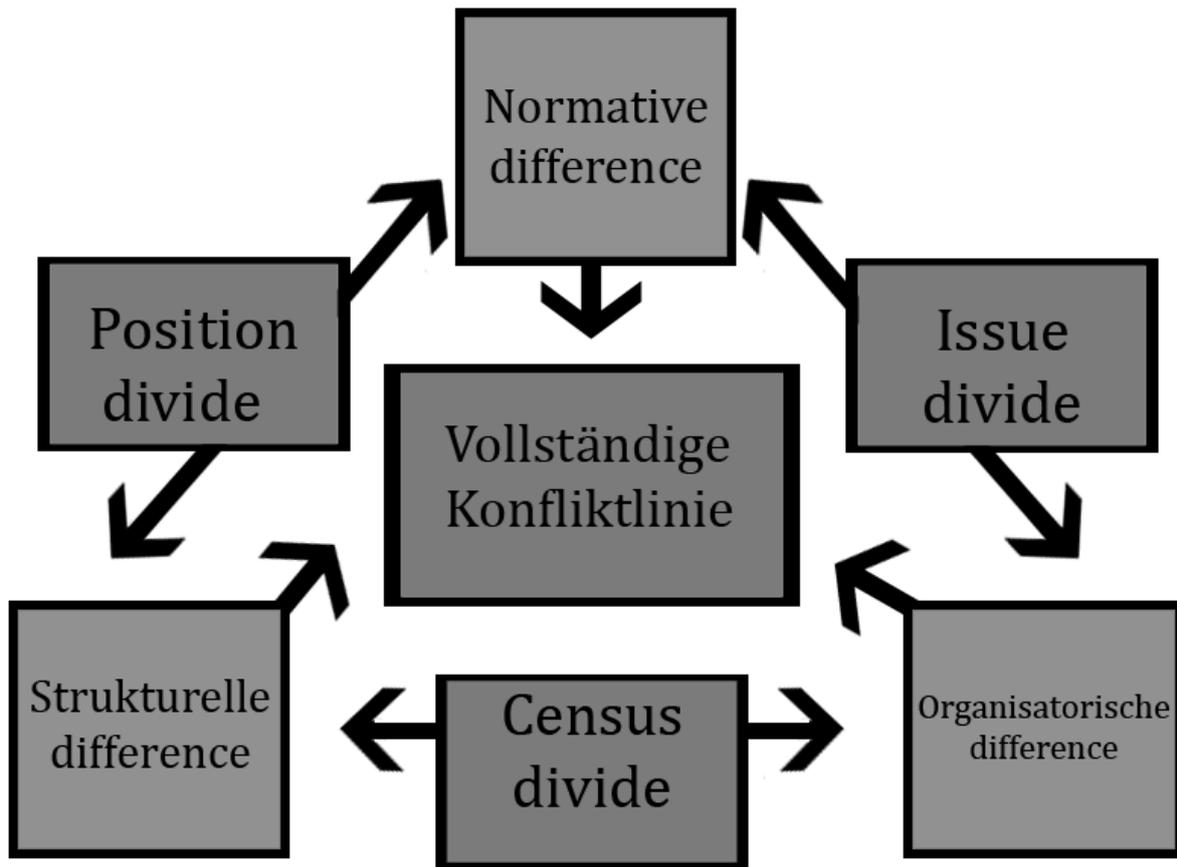


Abbildung 1 – Konzeptualisierung von Cleavage; eigene Skizze angelehnt an Skizze von (Deegan-Krause 2006)

Der Vorteil des Konzepts von Deegan-Krause ist, dass man präzise beurteilen kann, welche der vorhin erwähnten Definition sich tatsächlich auf Cleavages bezieht. So ist die Definition von Rae und Taylor keine Definition von Cleavages allein, sondern eine Definition von differences, divides und vollständigen Konfliktlinien. Denn Rae und Taylor bezeichnen alle Unterschiede zwischen Gruppen als Cleavages, unabhängig davon, ob der Unterschied in einer oder in mehreren Komponenten auftritt. Die Definition von Lane und Ersson, die einem Cleavage die Möglichkeit einräumt, auch eine politische Dimension erreichen zu können, ist nach dem Konzept von Deegan-Krause eine Definition von Census-divide. Erst wenn auch die organisatorische Komponente, also die politische Dimension, erreicht wird, wird aus dem Census-divide eine vollständige Konfliktlinie. Die dreiteilige Definition von Bartolini und Mair betrachtet einen Cleavage erst dann, wenn alle drei Komponenten gleichzeitig auftreten. Ein solcher Cleavage mit allen drei Komponenten ist nach Deegan-Krause eine vollständige Konfliktlinie.

Diese Präzision des Konzepts von Deegan-Krause erlaubt es der Untersuchung der vorliegenden Arbeit, ob es sich bei einem Konflikt im Osmanischen Reich und in der Türkischen Republik um eine *difference*, eine *divide* oder eine vollständige Konfliktlinie handelt¹⁰.

Åsa von Schoultz betrachtet in ihrer Arbeit zwei Arten von Kausalrichtungen zur Entstehung von *Cleavages*. Die gängigste und auch die von Lipset und Rokkan verwendete Kausalrichtung ist die des ‚bottom-up‘-Ansatzes. Im bottom-up-Ansatz passen sich langfristig die Wähler an die Parteien an. Der ‚top-down‘-Ansatz geht davon aus, dass die Aktionen und Strategien der Politiker und der Parteien zu Änderungen im Wahlverhalten der Wähler führen (vgl. Åsa von Schoultz 2017, 31–34).

So ist beispielsweise Schattschneiders Definition von *Cleavages* ein top-down-Ansatz. Wie in den späteren Kapiteln ausführlicher beschrieben, wird die Entstehung von *Cleavages* im Osmanischen Reich vor allem von oben, statt von unten, geführt. Oftmals reagierte die Peripherie auf die Reformen und Bestrebungen nach Zentralisierung des Zentrums. Streng genommen ist jede Konfliktlinie ein Produkt des top-down-Ansatzes und des bottom-up-Ansatzes, da keine Konfliktlinie ausschließlich durch die Aktionen eines einzigen Akteurs entsteht, sondern vielmehr durch viele Akteure, die sich in der Hierarchie unten oder oben befinden.

¹⁰ Um es mit einem aktuellen Beispiel zu verdeutlichen:

Seit den 90er Jahren erleben euroskeptische und rechtspopulistische Parteien an Aufschwung. Vor allem durch die Flüchtlingsfrage stellen diese Parteien inzwischen in einigen europäischen Ländern, wie Ungarn, Österreich und Italien, die Regierung. Einige Autoren führen den Aufschwung der euroskeptischen und rechtspopulistischen Parteien auf die global-nationalistische Konfliktlinie zurück. Diese vermeintliche Konfliktlinie wäre jedoch nur dann eine Konfliktlinie, wenn die Konfliktlinie sich auch strukturell bemerkbar machen würde, wie beispielsweise, dass diejenigen, die ein geringes Einkommen aufweisen, eher dazu tendieren euroskeptische Parteien zu wählen. Viele Studien (Hobolt 2014; Hobolt und de Vries 2016; Kuhn und Stoeckel 2014), die sich mit der Unterstützung für die europäische Integration beschäftigen, weisen unterschiedliche Ergebnisse auf. Eindeutige strukturelle Komponenten konnten nicht ausfindig gemacht werden, weder in Bezug zu Einkommen, Bildung noch Geschlecht. Demnach fehlt der vermeintlichen Konfliktlinie die strukturelle Komponente, weswegen es sich beim global-nationalistischen *Cleavage* um eine *Issue-divide* handelt.

2.2. Cleavage-Theorie

Nach dem nun geklärt und definiert wurde, was Cleavages sind, wird im Folgenden erklärt, worum es sich bei der Cleavage-Theorie im Genauen handelt, um später die zweite Fragestellung

„Lässt sich die Cleavage-Theorie auf die Türkei anwenden?“

beantworten zu können.

Mit Hilfe der von Talcott Parsons entwickeltem AGIL-Schema (Parsons 1977) konstituieren Lipset und Rokkan „four critical lines of cleavages“ (Lipset und Rokkan 1967, 14), die ein Produkt zweier historischer Großereignisse sind, nämlich der nationalen und industriellen Revolution. Sowohl die nationale Revolution als auch die industrielle Revolution führten zu einer tiefgreifenden kulturellen, sozialen und ökonomischen Veränderung in der Gesellschaft, die jeweils zwei große Konfliktlinien hervorbrachten. Aus der nationalen Revolution folgten die Zentrum-Peripherie Konfliktlinie und die Staat-Kirche Konfliktlinie und aus der industriellen Revolution folgten die Arbeit-Kapital Konfliktlinie und die Stadt-Land Konfliktlinie.

Die Zentrum-Peripherie Konfliktlinie beschreibt die Ambitionen der nationalen, politischen und gesellschaftlichen Elite im Zuge der modernen Staatenbildung nach einer kulturellen Homogenisierung, wie der gemeinsamen Sprache und nationalen Identität. Die zweite Voraussetzung für die Entstehung der zentrum-peripheren Konfliktlinie ist die Konzentration des Gewaltmonopols, die sich dem Widerstand religiöser, linguistischer und ethnischer Minderheiten in Lokalregionen, die sich in ihrer Konfession, Kultur, Sprache und Identität gefährdet sehen, entgegengesetzt (vgl. Detterbeck 2011, 41; vgl. Lipset und Rokkan 1990, 101).

Die Staat-Kirche Konfliktlinie bezieht sich auf die Frage der Deutungshoheit der Normen, Werte, Moral, Erziehung und Bildung zwischen dem säkularen Staat und der religiösen kirchlichen Institution (vgl. Lipset und Rokkan 1990, 101).

Die Stadt-Land Konfliktlinie bezeichnet das Bestreben einer aufkommenden selbstbewussten Bürgerschicht in den Städten auf der einen Seite, und der Wahrung der feudalen und monarchi-

schen Ordnung der ländlichen Großgrundbesitzer auf der anderen Seite (vgl. Detterbeck 2011, 42; vgl. Lipset und Rokkan 1990, 105).

Die Arbeit-Kapital Konfliktlinie beschreibt den Interessensgegensatz zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitaleignern. Konkret wird um Löhne, faire Arbeitsbedingungen, faire Arbeitszeiten und um Maßnahmen, die die Akkumulation des Kapitals des Unternehmenseigentümers erleichtern, gestritten (vgl. Lipset und Rokkan 1990, 105).

Durch diese Konfliktlinien bildeten sich im Zuge der Staatenbildung in Westeuropa zunächst voneinander unabhängige Widerstände, die später sich organisierten und regionalübergreifend agierten und somit zur Bildung von Interessensgruppen beitrugen. Mit der damit einhergehenden schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts gingen die Interessensgruppen mit Parteien Bündnisse ein, sodass einerseits die politischen Parteien als Vertreter dieser Interessensgemeinschaften auf nationaler Ebene agierten, andererseits die politischen Parteien von der kollektiven Unterstützung der Interessensgemeinschaft profitierten (vgl. Lipset und Rokkan 1967, 4, 9; vgl. Schoen 2009, 186).

Die Konfliktlinien werden von den Parteien im Parteiensystem dann artikuliert, wenn die Konfliktlinien vier ‚Schwellen‘ überwinden können. Diese sind (vgl. Lipset und Rokkan 1990, 113–14):

- 1) Legitimation: Ist die Konfliktlinie von tatsächlicher Relevanz oder wird sie der Bedeutungslosigkeit durch Verschwörung, Lüge oder Systemfeindlichkeit bezichtigt?
- 2) Inkorporation: Genießen alle Bürger dieselben politischen Rechte und dürfen die Interessen der Bürger politisch durch jedwede Partizipationsmöglichkeit artikuliert werden?
- 3) Repräsentation: Ist der Einzug einer Partei ins Parlament alleine oder nur im Bündnis mit anderen Parteien möglich? Wird die Konfliktlinie bereits von Dritten vertreten?
- 4) Mehrheit: Hat der elektorale Erfolg einer Partei durch eine Mehrheit die Möglichkeit zur bindenden politischen Änderung oder wird sie daran gehindert?

Je nach Intensität, Dauer und Ausprägung der Konfliktlinien und je nach Schwierigkeit, die vier Schwellen zu überwinden, setzten die Konfliktlinien unterschiedliche Akzente in den jeweiligen westeuropäischen Parteiensysteme (vgl. Bornschie 2009, 8; vgl. Lipset und Rokkan 1990, 120–22).

Lipset und Rokkan brachen ihre Untersuchung in den 20er Jahren ab, weil „The party systems of the 1960’s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920’s”

(Lipset und Rokkan 1967, 50). Die langfristige Angleichung der Positionen von Wähler und von Parteien führte dazu, dass keine weiteren Wähler von den Parteien mehr an dieselben gebunden werden konnten (vgl. Bornschieer 2009, 8; vgl. Lipset und Rokkan 1967, 51). Bildlich gesprochen war der Pool, aus dem die Parteien Wähler für sich gewinnen konnten, ausgeschöpft. Jeder Wähler hatte bereits seine Partei gefunden. Diese These ist als ‚Freezing-These‘ oder auch als ‚Stabilitätsthese‘ bekannt und ist einer der umstrittensten „Thesen“ in der Politikwissenschaft.

Die Verwirrung bezüglich der Freezing-These und der daraus sich widersprechenden Ergebnissen, beruht auf zwei großen unterschiedlichen Interpretationen. Die erste Interpretation vertritt den Standpunkt, dass die Konfliktlinien im Parteiensystem ‚eingefroren‘ seien. Die zweite Interpretation sagt, dass nicht die Konfliktlinien, sondern das Parteiensystem eingefroren sei (vgl. Mair 2011, 27).

Diejenigen Wissenschaftler, die die Freezing-These als eingefrorene Konfliktlinien interpretieren, stellen seit Ende der 70er Jahre eine erhöhte elektorale Volatilität in dreizehn europäischen Ländern fest (Pedersen 1979). Als Ursache für eine Änderung der politischen Einstellungen der Wähler wird eine Schwächung der sozialstrukturellen Verankerung des Wahlverhaltens – auch ‚Dealignment‘ genannt – herangezogen (vgl. Åsa von Schoultz 2017, 37). Dieses Dealignment führt zu einer Entkopplung der Wähler von den etablierten Parteien, wodurch neue Parteien die Chance bekommen, die neuen Wähler an sich zu binden (Russel J. Dalton 2002a, 2002b; Russell J. Dalton, Flanagan, und Beck 1984; vgl. Dogan 1995, 536; Franklin, Mackie, und Valen 1992; Kriesi 1998; Lane und Ersson 1997). Lane und Ersson sprechen sich deswegen dafür aus, dass Cleavage-Konzept vollständig zu verwerfen (Lane und Ersson 1997). Gründe für den Rückgang der Konfliktlinien sind, wie schon zuvor genannt, die Schwächung sozialstruktureller Merkmale, wie z.B. die Erosion sozialer Milieus, wie der klassischen Arbeiter (vgl. Åsa von Schoultz 2017, 38) oder die Erosion christlicher Milieus durch die zunehmende Säkularisierung. Dadurch sind Cleavages, wie Arbeit gegen Kapital und Kirche gegen Staat im Begriff der Auflösung. Nach Åsa von Schoultz sind weitere Gründe die hohe soziale und geographische Mobilität, die zu einer Auflösung der homogenen Zusammensetzung der Gruppen und letztlich auch zu einer Abschwächung des Kollektivbewusstseins führt (vgl. Åsa von Schoultz 2017, 37–38). Nach Dalton ist das Dealignment ein Resultat der ‚kognitiven Mobilisierung‘. Der Wähler eigne sich durch die Massenmedien mehr Wissen und Informationen an und wähle entsprechend seiner eigenen individuellen Präferenz, statt primär sich an den Meinungen seiner Gruppe zu orientieren (Russell J. Dalton 1984). Die Folge des Dealignments ist der Einzug von

postmaterialistisch orientierten Parteien, wie der Grünen Parteien und seit der Jahrtausendwende der Aufstieg rechtsnationalistischer und euroskeptischer Parteien (vgl. Bornschier 2009, 1; Russel J. Dalton 2002a; De Graaf, Nieuwbeerta, und Heath 1995; Inglehart 1984; vgl. Mair 2011, 33; Nieuwbeerta 1996).

Die oben genannten Gründe betrachten das Dealignment aus dem bottom-up-Ansatz. Von einem top-down-Ansatz ausgehend, nähern sich zwei Parteien gemäß dem Median-Wähler-Theorem programmatisch an und bedienen ihre Konfliktlinien im Parteiensystem nicht mehr, weswegen die Bindung zwischen Wählergruppen und Parteien fragil wird. Durch dieses Vakuum entwickeln sich neue Parteien.

Andere Wissenschaftler widersprechen der Auffassung des Dealignments, denn die „Reports of the death of social cleavages are exaggerated (Elff 2007, 289). Der Prozess des Dealignments variiert zwischen Ländern sehr stark (Bengtsson u. a. 2014). Diejenigen Länder, die einen starken religiösen oder ethnischen Cleavage aufweisen, so Elff, sind vom Dealignment weniger betroffen (vgl. Elff 2007, 278). Nach Brug und Kritzinger ist nicht jeder Rückgang von Konfliktlinien ein Dealignment, sondern eine Neustrukturierung von Konfliktlinien – auch ‚Realignment‘ genannt. Als Beispiel führt Brug die Erosion sozialer Milieus an, welche durch einen Generationenwechsel zu erklären ist und wodurch alte durch neue Cleavages ersetzt werden (Brug 2010; Brug und Kritzinger 2012). So führen auch sozioökonomische Veränderungen zu neuen sozialen Milieus, wie beispielsweise zu einer neuen Arbeiterklasse, die vor allem im Dienstleistungssektor tätig ist. Doch nicht jede Neustrukturierung generiert neue Konfliktlinien, sondern kann auch bestehende Konfliktlinien neu formen, wie beispielsweise die Staat-Kirche Konfliktlinie, die durch die starke Säkularisierung in den letzten Jahrzehnten salienter und somit wichtiger wurde (Goldberg 2014; Knutsen 2004; Madeley 1991; Minkenberg 2010).

Wie bereits vorhin angesprochen, meint die zweite Interpretation der Freezing-These, dass nicht die Konfliktlinien, sondern das Parteiensystem eingefroren ist (vgl. Mair 2011, 27). Mair führt hierzu drei Erklärungen an, um die Wichtigkeit der Freezing-These zu erklären. Diese sind (vgl. Bornschier 2009, 3; vgl. Mair 2011, 35–36):

- 1) Die Konfliktlinien sind eingefroren, weil die sozialstrukturellen Gegebenheiten, die durch die Konfliktlinien entstanden sind, bis heute dieselben sind, sodass sich auch die Parteialternativen, die sich an die Konfliktlinien orientieren, nicht geändert haben.

- 2) Die Parteialternativen sind eingefroren, unabhängig davon, ob die Alternativen die Konfliktlinien weiterhin noch repräsentieren oder nicht.
- 3) Das Parteiensystem an sich ist eingefroren.

Mair zweifelt die erste Erklärung sehr stark an, da diese suggeriert, dass die Gesellschaft an sich eingefroren ist, sprich, dass die Menschen mit derselben Mentalität sich den Konfliktlinien nähern und sich folglich über Jahrzehnte nichts an der Mentalität geändert hat. Solch eine Gesellschaft sei eine starre Gesellschaft, doch jede Gesellschaft sei dynamisch und damit änderten sich auch die sozialen Begebenheiten und folglich auch die Konfliktlinien.

Die zweite Erklärung sei ebenso anzuzweifeln, weil Parteien sich den neuen Gegebenheiten, unabhängig davon, ob die Konfliktlinien die Gleichen seien, anpassten und im Verlauf der Zeit sich in ihrem Aufbau, in ihrem Prozess und in ihrer Struktur änderten. Als Beispiel sei die Änderung der Massenparteien hinzu Catch-All Parteien genannt.

Demnach stimme die dritte Erklärung. Das Parteiensystem sei eingefroren, indem die Regeln des Politischen stark institutionalisiert wurden.

Die dritte Erklärung entspreche der Beschreibung von Lipset und Rokkan. Die Interaktion und Kombination zwischen Cleavages, Parteiensystem, Institutionalisierung und politische Mobilisierung führe zu einem Status quo des Systems. Jedoch erklären die Autoren Lipset und Rokkan nicht, wie dieses Status quo erhalten bleibe, sondern wie es zu solch einem Status quo gekommen sei. Der größte Irrtum, so Mair, liegt darin, dass die Stabilitätsthese keine These ist, sondern eine nüchterne Feststellung (vgl. Mair 2011, 33, 35–36). Folgt man der Argumentation von Mair, so ist nicht ein Rückgang der Cleavages die Ursache für die Etablierung neuer Parteien im Parteiensystem, sondern die Änderung des Parteiensystems selbst bzw. die Änderung der vier Schwellen, die darüber entscheiden, ob eine Konfliktlinie im Parteiensystem artikuliert wird oder nicht.

3. Cleavages im Osmanischen Reich

„Gibt es Cleavages in der Türkei?“

Um diese erste zentrale Fragestellung adäquat beantworten zu können, müssen zuerst die Gründe für die Existenz solcher Cleavages herausgearbeitet werden. Dies wiederum setzt voraus, auf die historische Entstehung und Entwicklung der Cleavages einzugehen. Das Ziel des Kapitels ist es, vor allem einen detaillierten historischen Ablauf der Cleavages darzustellen, statt pauschal zu sagen, es gibt Cleavages – ohne zu wissen, warum es eigentlich Cleavages gibt. Ziel ist nicht die Übersicht der Geschichte der Türkei, sondern durch die Geschichte der Türkei aufzuzeigen, wie und wodurch Cleavages entstanden sind und warum die Türkei heute so ist, wie sie ist. Grundlage dieser systematischen Analyse sind Arbeiten, Studien und Bücher renommierter Historiker und Wissenschaftler auf dem osmanisch-türkischen Gebiet, wie Şerif Mardin, Idris Küçükömer, Ali Çarkoğlu, Ersin Kalaycıoğlu und Ergun Özbudun.

Das Osmanische Reich und die Türkische Republik zeichnen sich hauptsächlich durch eine Konfliktlinie aus, nämlich der zentrum-peripheren Konfliktlinie. Auf der einen Seite ein seit Anbeginn des Osmanischen Reiches starkes Zentrum, auf der anderen Seite eine sich immer wieder wehrende Peripherie gegen die Reformen des Zentrums. Erst in den 90er Jahren eignete sich die Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie ein neues Gesicht an, die türkisch-kurdische Konfliktlinie. Die zweite Konfliktlinie, die aus der Zentrum-Peripherie Konfliktlinie entstand, und die der Einzigartigkeit der Beziehung zwischen Staat und Islam geschuldet ist, ist die säkular-islamistische Konfliktlinie. Diese Konfliktlinie ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der klassischen Staat-Kirche Konfliktlinie aus Westeuropa. Die säkular-islamistische Konfliktlinie ist vielmehr im kulturellen Sinne gemeint, indem westliche Modernität auf islamische Tradition trifft. Staat und Gesellschaft rangen und ringen bis heute um die Deutungshoheit bezüglich Staatsverständnis und Gesellschaftsidentität, während im Abendland Staat und Kirche um den Herrschaftsanspruch kämpften.

Im Folgenden wird einer jeden Konfliktlinie ein eigenes Kapitel gewidmet. In den Kapiteln werden die Ursachen, Entstehung und Entwicklung der Konfliktlinien entlang wichtiger historischer Ereignisse nachgezeichnet.

3.1. Zentrum-Peripherie Konfliktlinie

Viele der heutigen empirischen Studien, die sich mit Konfliktlinien in der Türkei beschäftigen, beziehen sich direkt oder indirekt auf die Arbeit „Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?“ von Şerif Mardin. In seiner Arbeit beschreibt Mardin die im 19. Jh. im Osmanischen Reich entstandene unidimensionale Zentrum-Peripherie Konfliktlinie, die die heutige Politik in der Türkei wesentlich prägte und prägt (Mardin 1973).

Nach Şerif Mardin setzte sich das Osmanische Reich nach seiner Gründung aus zwei Gesellschaftsschichten zusammen, den ‚Askeri‘ und den ‚Reaya‘. Die Askeri bildeten das Zentrum und die Reaya bildeten die Peripherie. Als im 17. Jh. der Zerfall des Osmanischen Reiches begann, sinnbildlich durch den sich später durchsetzenden Begriff ‚der kranke Mann am Bosphorus‘ dargestellt, und im 17. und 18. Jh. der Nationalisierungsprozess in Westeuropa begann, strebte das Osmanische Reich staatliche, militärische, institutionelle, moderne, säkulare und gesellschaftliche Reformen nach westeuropäischem Bilde an. Doch die Reformen stießen auf den Widerstand der Peripherie, die im Nationalisierungsprozess nicht in den Staat integriert werden konnten, weil die kulturelle Differenz zwischen Askeri und Reaya zu groß war. Eine Feudalklasse und Bourgeoisie fehlte und die Bürokratie des Osmanischen Reiches war von einer tiefen Patronage- und Klientelismus-Politik beeinflusst, die jegliche Anreize für eine Modernisierung hemmte. Diese politische Dichotomie zwischen Askeri und Reaya mündete in einem ideologischen Grabenkampf und manifestierte sich spätestens nach der Einführung des Mehrparteiensystems in der Türkischen Republik, welches bis heute seine Wichtigkeit behält (Mardin 1969, 1973).

Der Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph Idris Küçükömer untersuchte die Beziehung zwischen der türkischen Elite und der türkischen Zivilgesellschaft und arbeitete heraus, warum die industrielle Revolution im Osmanischen Reich nicht stattfand. So wie Mardin unterteilt Küçükömer die osmanische Gesellschaft in zwei Gruppen, die Reaya und die Askeri. Durch die asiatische Produktionsweise¹¹ wurde das von den Reaya erarbeitete Mehrprodukt von den Askeri angeeignet. Die große Expansion des Osmanischen Reiches führte zu hohen Kosten in der Verwaltung und an den Grenzen des Reiches. Durch den langsamen Zerfall des Osmanischen Reiches verschärfte sich das staatliche Defizit im Haushalt. Dies veranlasste das Reich zu hö-

¹¹ In einer asiatischen Produktionsweise eignet sich die herrschende Klasse den Mehrwert einer Produktion an, oftmals durch den Despoten. Die Aneignung des Mehrwerts erfolgt durch eine allgemeine Steuer.

heren Steuern. Die erhöhten Steuern wiederum schwächten die wirtschaftliche Produktivität der Reaya. Die Folge dessen war, dass kein ausreichendes Kapital in das Manufaktur- und Handwerkergewerbe fließen, keine Bourgeoisie mit eigenem Kapital und keine Arbeiterklasse entstehen sowie kein Kapitalmarkt sich bilden konnte. Die extreme Zentralisierung und die orientalische Despotie¹² des Osmanischen Reiches verhinderten die Entwicklung autonomer Städte mit eigener Verwaltung, sodass die Vorformen des Parlaments im Osmanischen Reich nicht zu finden waren. Dadurch war es dem Osmanischen Reich im Gegensatz zu den europäischen Staaten nicht möglich den Wandel zum Kapitalismus zu vollziehen. Durch den fehlenden Kapitalismus konnte sich auch keine industrielle Revolution bilden und letztlich auch nicht die Konfliktlinien Arbeit-Kapital und Stadt-Land. Die Überlegenheit Europas in wirtschaftlicher, militärischer und administrativer Sicht gegenüber dem Osmanischen Reich, drängte das Reich zu Reformen. Diese Reformen konnten jedoch eine Modernisierung nach europäischem Bilde ohne den Wandel zum Kapitalismus nicht vorantreiben. Die Reformen lösten das klassische System des Osmanischen Reiches auf und es entwickelte sich ein politischer Dualismus, der bis heute in der Türkei existiert. Dieser Dualismus besteht aus einem orientalistisch-islamischen Flügel, die Peripherie, und aus einem okzidentalisch-laizistisch-bürokratischem Flügel, dem Zentrum (vgl. Çağlar 2000, 23–29).

Sowohl Mardin als auch Küçükömer stellen die Zentrum-Peripherie Konfliktlinie als die wichtigste Konfliktlinie dar. Historisch lässt sich diese Konfliktlinie an verschiedenen Ereignissen nachvollziehen. Im Folgenden werden entlang dieser Ereignisse die Ursachen, die Entwicklung und die Entstehung der zentrum-peripheren Konfliktlinie herausgearbeitet.

Die wohl größte Ursache der zentrum-peripheren Konfliktlinie sind die seit Anbeginn des Osmanischen Reiches existierenden zwei Gesellschaftsschichten, die Askeri und die Reaya. Die Askeri bestand aus dem Sultan, seinen Delegierten, namentlich die Bürokratie und das Militär, und der ‚Ulema‘¹³. Der Rest der Gesellschaft wurde unter der Reaya zusammengefasst, wie den Nomaden, Bauern, Handwerkern und Händlern (vgl. Inalcik und Whitney 1964, 44; vgl. Klaus 2008, 66). Die Askeri unterschieden sich von der Reaya in sozioökonomischer, kulturell-religiöser, rechtlicher, ethnischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

¹² Ein orientalischer Despot ist ein autokratischer Herrscher, der seine Herrschaft auf eine Bürokratie stützt und totale Herrschaft ausübt, in der keine politischen und keine gesellschaftlichen Gegengewichte existieren.

¹³ Als Ulema wird der islamische Klerus bezeichnet. Ihm gehören Imame, islamische Rechtsgelehrte (Muftis), islamische Richter (Kadis) und islamische Lehrschulen (Madrasa) an (vgl. Kalter und Schönberger, 2003, S. 248).

In ethnischer Hinsicht unterschieden sich Reaya und Askeri durch die Knabenlese¹⁴. Im Militär und in der Bürokratie wurden viele Nicht-Muslime vornehmlich aus christlichen Balkangebieten unterhalten. Dadurch entsprach das Verhältnis zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in der Askeri nicht dem Verhältnis in der Reaya (vgl. Mardin 1973, 171).

Weiter galten für die unterschiedlichen Gesellschaftsschichten unterschiedliche Rechtssysteme. Die Beamten in der Bürokratie und die Soldaten im Militär standen rechtlich als ‚kul‘ (übers. Sklave, Diener) unter dem ‚örf-i sultani‘ (übers. Gesetz des Sultans). Der Sultan durfte das Vermögen der Askeri jeder Zeit konfiszieren. Die Ulema und die Reaya unterstanden dem Rechtssystem der Scharia¹⁵ (vgl. Çağlar 2000, 23ff; vgl. Mardin 1973, 172).

In sozioökonomischer Hinsicht waren die Reaya steuerabgabepflichtig und die Askeri genossen Steuerfreiheit. Die Reaya unterstanden als Pachtbauern dem Nutzungs- und Verfügungsrecht über den Grund und Boden des Eigentümers. Eigentümer waren die Askeri (vgl. Keskin 1981, 12; vgl. Klaus 2008, 66; vgl. Mardin 1973, 172).

In kulturell-religiöser Hinsicht pflogen die Askeri sprachliche, symbolische, literarische und konfessionelle Unterschiede, um sich von den Reaya zu unterscheiden. Die Askeri bevorzugten es, Persisch oder Arabisch zu sprechen, genossen eine große Auswahl literarischer Texte aller Arten und lebten nach dem orthodoxen Islam. Die Reaya sprachen die türkische Umgangssprache, genossen lediglich die Poesie großer Personen, wie von Mevlana Dschalal ad-Din Muhammad ar-Rumi, und pflogen einen vielfältigen heterodoxen Volksislam. Diese kulturelle Differenz führte zu einer Abneigung der Askeri gegenüber den Reaya und zu einer Überhöhung der eigenen Kultur, die als zivilisiert erachtet wurde. Die Peripherie bildete als Reaktion darauf eine vielfältige Gegenkultur. Das entscheidende Merkmal zwischen Zentrum und Peripherie war die kulturelle Trennung zwischen den Herrschenden, Bürokraten und Soldaten einerseits, und Nomaden und Stadtbewohnern andererseits (vgl. Mardin 1969, 270, vgl. 1973, 173; vgl. Özbudun 2015, 29). „Thus, in the more, ecological sense, the center and the periphery were two very loosely related worlds.” (Mardin 1973, 171).

In wirtschaftlicher Hinsicht zeichnete sich das Osmanische Reich durch eine starke staatlich kontrollierte Wirtschaftspolitik aus. Diese Wirtschaftspolitik resultierte aus der tiefen Überzeu-

¹⁴ Die Knabenlese war eine Rekrutierung christlicher Waisen Kinder in das Militär vorwiegend aus dem osmanischen Balkan.

¹⁵ Die Scharia ist kein ausschließlich kodifiziertes Recht, sondern eine unbestimmte Sammlung von Rechtsgutachten von islamischen Gelehrten, von abgeleiteten Normen und Werte aus der Handlung des Propheten Muhammad und von Richtlinien, Geboten und Verboten aus dem Quran.

gung, dass der Sultan persönlich für das Wohlergehen seiner Gesellschaft verantwortlich war. Die Menschen im Osmanischen Reich wurden als Untertanen des Sultans betrachtet. In erster Linie wurde durch die Wirtschaftspolitik die militärischen Strukturen gefördert, wie beispielsweise durch das Timar-System. Im Timar-System wurden verdienstvolle Sipahi¹⁶ durch Lehen belohnt und in Kriegszeiten rekrutiert. Die Sipahi genossen das Privileg der Steuerpächter. Die Erträge der Lehen, die durch die Reaya gewonnen wurden, wurden besteuert und ein Teil der Besteuerung musste an den Sultan abgeführt werden. Da die Lehen faktisch immer dem Sultan gehörten, konnten jederzeit die Steuerpächter enteignet werden bzw. das Vermögen der Steuerpächter konfisziert werden. Zudem waren die Lehen nicht vererbbar. Dadurch konnten sich keine Feudalstrukturen bilden, die in Konkurrenz zum Zentrum stünde (vgl. Çağlar 2000, 29–31, 47; vgl. Mardin 1969, 260, vgl. 1973, 172, vgl. Özbudun 2013, 13–17, vgl. 2015, 28).



Abbildung 2 – Das Osmanische Reich; entnommen aus (Schloßmacher 2014)

¹⁶ Die Sipahi waren eine spezialisierte Kavallerie-Einheit des osmanischen Militärs.

Die zweite Ursache der zentrum-peripheren Konfliktlinie waren die immer wieder vorkommenden Bestrebungen und Reformen des Reiches nach Zentralisierung und Modernisierung. Die ersten Maßnahmen des Reiches, welche zugleich den ersten Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie markierten, ereigneten sich während des Zerfalls des Timar-Systems in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, die in die Celali-Aufstände mündeten (vgl. Çağlar 2000, 422; vgl. Cengiz 2012, 29–31). Die Modernisierung des Militärs von Sipahi zu Janitscharen¹⁷ und die große territoriale Ausdehnung des Osmanischen Reiches¹⁸, welche eine hohe Grenzkontrolle und Verwaltung neuer eroberte Gebiete bedurfte, führten zu einem Defizit im Staatshaushalt. Durch die österreichisch-osmanischen Kriege im 16. Jahrhundert kam die Expansion des Osmanischen Reiches allmählich zum Erliegen. Neues Land konnte kaum gewonnen werden und so auch keine neuen Lehen vergeben werden. Um das Defizit auszugleichen, erhöhte das Osmanische Reich die Steuern im Timar-System. Die erhöhten Steuern wiederum belasteten die Bauern stark (vgl. Çağlar 2000, 422; vgl. Cengiz 2012, 29–31). Um den Zerfall des Lehenssystems aufzuhalten und weiterhin Liquidität zu beziehen, führte das Osmanische Reich Ende des 16. Jh. das ‚Iltizam‘-Steuerpachtsystem ein. Die Lehen der Sipahi wurden an die ‚Mültezim‘, die Steuerpächter, entweder befristet oder lebenslänglich, verkauft. Der Mültezim konnte den Steuersatz auf seinem Lehen selbst bestimmen. Ein Teil des Steuersatzes wurde an das Osmanische Reich abgeführt. Die Bauern litten unter der Steuerwillkür der Mültezim und mussten entweder in die Städte ziehen oder raubten als Banditen auf dem Land, um zu überleben. Aus dem Unmut und der Frustration der Bauern, aber auch der beraubten Rechte der Sipahi, entstanden zwischen dem 16. und 17. Jh. immer wieder Aufstände, die gemeinhin als Celali-Aufstände bezeichnet werden (vgl. Çağlar 2000, 422–23; vgl. Özbudun 2015, 32).

Der nächste Konflikt fand im Jahre 1730 statt, nach dem das Osmanische Reich seine militärische Unterlegenheit gegenüber den europäischen Großmächten einsehen musste. Das Reich versuchte diesen Missstand durch Reformen zu lösen, die sich an europäischer Militärtechnologie und an europäischem Militärwissen orientierten. Da die Reformen auch eine strukturelle Änderung im Militär vorsahen, trat das Osmanische Reich erstmals in intensiven Kontakt mit den europäischen Großmächten, allen voran mit Frankreich. Dadurch kam es zu einem kulturellen Austausch, der zu einer gewissen Verwestlichung der osmanischen Kultur führte. Es kam erneut zu einem Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie und zum ersten intra-elitären Kon-

¹⁷ Die Janitscharen waren eine elitäre, militärische, osmanische Infanterie-Einheit.

¹⁸ Die größte Ausdehnung des Osmanischen Reiches umfasste die Arabische Halbinsel, Nordafrika, Ägypten, Mesopotamien, die Halbinsel Krim, das heutige Südwestrussland, den Kaukasus und die heutige Türkei (siehe Abbildung 2).

flikt zwischen der Ulema und den Janitscharen einerseits, und dem Sultan andererseits. Die Ulema warf dem Sultan Dekadenz vor und die Janitscharen befürchteten den Verlust ihrer Macht durch die Militärreformen. Nach dem sich die wirtschaftliche Situation der Reaya durch die hohen Steuerabgaben zur Finanzierung des Kriegs gegen Persien stark verschlechterte, nutzten die Ulema und die Janitscharen den Unmut der Reaya zu einer Massenmobilisierung, die in den Patrona-Halil-Aufstand mündete. Sultan Ahmed III. wurde abgesetzt, die Verwestlichung wurde gestoppt und die Janitscharen sicherten ihre Position (vgl. Mardin 1973, 175; Olson 1974).

Der nächste Konflikt, wieder intra-elitärer und wieder zwischen Zentrum und Peripherie, ereignete sich Anfang des 19. Jahrhunderts. Der Sultan, die Janitscharen, die Ulema und die ‚Derebey‘¹⁹ kämpften um die Machtstellung innerhalb des Zentrums. Zudem hatten sich durch die ‚Ayan‘²⁰, die eine vermittelnde Rolle zwischen Askeri und Reaya übernahmen, erstmals ein regionalübergreifendes kollektives Bewusstsein der Peripherie entwickelt. Mitte des 18. und Anfang des 19. Jh. war das Osmanische Reich innenpolitisch mit den Ayan, den Derebey und den Janitscharen konfrontiert. Ayan gab es seit jeher immer im Osmanischen Reich. Oftmals handelte es sich bei den Ayan um ehemalige Mültezim, die durch die extremen Steuersätze Reichtum akquirierten und legal oder illegal große Ländereien besaßen. Die Ayan übten einen großen Einfluss auf die Politik des Osmanischen Reiches aus. Sie befehligten Armeen aus ehemaligen Soldaten des Osmanischen Reiches, die in Friedenszeiten nicht vom Osmanischen Reich bezahlt werden konnten, erhoben eigenständige Steuern, behielten die Erträge der Steuern für sich und regierten unabhängig vom Osmanischen Reich. Die Derebey entstanden vor allem im 18. Jahrhundert, als das Osmanische Reich geschwächt war. Oftmals war die Trennung zwischen Derebey und Ayan schwierig (vgl. Bernard 2002, 447; vgl. Çağlar 2000, 427, 476–77; vgl. Kartal 2002, 56–57; vgl. Mardin 1969, 266–67; vgl. McDowall 1996, 41; vgl. Özbudun 2013, 17f, vgl. 2015, 31). Die Ayan bildeten sich aufgrund ihrer Macht und ihrem Ansehen im Volk als ein Zwischenglied zwischen Zentrum und Peripherie. Solange die Interessen der Ayan vom Zentrum nicht berührt wurden, befürworteten die Ayan die Reformen des Reiches. Um ihre Interessen zu wahren, profilierten sich die Ayan als Sprachrohr der Periphe-

¹⁹ Ein Derebey ist eine Person, die als Vasall des Osmanischen Reiches in ihrem Territorium politische Unabhängigkeit genoss, aber in Kriegszeiten dem Osmanischen Reich Soldaten zur Verfügung stellen musste. Der bekannteste Derebey war Mehmed Ali Pascha.

²⁰ In der Literatur werden die Begriffe ‚Ayan‘ und ‚Eşraf‘ oftmals synonym verwendet. Ein Ayan war eine Person, die von seiner lokalen Gemeinschaft gewählt wurde und von einem ‚feman‘, einem Staatsdiener, formell anerkannt wurde. Als Eşraf wird eine Person bezeichnet, bei der die staatliche Anerkennung fehlte (vgl. Karpas 1972, 244). Die vorliegende Arbeit verwendet die Begriffe ‚Ayan‘ und ‚Eşraf‘ synonym.

rie, obwohl die Ayan die Peripherie ebenfalls ausbeuteten (vgl. Caliskan 2011, 144; vgl. Karpat 1972, 254; vgl. Özbudun 2013, 17f, vgl. 2015, 30). Kulturell waren die Ayan und die Peripherie identisch. Beide Gruppen wurden vom Zentrum kulturell als minderwertig erachtet, was sich in einer ungerechten Empfindung dieser Gruppen widerspiegelte und die Bindung zwischen Ayan und Peripherie stärkte (vgl. Mardin 1969, 273–74; vgl. Özbudun 2013, 17f, vgl. 2015, 32).

Die Janitscharen waren militärisch seit Anfang des 18. Jh. nicht mehr erfolgreich. Seit der zweiten Türkenbelagerung Wiens im Jahre 1683 verzeichnete das Osmanische Reich keine territorialen Gewinne mehr. Im Gegenteil, seitdem verlor sie Stück für Stück an Territorien. Sultan Selim III. versuchte durch die Reform ‚Nizam-i Cedid‘ (übers. Neue Ordnung) im Jahre 1793 die Janitscharen aufzulösen und das Militär nach europäischem Vorbild zu modernisieren. Außerdem sah die Nizam-i Cedid vor, die Ayan und die Derebey durch neue loyale staatliche Gouverneure zu ersetzen. Auf Druck der Janitscharen wurde die Reform gestoppt, da die Janitscharen ihre Position gefährdet sahen. Der Ayan Alemdar Mustafa Pascha, der zu seiner Zeit als der mächtigste Ayan galt, eilte – ob aus eigennützigen Gründen oder aus Loyalitätsgründen – dem Sultan Selim III. zur Hilfe und schlug den Janitscharenaufstand nieder. Jedoch konnte er den Mord an Sultan Selim III. während des Aufstandes nicht verhindern. Mit Hilfe des Ayan Alemdar Mustafa Pascha wurde Mahmud II. zum Sultan ernannt. Im Vertrag ‚Sened-i Ittifak‘ (übers. Dokument der Übereinkunft) im Jahre 1808 räumte Sultan Mahmud II. den Ayan weite Zugeständnisse ein. Dazu zählen beispielsweise, die Anerkennung illegaler Territorien, die Vererbung des Titels Ayan und die Zusage, dass das Osmanische Reich sich nicht in die Angelegenheiten der Ayan einmischen durfte. Im Gegenzug verpflichteten sich die Ayan dazu, dem Sultan in Kriegszeiten militärisch beizustehen (vgl. Bernard 2002, 447; vgl. Çağlar 2000, 478–79; vgl. Karpat 1972, 251–53; vgl. Özbudun 2013, 17ff). Die Auflösung der Janitscharen durch Sultan Mahmud II. wurde zynisch als ‚Vaka-i Hayriye‘ (übers.: wohlütiges Ereignis) bezeichnet (vgl. Çağlar 2000, 478–79). Zudem beabsichtigte der Sultan nicht die Sened-i Ittifak einzuhalten. Mit der neuen modernisierten Armee, namentlich ‚Asakir-i Mansure-i Muhammediyye‘ genannt, griff der Sultan die Ayan und Derebey an und verteilte ihre Ländereien an seine Armee (vgl. Bernard 2002, 448; vgl. Çağlar 2000, 478–79; vgl. Karpat 1959, 9, vgl. 1972, 254; vgl. McDowall 1996, 41).

Nach der gewalttätigen Niederschlagung der Janitscharen, der Derebey und der Ayan arbeitete Sultan Mahmud II. ergiebig an neuen Reformen. Die Konfiszierung von Vermögen der Askeri wurde aufgehoben. Staatliche Schulen wurden gegründet. Das Justizsystem wurde erneuert. Im

Militär galt ein Bartverbot. Religiöse Wohlfahrtsstiftungen und die Position des Scheich-al Islam wurden geschwächt (vgl. Çağlar 2000, 478–79; vgl. Karpas 1959, 9). Angesichts der neuen Reformen sorgte sich die Ulema um ihren privilegierten Status. Obwohl der soziale und kulturelle Hintergrund der Ayan und der Peripherie sich vom Hintergrund der Ulema, der Derebey und der ehemaligen Janitscharen unterschied, kam es zwischen diesen genannten Gruppen zu einer Annäherung. Diese Annäherung festigte sich zur ‚Tanzimat‘ (übers. Neuordnung) in eine Allianz (vgl. Özbudun 2013, 13, 17–20, vgl. 2015, 34–39).

Als Tanzimat wird die Zeit von 1839 bis 1876 bezeichnet. In der Tanzimat wurden die meisten und umfassendsten Reformen beschlossen, die den Staat und die Gesellschaft grundlegend änderten. Die Reformen sahen eine Modernisierung, eine Verwestlichung und eine Zentralisierung vor, die bürgerliche, militärische, technische, soziale, pädagogische, gesellschaftliche, religiöse, rechtliche und wirtschaftliche Bereiche einschloss. Als Vorbild der Reformen galt Europa, besonders Frankreich. Die Gleichheit aller Bürger, ob Muslim oder Nicht-Muslim, wurde angestrebt. Man wollte dem wachsenden Nationalismus, der vor allem im Balkan an Popularität gewann, Einhalt gebieten, um nicht, wie durch den Griechischen Unabhängigkeitskrieg im Jahre 1832, Territorium abtreten zu müssen (vgl. Çağlar 2000, 479–82).

Die Zentralisierung des Osmanischen Reiches führte zu einer immer stärker werdenden Bürokratie, die sich durch die Beraubung der finanziellen Mittel der Ulema und durch die Aufhebung der Konfiszierung von Vermögen der Askeri Reichtum aneignete. Daraus entwickelten sich im bürokratischen Staatsapparat oligarchische Strukturen (vgl. Çağlar 2000, 479–82; vgl. Cengiz 2012, 68–69, 73; vgl. Mardin 1969, 276). Die Sultane in der Tanzimat besaßen nur noch eine symbolische Bedeutung. So setzte beispielsweise die Bürokratie die Sultane Abdülaziz und Murad V. vom Thron ab und Abdülhamid II. als Sultan ein (vgl. Kutay 2014, 76). Innerhalb der Bürokratie entstand eine sogenannte ‚rationale Bürokratie‘, die den Nepotismus, die Patronage, den Klientelismus und die oligarchischen Strukturen in der Bürokratie kritisierte. Diese rationale Bürokratie setzte sich mit Eifer daran, die Modernisierung des Staates voranzutreiben. Sie störte sich daran, dass durch den korrupten Teil der Bürokratie die Reformen gehemmt wurden. Den Sultanen warfen sie vor, die Modernisierung des Osmanischen Reiches zu langsam voranzutreiben. Verbliebene mächtige Derebey, wie Muhammed Ali Pascha, und verbliebene Ayan, die als Interessensvertreter der Peripherie fungierten, waren der rationalen Bürokratie ein Dorn im Auge, weil sie sich nicht den Wünschen der rationalen Bürokratie beugten. In den anatolischen Provinzen bildete sich durch die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jh. ein gewisses kollektives Bewusstsein der Ayan, die ihren Unmut gegen jed-

wede Maßnahme des Zentrums zum Nachteil der Peripherie zum Ausdruck brachte. Die Ayan bevorzugten eine Dezentralisierung der Verwaltung, um die Kontrolle über ihre Ländereien nicht an das Osmanische Reich zu verlieren. Deswegen pflogen die Ayan eine gute Beziehung mit der Peripherie. Den Islam instrumentalisierten die Ayan als Mittel, um die Beziehung zur Peripherie aufrechtzuerhalten (vgl. Çağlar 2000, 40–41; vgl. Mardin 1969, 274, vgl. 1973, 177–81; vgl. Özbudun 2013, 36).

Mit der ersten Staatsverfassung im Jahre 1876 endete die Tanzimat. Es wurde eine konstitutionelle Monarchie unter Sultan Abdülhamid II eingeführt. Die konstitutionelle Monarchie umfasste ein bikamerales Parlament, in dem Muslime und Nicht-Muslime partizipieren durften. Die Verfassung sah es jedoch nicht vor, die Kompetenzen des Monarchen einzugrenzen. Im Gegenteil, der Monarch vereinte legislative, exekutive und judikative Komponenten auf sich, wodurch alle Gewalten vom Monarchen abhängig waren (vgl. Yoldaş 2008, 11–18). Im ersten Parlament des Osmanischen Reiches saßen sich die Ayan, die Ulema und all diejenigen, die ihre Privilegien vor und während der Tanzimat verloren hatten, den rationalen Bürokraten gegenüber (vgl. Çağlar 2000, 40–41; vgl. Özbudun 2013, 36).

Doch kurz nach der Einführung des Parlamentes löste der Sultan Abdülhamid II. das Parlament auf, was zu großem Widerstand innerhalb der Bürokratie führte (vgl. Çağlar 2000, 479–82; vgl. Cengiz 2012, 68–73). Aus diesem Widerstand gründete sich die ‚Ittihad-i Osmani Cemiyeti‘ (übers.: Komitee der osmanischen Einheit). Das Komitee bekannte sich zu ihrer multi-ethnischen-religiösen Identität und setzte sich zum Ziel, alle oppositionellen Kräfte zu mobilisieren, um das autokratische Regime unter dem Sultan Abdülhamid II. zu stoppen. Die Ittihad-i Osmani Cemiyeti setzte sich in den nächsten Jahren mit der in Paris befindlichen osmanischen Oppositionsbewegung unter Ahmed Riza zusammen. Ab da nannte sich das Komitee ‚Osmanli Ittihat ve Terakki Cemiyeti‘ (übers. Osmanischer Verein für Einheit und Fortschritt) (vgl. Naif 2007, 96–97).

Das neue Komitee, auch gemeinhin ‚Jungosmanen‘ genannt, waren Verfechter der Modernisierung des Staates auf struktureller und institutioneller Ebene, jedoch nicht auf religiöser und kultureller. Sie propagierten einen osmanischen Nationalismus, laut dem alle Bürger, unabhängig ihrer Herkunft, Kultur und Religion, als osmanische Bürger verstanden wurden. Die Jungosmanen waren der Meinung, dass die physische und mentale Trennung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu den separatistischen Bewegungen im Balkan geführt hätten. Daher war es wichtig, dem Nationalismus der Griechen, der Serben und der Bulgaren mit einem eigenen

religionsübergreifenden Nationalismus entgegenzutreten, den sogenannten Osmanismus (vgl. Cengiz 2012, 75, 77–78; Mardin 1964; vgl. McDowall 1996, 91–92).

Im Jahre 1886 versuchten die Jungosmanen die Autokratie des Sultan Abdülhamid II. zu stürzen, scheiterten jedoch (vgl. Naif 2007, 97). Nach dem gescheiterten Sturz fand im Jahre 1902 in Paris der erste jungosmanische/jungtürkische²¹ Kongress statt. Der Kongress setzte es sich zum Ziel, die Zukunft des Osmanischen Reiches zu erörtern. Fragen, wie, ob eine Hilfe der europäischen Mächte für einen Sturz des autokratischen Regimes benötigt wurde und wie mit der Situation der Armenier im Osmanischen Reich umgegangen werden sollte, wurden besprochen. Der Streit endete in einer politischen Trennung der Jungosmanen und in der Auflösung des jungosmanischen Komitees.

Die Gefolgschaft²² unter Prinz Sabahaddin, Neffe des Sultans Abdülhamid II., gründete die Organisation ‚Teşebbüs-i Şahsi ve Adem-i Merkeziyet Cemiyeti‘ (übers.: Verein für Privatinitiative und Dezentralisation). Diese Organisation strebte nach einer dezentralen Verwaltung, einer Harmonisierung der religiösen und ethnischen Vielfalt, nach individueller Freiheit sowie nach einem liberal föderalistischen Staat mit Hilfe europäischer Mächte. Sie sahen sich dazu verpflichtet, die Situation der Armenier im international geforderten Berliner Vertrag von 1878 zu bessern.

Die Gefolgschaft²³ unter Ahmed Riza gründete die Organisation ‚Ittihat ve Terakki Cemiyeti‘ (übers. Komitee für Einheit und Fortschritt). Das Komitee strebte nach einem zentralisierten, etatistischen, türkischen Nationalstaat. Sie verboten sich jegliche Einmischung aus dem Ausland. Nach dem ersten Kongress fusionierte das Komitee mit dem nationalistischen Verein ‚Osmanlı Hürriyet Cemiyeti‘ (übers. Osmanischer Verein für Freiheit). Die Osmanlı Hürriyet Cemiyeti setzte sich hauptsächlich aus Offizieren und Soldaten des Militärs zusammen. Als bald propagierte das Komitee die rassistische Ideologie des Turanismus²⁴ und vertrat einen exklusiven türkischen Nationalismus.

²¹ Die Jungtürken sind die Nachfolger der Jungosmanen. Die Jungtürken propagieren im Gegensatz zu den Jungosmanen nicht einen osmanischen Nationalismus, sondern einen türkischen Nationalismus. In der Literatur werden verschiedene Angaben dazu gemacht, ob es sich beim ersten Kongress noch um Jungosmanen oder um Jungtürken handelt.

²² Auch als ‚liberale Jungtürken‘ bezeichnet.

²³ Auch als ‚zentralistische Jungtürken‘ bezeichnet.

²⁴ Der Turanismus ist eine rassistische Ideologie, die die ethnische, kulturelle und politische Einheit und Überlegenheit der Turkvölker, wie der Türken, Kasachen, Usbeken, Turkmenen und Kirgisen, betont.

Im Jahre 1907 fand der zweite jungtürkische²⁵ Kongress statt. Als sich die Gerüchte verbreiteten, dass das Russische Zarenreich und das Vereinigte Königreich eine Allianz eingehen wollten, um eine neue Ordnung und eine neue Grenzziehung im Balkan zu erzielen, ergriff das Komitee für Einheit und Fortschritt regelrecht die Panik. Denn seit jeher schützte das gegenteilige Interesse des Russischen Zarenreiches und des Vereinigten Königreiches auf dem Balkan die Souveränität des Osmanischen Reiches, da das Osmanische Reich stets die beiden Großmächte gegeneinander ausspielen konnte (vgl. McDowall 1996, 90–91; vgl. Naif 2007, 97–100, 108). In der Jungtürkische Revolution im Jahre 1908 zwangen die Jungtürken Sultan Abdülhamid II. zur Auflösung der autokratischen Herrschaft und zur Einsetzung der zweiten konstitutionellen Verfassung (vgl. Çağlar 2000, 479–82; vgl. Karpat 1959, 14). In der zweiten konstitutionellen Verfassung wurde das Veto-Recht des Sultans in ein verzögertes Veto-Recht²⁶ umgeändert. Die gesetzgebende Kompetenz des Sultans wurde abgeschwächt und die des Parlamentes wurde gestärkt. Das Parlament und die Regierung waren unabhängiger vom Sultan. Die Regierung war dem Parlament gegenüber verantwortlich (vgl. Yoldaş 2008, 20–22).

Die liberalen Jungtürken und die zentralistischen Jungtürken traten zu den Wahlen vor und nach dem Ersten Weltkrieg gegeneinander an. Die zentralistischen Jungtürken traten unter dem Komitee der Einheit und Fortschritt zu den Wahlen an. Die liberalen Jungtürken unter Prinz Sabahaddin mussten im Verlauf der Zeit immer wieder neue Parteien gründen, da das Komitee immer wieder innenpolitische Gefahren zum Anlass nahm, jegliche Opposition unter Generalverdacht zu stellen und zu sanktionieren. So wurden kulturelle und politische Parteien, Organisationen und Vereine aufgelöst, Oppositionelle verfolgt und hingerichtet. Die Parteien, mit denen die liberalen Jungtürken zu den verschiedenen Wahlen antraten, waren die ‚Osmanli Ahrar Firkasi‘ (1908-1910), die ‚Hürriyet ve Itilaf Firkasi‘ (1911-1913, 1918-1919), die ‚Terakkiperver Cumhuriyet Firkasi‘ (1924-1925) und die ‚Serbest Cumhuriyet Firkasi‘ (1930). Innerhalb der liberalen Jungtürken und den zentralistischen Jungtürken gründete sich später der islamistische Flügel der Jungtürken, die ‚Ittihad-i Muhammedi Firkasi‘ (1909), die die zunehmende Säkularisierung der zentralistischen Jungtürken und liberalen Jungtürken mit Argwohn betrachtete, jedoch nicht gegen die staatliche Modernisierung war. Nachdem die Ittihad-i Muhammedi Firkasi und die Osmanli Ahrar Firkasi verboten und aufgelöst wurden, bildete die

²⁵ Spätestens seit dem zweiten Kongress ist die Literatur der Meinung, dass es sich um die Revolutionäre um Jungtürken und nicht Jungosmanen handelt.

²⁶ Das verzögerte Veto-Recht bedeutet, dass der Sultan lediglich für einen konkreten Sachverhalt Einspruch legen kann. Wird dem Einspruch des Sultans nachgegeben und liegt keine Verletzung der Verfassung vor, muss der Sultan dem Gesetz zustimmen.

Hürriyet ve Itilaf Firkasi das Konglomerat verschiedener politischer Strömungen, wie der liberalen Jungtürken, islamistischen Jungtürken, Traditionalisten und Säkularen. Die ideologischen Unterschiede dieser politischen Strömungen waren im Vergleich zu ihrem gemeinsamen Feindbild, den zentralistischen Jungtürken, unwichtig (vgl. Angrist 2018, 242; vgl. Çağlar 2000, 498–501; vgl. Kayali 1995, 273–78; vgl. Klaus 2008, 48; vgl. Naif 2007, 100–106; vgl. Özbudun 2013, 20–26, vgl. 2015, 35–36, 39).

3.2. Türkisch-kurdische Konfliktlinie

Wie schon zuvor erwähnt, drückt sich die zentrum-periphere Konfliktlinie in der Türkischen Republik in zwei Formen aus, der türkisch-kurdischen Konfliktlinie und der säkular-islamistischen Konfliktlinie. In diesem Kapitel wird auf die Ursachen, Entwicklung und Entstehung der türkisch-kurdischen Konfliktlinie eingegangen. Ähnlich wie im vorherigen Kapitel die Konfliktlinie an historischen Ereignissen nachgezeichnet.

Die Beziehung zwischen dem Osmanischen Reich und den kurdischen Fürstentümern begann Anfang des 16. Jahrhunderts. Durch die besondere geopolitische Lage der kurdischen Fürstentümer in Mesopotamien, welche sich zwischen dem Osmanischen Reich und dem Safawidischen Reich befand, bemühte sich das Osmanische Reich um die Gunst der kurdischen Fürstentümer, um seine Grenzen vor dem Safawidischen Reich langfristig schützen zu können. In der Schlacht von Chaldiran im Jahre 1514 schlossen sich die kurdischen Fürstentümer dem Osmanischen Reich im Krieg gegen das Safawidische Reich an (vgl. Kartal 2002, 33ff; vgl. McDowall 1996, 26–28; vgl. Nebi 2009, 138).

Nach der Niederlage des Safawidischen Reiches gingen das Osmanische Reich und die damals achtzehn kurdischen Emirate den Vertrag von Chaldiran ein. Der Vertrag legte über Jahrhunderte hinweg die diplomatische Grundlage zwischen dem Osmanischen Reich und den kurdischen Mir²⁷ dar. Das politische System der Region Kurdistan wurde in drei Provinzebenen gegliedert, die ‚Kürt Hükümetleri‘, die ‚Sancaks‘ und die übrigen Provinzen. Der Chaldiran-Vertrag verpflichtete alle Provinzen bis auf die Kürt Hükümetleri zur Steuerabgabe und zum militärischen Beistand in Kriegszeiten. Die Kürt Hükümetleri genossen zudem das Privileg der Autonomie, der Souveränität in inneren Angelegenheiten, das Recht auf Sicherheit vor äußeren

²⁷ Mir heißt Fürst oder Herrscher auf Kurdisch.

Feinden sowie Steuerfreiheit. Die Kürt Hükümetleri waren das Land der kurdischen Fürsten. Die Sancaks wurden entweder vom Osmanischen Reich oder von einem kurdischen Mir regiert. Einige der Sancaks genossen trotz allem dieselben Privilegien wie die Kürt Hükümetleri, insbesondere in der Zeit, in der das Osmanische Reich geschwächt war. Die übrigen Provinzen wurden von Stammesführern regiert. Der Grund, weshalb so viele Gebiete nicht von kurdischen Mir regiert wurden, lag in der Besonderheit der tribalen Strukturen der Kurden. Jeder Stammesführer lehnte es für sich ab, seine eigene Souveränität zugunsten eines Fürsten abzulegen (vgl. Kartal 2002, 36–40, 44–46, 54; vgl. McDowall 1996, 26–28; vgl. Naif 2007, 248–49; vgl. Namo 1992, 119; vgl. Nebi 2009, 138).

Die Schwächung des Osmanischen Reiches durch die Derebey und Ayan im 18. Und 19.Jh. veranlasste einige kurdische Fürstentümer, wie Baban, Soran und Botan, ihre Unabhängigkeit zu erklären und wider des Osmanischen Interesses zu handeln. Die Reformen zur Tanzimat sahen es vor, die kurdischen Emirate, genauer gesagt die Region Kurdistan, einer gemeinsamen Verwaltung und einem vom Osmanischen Reich bestimmten staatlichen Gouverneur unterzuordnen. Dieses Vorhaben führte zum Widerstand der kurdischen Emirate, da sie ihre Macht gefährdet sahen. Bezeichnend für den Widerstand waren die ersten Anzeichen eines kurdischen Nationalbewusstseins, das aus einer in der Not entstandenen Allianz zwischen den kurdischen Emiraten resultierte, um ihre Privilegien vor dem Osmanischen Reich zu schützen. Es ereigneten sich zeitversetzt im 19.Jh. der Aufstand von Baban, Soran und Botan. Das Osmanische Reich schlug alle Aufstände nieder und löste die kurdischen Emirate, Hakkari, Baban, Bedlis, Botan und Soran auf. Die Auflösung und die darauffolgende Änderung der kurdischen Fürstentümer betrafen jedoch den militärisch-administrativen Bereich, nicht den ökonomisch-gesellschaftlichen. Dadurch blieben die tribalen Strukturen und die Hierarchien in der kurdischen Stammesgesellschaft bestehen. Dies führte dazu, dass das Osmanische Reich auch weiterhin keinen wirklichen Einfluss auf die Region Kurdistan ausüben konnte (vgl. Kartal 2002, 56–59; vgl. Naif 2007, 251; vgl. Namo 1992, 126–29; vgl. Nebi 2009, 139).

Durch das entstandene Vakuum traten anstelle der kurdischen Fürsten religiöse Scheichs auf, die sich neben religiösen Aufgaben nun auch weltlichen Aufgaben widmeten. Unter ihnen stach Scheich Ubeydallah Nehri hervor. In Folge des osmanisch-russischen Krieges im Jahre 1877 erlebte die Region Kurdistan eine starke Armut und einen desaströsen Zustand, der von Unruhen und von Gesetzlosigkeit begleitet wurde. Hinzu litt Kurdistan unter persischer Aggressionspolitik. Scheich Ubeydallah forderte vom Osmanischen Reich Hilfe und Unterstützung, die jedoch ausblieb. Auf Geheiß des Scheichs wurden der Scheich und seine Gefolgsleute vom

Vereinigten Königreich bewaffnet, um Ordnung und Sicherheit in Kurdistan zu garantieren und sich gegen das Osmanische Reich und Persien aufzulehnen, da der Scheich diese beiden Reiche vor allem für die prekäre Lage Kurdistans verantwortlich machte. Im Gegensatz zu den vorherigen Aufständen war der von Scheich Ubeydallah mobilisierte Bauernaufstand²⁸ in den Jahren 1878 bis 1880 erstmals kurdisch nationalistisch geprägt. Das Osmanische Reich schlug den Aufstand nieder und verbannte den Scheich ins Exil (vgl. Kartal 2002, 60; vgl. McDowall 1996, 53–59; vgl. Naif 2007, 253–54; vgl. Namo 1992, 129–30).

Von 1889 bis 1908 waren die Jungosmanen und später die Jungtürken stark auf muslimische nicht-türkische Minderheiten, wie Albaner, Tscherkessen und Kurden, und auf nicht-muslimische Minderheiten, wie Armenier, angewiesen. Die Gründungsmitglieder des Komitees waren unter anderem Albaner und Kurden. In dieser Zeit wurde ein offener türkischer Rassismus nicht ausgelebt. Erst nach der Jungtürkischen Revolution änderte sich schlagartig die Haltung, nachdem der zentral-etatistisch-nationalistische Flügel der Jungtürken größeren Zulauf bekam, als der liberal-pluralistische Flügel. Rassistische Ideologien, wie der Turanismus, wurden offen ausgelebt, vor allem gegenüber Armeniern (vgl. Karpat 1959, 23–24; vgl. Kartal 2002, 73; vgl. Klaus 2008, 45; vgl. McDowall 1996, 96–98).

Nach der Jungtürkischen Revolution gab es zahlreiche Bestrebungen seitens religiöser und weltlicher Würdenträger und Organisationen, eine kurdische Autonomie oder eine kurdische Unabhängigkeit anzustreben und politische Rechte zu fordern, wie beispielsweise die ‚Kürt Teavün ve Terakki Cemiyeti‘ (übers. Verein für gegenseitige Hilfe und Fortschritt), die ‚Heviya Kurd Cemiyeti‘ (übers. Gesellschaft der kurdischen Hoffnung), die ‚Kürdistan Teali Cemiyeti‘ (übers. Gesellschaft für den Aufstieg Kurdistans), die ‚Civata Azadi Kurd‘ (übers. Kurdische Freiheitsgesellschaft) und die ‚Xoybun‘ (übers. Für einen Selbst). Die geringen Erfolge aller dieser Organisationen, mit Ausnahme von Civata Azadi Kurd und von Xoybun, beschränkten sich auf die intellektuelle Schicht der Kurden, die sich in Istanbul aufhielt. Die Erörterung und die Ausarbeitung von Lösungen für das wirtschaftlich schwache und bildungsarme Kurdistan konnten nicht weiterverfolgt werden, da das Komitee nach der Jungtürkischen Revolution alle oppositionelle Bewegungen, darunter auch die kurdischen Organisationen, auflöste und verbot (vgl. Bernard 2002, 93; vgl. Kartal 2002, 73–80; vgl. McDowall 1996, 94–98; vgl. Naif 2007, 255–56; vgl. Nebi 2009, 139–40).

²⁸ Der Bauernaufstand ist auch bekannt als Nehri-Aufstand (vgl. Fadel 1992, 19).

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Friedensvertrag Sèvres zwischen dem Osmanischen Reich und der Entente ausgehandelt. In diesem Vertrag wurden konkrete Alternativen für das kurdische Volk ausgearbeitet. Diese waren die Unabhängigkeit eines kurdischen Staates, die Gründung eines binationalen türkisch-kurdischen Staates oder die Autonomie unter türkischer Herrschaft. Der Vertrag wurde jedoch aufgrund des Türkischen Unabhängigkeitskrieges²⁹ gegen die Entente unter der Führung von Mustafa Kemal nicht umgesetzt (vgl. Naif 2007, 260–64; vgl. Nebi 2009, 141–43). Nachdem der Inhalt des Sèvres Vertrages bekannt wurde, formierte sich eine kurdisch nationalistische Bewegung gegen die inzwischen von Mustafa Kemal geleitete Regierung, die in den Koçgiri-Aufstand mündete. Die Bewegung strebte nach Unabhängigkeit gemäß nach dem Vertrag von Sèvres sowie dem 14-Punkte-Programm von Woodrow Wilson³⁰. Die Bewegung wurde von Mustafa Kemal niedergeschlagen. Am Koçgiri-Aufstand beteiligte sich nur ein Teil der Kurden. Die Mehrheit schloss sich dem Türkischen Unabhängigkeitskrieg an, da viele Kurden sich dem Kalifat³¹ und dem Islam bekannten, statt einem reinen kurdischen Nationalismus. Zudem war ein Teil der nationalistischen Kurden gegenüber dem Vertrag von Sèvres selbst skeptisch, weil er den Armeniern eine großzügige Grenzziehung versprach, welche auch kurdische Siedlungsgebiete miteinschloss. Auch Mustafa Kemal ließ jegliche Gelegenheit nicht aus, um die Gunst und Sympathie der Kurden für sich zu gewinnen, indem er den Kurden in der Verfassung von 1921 kulturell-politische Rechte in Aussicht stellte oder die Gleichberechtigung der Kurden und Türken versprach. Zudem mobilisierte Atatürk die Kurden für den Türkischen Unabhängigkeitskrieg, indem er an die religiösen Gefühle der Kurden appellierte und die ‚Umma‘³² heraufbeschwor (vgl. Bernard 2002, 184–87; vgl. Kartal 2002, 85; vgl. McDowall 1996, 187; vgl. Nebi 2009, 148–54).

Nach dem Sieg von Mustafa Kemal im Türkischen Unabhängigkeitskrieg wurde der Vertrag von Sèvres durch den Vertrag von Lausanne im Jahre 1923 neu verhandelt. An den Konferenzen des Lausanner Vertrages durften die Kurden nicht teilnehmen. Im Vertrag wurden jegliche Alternativen einer kurdischen nationalen Bestrebung unterminiert (vgl. Naif 2007, 262–64; vgl. Nebi 2009, 144–45). Die radikale Kehrtwende in der Beziehung zwischen Türken und Kurden ereignete sich, weil die türkische Regierung unter Mustafa Kemal keine Gefahr mehr von außen

²⁹ Der Türkische Unabhängigkeitskrieg, auch ‚Türkischer Befreiungskrieg‘ genannt, richtete sich gegen die Entente und gegen die griechische Expansion.

³⁰ Das 14-Punkte-Programm thematisierte unter anderem das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

³¹ Das Kalifat bezeichnet die vom Kalifen geführte muslimische Gemeinschaft und das vom Kalifen beherrschte Gebiet.

³² Umma (übers. Volk, Gemeinschaft auf Arabisch) bezeichnet die islamische Gemeinschaft, sprich die Gesamtheit aller Muslime.

befürchten musste. Die im Türkischen Unabhängigkeitskrieg versprochenen kulturell-politischen Rechte dienten dazu, die Kurden an einer eigenen Unabhängigkeit zu hindern und am Anschluss an das unter britischem Mandat besetzte kurdische Gebiet Mosul (vgl. McDowall 1996, 190–91). Durch den Vertrag von Lausanne wurde das kurdische Volk in vier Staaten geteilt. Das Gebiet Mosul stand unter britischem Mandat, welches später in den Nationalstaat Irak eingegliedert wurde. Unter französischem Mandat wurde das heutige Kanton ‚Rojava‘³³ dem syrischen Staat einverleibt. Nord- und Ostkurdistan wurden zwischen der Türkei bzw. dem Iran aufgeteilt (vgl. Nebi 2009, 145–47). Spätestens nach der Gründung der Türkischen Republik wurde jegliche Aussicht auf kurdische Unabhängigkeit oder Autonomie beendet. „Die Abschaffung des Kalifats, das den Brennpunkt der kurdischen Loyalitäten dargestellt hatte, [löste] die Scheich-Said-Rebellion [im Jahre 1925] aus.“ (Bruinessen 1989, 110). Danach ereignete sich der Ararat-Aufstand (1930) und der Dersim³⁴-Aufstand (1937).

Während der Ararat-Aufstand nationalistisch geprägt war und gar zur Reklamation der Gründung der Republik Ararat führte, war der Scheich-Said Aufstand entgegen weitläufiger Annahmen nicht primär kurdisch-nationalistisch geprägt, sondern religiös motiviert. Der Scheich-Said Aufstand wurde zwar von der nationalistisch-kurdischen Organisation Civata Azadi Kurd organisiert, aber den Impuls gab der hoch gewürdigte religiöse Scheich Said (vgl. Bruinessen 1989, 110). Scheich Said und seine Gefolgschaft bemühten sich um die Wiederherstellung des aufgelösten Kalifats. Die Kemalisten³⁵ nahmen die Aufstände zum Anlass, um alle möglichen Oppositionsbewegungen durch das erlassene Gesetz ‚Takrir-i Sükun Kanunu‘ (übers. Gesetz zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung), darunter auch kurdische Bewegungen, gewaltsam aufzulösen. Mit dem Gesetz ‚Hiyanet-i Vataniye Kanunu‘ (übers. Gesetz zum Verrat an die Nation) folgten eine Assimilierung der kurdischen Identität sowie mehrere Deportationen der kurdischen Bevölkerung, um die kurdischen tribalen Strukturen aufzulösen und um ein kurdisches Kollektivbewusstsein zu zerstören. Ebenfalls folgten gewalttätige staatliche und militärische Maßnahmen, um weitere potentielle kurdische Aufstände zu verhindern (vgl. Çağlar 2000,

³³ Der kurdische Begriff ‚Rojava‘ bezeichnet die nördliche Region Syriens an der türkisch-syrischen Grenze.

³⁴ Dersim ist der kurdische Name der gleichnamigen Provinz ‚Tunceli‘ in der Türkei. Tunceli (übers.: eiserne Hand auf Türkisch) ist der pejorative Gebrauch, der den Sieg des türkischen Militärs über den Dersim-Aufstand glorifiziert.

³⁵ Ein Kemalist war ein Anhänger der Ideologie von Mustafa Kemal. Der Kemalismus bestimmt die Verfassung und das Staatsverständnis der Türkischen Republik. Der Kemalismus umfasst sechs Prinzipien: Republikanismus, Populismus, Laizismus, Reformismus/Revolutionismus, Nationalismus und Etatismus (Vom Reich zur Republik: die „kemalistische Revolution“ 2012).

41; vgl. Mardin 1973, 182; vgl. McDowall 1996, 191–93, 202–10; vgl. Naif 2007, 273–78; vgl. Nebi 2009, 154–57).

3.3. Säkular-islamistische Konfliktlinie

Während die Staat-Kirche Konfliktlinie und die Zentrum-Peripherie Konfliktlinie in Westeuropa ein Produkt der nationalen Revolution waren, ist die Staat-Kirche Konfliktlinie im Osmanischen Reich, die hier als säkular-islamistische Konfliktlinie bezeichnet wird, ein Produkt der zentrum-peripheren Konfliktlinie. Im Gegensatz zur türkisch-kurdischen Konfliktlinie, tauchte die säkular-islamistische Konfliktlinie bereits in den wenigen Legislaturperioden nach der Jungtürkischen Revolution auf. Dennoch konnte sich die Konfliktlinie erst im türkischen Parteiensystem vollständig festigen. Im Folgenden wird auf die Ursachen, die Entstehung und die Entwicklung der säkular-islamistischen Konfliktlinie eingegangen, indem auch hier entlang historischer Ereignisse diese Konfliktlinie nachgezeichnet wird.

Als das Osmanische Reich im Jahre 1521 die Mamlukische Dynastie im heutigen Ägypten eroberte, übernahm das Osmanische Reich den Titel des Kalifen von den Mamluken. Der Kalif trug die Verantwortung für alle Muslime auf der Welt. Er führte die muslimische Gemeinschaft im politischen, kulturellen, administrativen, militärischen und kulturellen Bereich an und garantierte die Sicherheit und Ordnung in der muslimischen Gemeinschaft. Durch den Titel des Kalifen entwickelte das Osmanische Reich ein Bewusstsein einer muslimischen Identität und verstand sich später als ein islamischer Staat, trotz seiner damaligen kosmopolitischen und vielfältigen ethnischen und religiösen Gesellschaft auf dem Balkan und in Westanatolien (vgl. Kutay 2014, 66–67).

Die klassische Konfliktlinie Staat gegen Kirche in Europa, als Folge einer zunehmenden Säkularisierung, unterschied sich stark von der Staat-Kirche Konfliktlinie im Osmanischen Reich. Während in der europäischen Säkularisierung hauptsächlich die kirchlichen Institutionen entmachtet wurden, bedeutete die Säkularisierung des Osmanischen Reiches und der Türkei die Entmachtung des Islams an sich. Der Unterschied ist auf die besonderen Eigenschaften der christlichen und islamischen Tradition zurückzuführen. Während die christliche Tradition eine ‚nicht-organische Religion‘ ist, ist die islamische Tradition eine ‚organische Religion‘.

Als nicht-organische Religionen bezeichnet man jene Religionen, die sich vor allem durch ihren institutionellen Charakter auszeichnen und eine eigene Organisationsstruktur aufweisen. Eine solche nicht-organische Religion weist eine exklusive Identität, die sie klar von der Gesellschaft trennt, aus. Das Christentum ist eine solche institutionalisierte Religion mit einem eigenen Organ, verbildlicht durch den Papst. Kirche und Politik konkurrierten um den Herrschaftsanspruch, weswegen in der Säkularisierung das primäre Ziel die Entmachtung der kirchlichen Institution war (Abesadze 2014; Hyma 1938; vgl. Kutay 2014, 120; Siegman 1964; Smith 1970).

Als organische Religionen bezeichnet man jene Religionen, die tief in der Gesellschaft verwurzelt sind. Gesellschaftliche Identität und religiöse Identität überlappen sich oder sind gleichzusetzen. Die islamische Tradition kennt eine solche strikte Trennung der Institutionen nicht. Eine Monopolisierung der religiösen Autorität, wie die des Papstes im Christentum, ist dem Islam fremd. Im Gegenteil, in der islamischen Tradition sind Religion und Staat³⁶ eins. Die islamische Tradition sieht in allen Bereichen, in denen Menschen in Interaktion treten, Institutionen³⁷ vor, die das Wohl und den Schutz des Menschen fördern bzw. gewähren soll. Diese Institutionen sind vom Staat zu achten und zu schützen. So ist beispielsweise die ‚Hisba‘³⁸ eine religiöse Institution, die zur Durchführung ihrer Aufgaben Gewalt in Anspruch nimmt. Die ‚Waqf‘ ist eine staatlich unabhängige Wohlfahrtsstiftung, die zivilgesellschaftliche Aufgaben übernimmt, wie beispielsweise sich um das Wohl der Bedürftigen zu kümmern. Die Waqf war eine der wenigen Institutionen deren Vermögen vom Sultan nicht konfisziert werden konnte. Durch solche religiösen Institutionen wurden dem Staat hoheitliche Aufgaben abgenommen, wodurch sich der Handlungsspielraum der Herrschaft der Sultane verkleinerte (Abesadze 2014; Hyma 1938; vgl. Kutay 2014, 120; vgl. Mardin 1969, 268; Siegman 1964; Smith 1970).

Die Ulema im Osmanischen Reich nahmen daher neben religiösen Aufgaben auch staatliche Aufgaben wahr (vgl. Abesadze 2014, 192). Dies zeigte sich vor allem daran, dass die Ulema zur Gesellschaftsklasse der Askeri gehörten und selbstverständlich als ein Teil des Staates erachtet wurden. Dennoch wurde die Vergabe von geistlichen Ämtern nicht durch den Staat, sondern durch die Ulema selbst bestimmt (Toprak 1981). Außerdem unterstanden die Ulema, ob-

³⁶ Das heißt nicht, dass es keine sogenannten islamischen Demokratien gäbe. Als Beispiel für islamische Demokratien seien Albanien, Senegal, Tunesien und Indonesien genannt.

³⁷ Solche Institutionen sind z.B. die Waqf, Hisba, Madrasa und Qirad (Handelsvertrag zwischen Investoren und Eigentümern).

³⁸ Eine lokale Autorität oder der Gesetzgeber übernehmen die Aufgabe der Hisba. Zu den Aufgaben gehört die Überwachung des sittlichen Verhaltens und die Kontrolle von Qualitätsstandards, Gewichtseinheiten und Preisen auf den Märkten im Interesse des Verbrauchers.

wohl sie ein Teil der Askeri waren, nicht dem Gesetz des Sultans, sondern der Scharia. Das höchste religiöse Amt, der Scheich al-Islam, befand sich mit dem höchsten staatlichen Amt, dem Großwesir, auf einer Hierarchieebene. Der Scheich al-Islam genoss formell das Recht den Sultan bei Straftaten gegen die Scharia abzusetzen³⁹ (vgl. Kalter und Schönberger 2003, 248). Aufgrund dieser engen Verflechtung zwischen Gesellschaft, Staat und Religion erwies sich die Säkularisierung im Osmanischen Reich als weitaus schwieriger, als die Säkularisierung in Europa. Zum einen war das Zentrum an einer Modernisierung interessiert, die auch eine Säkularisierung miteinschloss, zum anderen musste das Zentrum darauf achten, den Islam nicht zu delegitimieren (vgl. Abesadze 2014, 193). Dies erklärt zudem, warum die Säkularisierung im Osmanischen Reich ein top-down-Prozess war und nicht, wie in Westeuropa vor allem ein bottom-up-Prozess. Denn während die europäische Säkularisierung eine Folge von jahrhundertelanger Geschichte war, eine Eigendynamik entwickelte und ihre Errungenschaften verschiedenen Gesellschaftsklassen verdiente, wurde die Säkularisierung im Osmanischen Reich und in der Türkei notgedrungen von einer privilegierten Klasse von oben umgesetzt.

Um die Überlappung zwischen gesellschaftlicher und religiöser Identität aufzulösen, ordnete Sultan Mahmud II. vor der Tanzimat ein Fes⁴⁰- und ein Hose-Gebot für die Askeri an. Denn traditionell trugen sowohl Askeri als auch Reaya immer Turbane. Ein weiteres Beispiel für die Identifizierung der osmanischen Gesellschaft mit dem Islam ist die Ausgrenzung von Nicht-Muslimen. Nicht-Muslime durften bis zu Sultan Mahmud II. keine sogenannten islamischen Kleider tragen (vgl. Kutay 2014, 70, 89). Da der Islam alle Lebensbereiche des Menschen umfasste und somit auch staatliche Aufgaben, konnte der Staat den Islam nicht bekämpfen, weil der Islam der Staat und der Staat der Islam war. Eine Entmachtung von islamischen Institutionen hieße eine Entmachtung des Staates an sich. Sich zu modernisieren, bedeutete, sich vom Islam zu entfremden. Darum schloss eine Modernisierung nach westeuropäischem Bilde immer die Säkularisierung in Form einer Entfremdung ein. Diese Entfremdung trat vor allem im kulturellen Bereich ein. Der Staat bemühte sich um eine Entfremdung der Askeri vom Islam – was letztlich auch bedeutete, dass sich die Askeri von den Reaya entfremdeten.

³⁹ Faktisch hat er seine Rolle als Opposition nie wirklich wahrgenommen, sondern religiöse Rechtsgutachten verabschiedet, die die Entscheidungen des Sultans unterstützten (Caliskan 2011, 134).

⁴⁰ Ein Fes ist eine dem Zylinder-Hut ähnliche Kopfbedeckung.

Erst in der Tanzimat vollzog sich der erste Bruch zwischen Staat und Islam. Madrasa⁴¹ wurden zugunsten von staatlichen Schulen vernachlässigt (vgl. Karpat 1959, 11) und Tariqa⁴² wurden aufgelöst. Die Tariqa pflogen im Gegensatz zum Zentrum einen Volksislam, statt Staatsislam, und eine Volkskultur, statt Elitenkultur. Dadurch waren sie der Peripherie näher, als es das Zentrum je war. Die Säkularisierung des Zentrums führte dazu, dass die Bindung zwischen Ulema und Peripherie sich stärkte und die Ulema eine vermittelnde Rolle zwischen Zentrum und Peripherie einnahmen (vgl. Çağlar 2000, 47–48; vgl. Mardin 1973, 171–72). Das ambivalente Verhältnis zwischen Modernisierung und Islam zeigt sich auch am Verhalten der Jungosmanen. Die Jungosmanen strebten eine westliche Modernisierung auf militärischem, technischem und naturwissenschaftlichem Bereich ein, lehnten jedoch eine westliche Modernisierung im gesellschaftlich-kulturellen und religiösen Bereich ab.

Nach der Gründung der Türkischen Republik waren die Kemalisten hingegen nicht mehr daran interessiert, den Spagat zwischen Glaube und Modernität aufrechtzuerhalten. Sie waren an der Beseitigung der Religion primär interessiert. Da jedoch die türkische Kultur und der Islam miteinander eng verschmolzen waren und es nahezu unmöglich war, die türkische Kultur vom islamischen Glauben zu trennen, zeichnete sich der Säkularismus der Türkei durch einen vollständigen kulturellen Wandel aus. “The two [religion and state] cannot be separated but [...] one must be subservient to the other. Hence, what has happened [in the Turkish Republic] is polity dominance rather than polity separation” (Toprak 1981, 57). Eine Säkularisierung konnte nur stattfinden, indem die türkische Kultur sich vollständig von der Osmanischen Kultur unterschied. Denn die Osmanische Kultur bedeutete zugleich die islamische Identität (vgl. Abesadze 2014, 193; vgl. Kutay 2014, 91, 120; Nursi 1913). So wurde das Kalifat und die Scharia abgeschafft; das Kopftuch, der Turban und die Polygamie verboten; das lateinische Alphabet und der gregorianische Kalender eingeführt, die das arabische Alphabet und den islamischen Mondkalender ersetzten; Madrasa und Tariqa geschlossen oder zweckentfremdet; die türkische Sprache vom Einfluss arabischer Wörter beseitigt⁴³; der Gebetsruf in Moscheen auf Türkisch, statt Arabisch gehalten; das Schulsystem vereinheitlicht und die ‚Diyanet İşleri Başkanlığı‘ (übers. Präsidium für Religionsangelegenheiten, kurz: Diyanet) eingeführt, die sich um religiöse An-

⁴¹ Eine Madrasa ist eine islamische Lehrschule.

⁴² Eine Tariqa war ein islamischer Orden. Tariqa genossen religiöse, gesellschaftliche und politische Autorität. Die Zeremonie zur Ernennung des Sultans konnte nur durch einen Scheich aus einer Tariqa erfolgen (vgl. Öngören, 2012).

⁴³ Da der Quran original auf Arabisch verfasst wurde, wird die arabische Sprache mit dem Islam assoziiert. Eine fundierte Quranexegese ist nur auf Arabisch möglich, weswegen die arabische Sprache als die islamische Sprache erachtet wird.

gelegenheiten kümmerte und die dem Staat direkt untergeordnet war (vgl. Angrist 2018, 238; vgl. Çağlar 2000, 47–48; vgl. Caliskan 2011, 153; vgl. Cengiz 2012, 147–48; vgl. Kutay 2014, 78, 88, 93; vgl. Mardin 1973, 182).

3.4. Industrielle Revolution

İdris Küçükömer beschreibt, dass die türkische Gesellschaft sich nicht verwestlichen und säkularisieren konnte, weil der Wandel zum Kapitalismus aufgrund der starken Zentralisierung des Osmanischen Reiches sich nicht vollziehen konnte. Dadurch konnte sich keine Industrialisierung bilden. Im Folgenden werden mehrere Gründe herangezogen, warum sich die industrielle Revolution im Osmanischen Reich nicht ereignete (Çağlar 2000). Sowohl externe als auch interne Faktoren hemmten die Wirtschaft des Osmanischen Reiches, sodass das Osmanische Reich sich zu einer Halbkolonie, zu einem Rohstofflieferanten und zu einem Absatzmarkt industrieller Produkte aus Europa entwickelte.

Der erste externe Faktor, war die Entdeckung der Neuen Welt und der damit einhergehende Fund von Silber und Gold durch die Europäer. Die Währungen in Europa erhöhten sich, sodass es im Osmanischen Reich zu einer unkontrollierbaren Ausfuhr von Produktionsfaktoren und Produkten kam, die auf dem osmanischen Markt gebraucht wurden. Die Entdeckung der Seeroute von Europa nach Indien über das Kap der Guten Hoffnung änderte die jahrtausendealte Handelsroute der Seidenstraße⁴⁴. Handelsgüter wurden nicht mehr primär durch das Osmanische Reich transportiert, sondern nun auch über den Atlantischen und den Indischen Ozean. Dadurch verlor das Osmanische Reich einen Großteil seiner Zolleinnahmen (vgl. Çağlar 2000, 428–35; vgl. Karpat 1972, 246–47).

Der nächste externe Grund waren die zahlreich abgeschlossenen Vertragskapitulationen zwischen dem Osmanischen Reich und Frankreich, dem Vereinigten Königreich sowie dem Russischen Zarenreich. Die Kapitulationen führten zu Auflösungen osmanischer Handelsmonopole im In- und Ausland. Das Osmanische Reich musste britischen und französischen Händlern Wettbewerbsvorteile und günstige Konditionen zum Landerwerb versprechen. Der Export des osmanischen Manufakturgewerbes ging drastisch zurück. Wirtschaftsbranchen, wie Textilien und Eisen, verkleinerten sich, da die Produkte dieser Branchen alsbald aus dem Ausland im-

⁴⁴ Die Seidenstraße ist eine Handelsroute von China bis zum europäischen Mittelmeer.

portiert wurden. Immer mehr konzentrierte sich das Osmanische Reich auf das Agrargewerbe. Europäische Investitionen wurden nur dann im Osmanischen Reich getätigt, wenn es dem europäischen Handel diente. So wurde in die Infrastruktur investiert, um den Handel effizienter abzuwickeln, aber nicht in die Schwerindustrie, weil man nicht an einem starken militärischen Osmanischen Reich interessiert war. Von 1850 bis 1914 wies das Osmanische Reich durchgehend ein Handelsdefizit auf. Die vereinbarten Kapitulationen mit dem Russischen Zarenreich trafen das Osmanische Reich am härtesten. Dem Zarenreich wurde es erlaubt, die Meerenge am Bosphorus frei und ohne Zoll zu benutzen. Dadurch verlor das Osmanische Reich sein wichtigstes Handelsgebiet, das bis dato die Handelsmacht der Franzosen und Briten kompensieren konnte. Mitte des 19. Jh. begann das Osmanische Reich ausländische Anleihen aufzunehmen, um eine Wirtschaftskrise zu vermeiden. Gemeinsam mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich gründete man die Osmanische Bank, die bereits ein Jahrzehnt später Bankrott ging, woraufhin das Osmanische Reich seine Zahlungsunfähigkeit kundtat. Eine mit den europäischen Großmächten einberufene Schuldenkommission verabschiedete das Gesetz ‚Düyun-i Umumiye‘ (übers. Osmanische Staatsschuldenverwaltung). Dieses Gesetz verpflichtete das Osmanische Reich seine Geldpolitik und sein Kapital aus den abgetretenen Balkanstaaten den europäischen Mächten zu überlassen. Dadurch wurde es zum Spielball europäischer Wirtschaftspolitik (vgl. Çağlar 2000, 428–35; vgl. Karpát 1972, 246–47).

Intern prosperierte die osmanische Wirtschaft bis zum 17. Jahrhundert. Doch nachdem die Expansion des Osmanischen Reiches zum Erliegen kam und daraufhin die Steuerpächter die Steuersätze auf ihren Lehen erhöhten, wurde durch die Ausbeutung der Reaya die wirtschaftliche Entwicklung stark gehemmt. Handwerkerzünfte und Gilden verkümmerten. Die Wirtschaft produzierte nur noch lebensnotwendige Güter. Einstige wirtschaftsstarke Kleinstädte entwickelten sich auf das Wirtschaftsniveau von kleinen Dörfern zurück. Das Iltizam-Steuerpachtsystem konnte trotz höherer Steuersätze das Haushaltsdefizit des Osmanischen Reiches nicht ausgleichen, weswegen das Reich europäische Kredite aufnahm, die ähnlich wie die Kapitulationen, den europäischen Händlern und europäischen Produkten günstige Konditionen einräumten. Billigware aus Europa führte zu einer Verdrängung heimischer Produkte und Produktion. Die lokale osmanische Industrie fiel in sich zusammen (vgl. Karpát 1959, 79–81).

Der nächste interne Grund, war die fehlende merkantilistische Wirtschaftspolitik des Osmanischen Reiches. Die osmanische Wirtschaft diente dazu, die militärischen Strukturen zu fördern und die osmanische Wirtschaft wurde vom Verbraucherschutz der Hisba dominiert (vgl. Mardin 1969, 261–62; vgl. Özbudun 2015, 28), sodass „the independent and powerful position

of the guilds in the thirteenth and fourteenth centuries weakened under the centralist system of government of the Ottomans.” (Özbudun 2013, 16). Es wurde die Bildung von großem Handelskapital verhindert, damit sich keine monopolistischen Strukturen bilden konnten. Städte genossen keine wirtschaftlichen Privilegien. Dadurch wurden keine neuen Märkte erschlossen und kein weiterer Handel angeregt (vgl. Mardin 1969, 261–62; vgl. Özbudun 2015, 28).

Der Balkan hingegen profitierte wirtschaftlich außerordentlich vom Westen. Hier lebte vornehmlich die christliche Bevölkerung, die am Handel mit Europa vorrangig beteiligt war. Den muslimischen Händlern wurde der Handel – wenn auch nicht allen gleichermaßen und auch nicht strikt eingehalten – mit ‚Ungläubigen‘ aus Europa untersagt. Die Kapitulationen und die Privilegien durch die Kredite begünstigten die Situation der Christen. Daraus entstand eine christliche Handelsbourgeoisie, die sich schnell zu einer Mittelschicht entwickelte. Nicht zuletzt wirkte die Rolle europäischer Großmächte als Schutzmacht für die christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich positiv auf diese Entwicklung. Aus dieser Entwicklung heraus, entstand ein nationales Bewusstsein, wodurch die christlichen Minderheiten verstärkt Rufe nach einer nationalen Unabhängigkeit verlauten ließen (vgl. Cengiz 2012, 39–41, 63–64; vgl. Karpat 1959, 82, vgl. 1972, 247–48). Während die Wirtschaft der Christen im Handwerk und im Handel prosperierte, nahm die Arbeitslosigkeit der Muslime im Balkan und in Anatolien zu. Muslime, die einst im Handwerk oder im Handel tätig waren, mussten sich mit dem Agrarsektor als Bauern begnügen. Es entwickelte sich eine Xenophobie gegen Christen, da die Muslime diese für ihre wirtschaftliche Misere verantwortlich machten. Diese Xenophobie paarte sich mit einer starken Rückbesinnung auf islamische Werte und Normen (vgl. Karpat 1959, 81, vgl. 1972, 250), woraus sich auch später der ideologische Rassismus der Jungtürken entwickelte.

4. Cleavages in der Türkischen Republik

„Lässt sich die Cleavage-Theorie auf die Türkei anwenden?“

In der Literatur wendet sich keine Arbeit explizit dieser Fragestellung zu. Vielmehr wird die Anwendung der Cleavage-Theorie damit begründet, dass sich in der Türkei ähnliche Konflikt-

linien, wie in den westeuropäischen Staaten beobachten lassen. Oftmals wird in dieser Begründung schlicht auf die Arbeit von Şerif Mardin hingewiesen, der erstmalig eine Beziehung zwischen dem Osmanischen Reich und Konfliktlinien herstellte.

Viele Studien, die die Cleavage-Theorie auf die Türkei anwenden, stellen oftmals zwei Cleavages fest. Basierend auf der von Şerif Mardin erarbeiteten Zentrum-Peripherie Konfliktlinie lässt sich die türkische Gesellschaft in zwei Sozialstrukturen aufteilen. Die eine Sozialstruktur zeichnet sich durch einen elitären, gebildeten, städtischen und säkularen Lebensstil aus, die andere zeichnet sich durch einen traditionellen, ländlichen und religiösen Lebensstil aus. Diese Konfliktlinie ist vor allem kulturell, statt ökonomisch geprägt. Während im Osmanischen Reich der kulturelle Unterschied zwischen Herrschenden des Zentrums und Nomaden bzw. Bauern der Peripherie bestand, so liegt der kulturelle Unterschied in der Türkei zwischen Bürokraten, Militärfunktionären, Staatsfunktionären und Akademikern einerseits, und Dorf-, Land- und armen Stadtbewohnern andererseits. Diese Konfliktlinie wandelte sich im türkischen Parteiensystem in ihrer Form, aber nicht in ihrer Essenz. Die Konfliktlinie wurde und wird an zwei politischen Fronten ausgetragen. Die eine Front, nicht nur politisch, sondern auch militärisch, wird im türkisch-kurdischen Konflikt ausgetragen. Die andere Front wird im säkular-islamistischen Konflikt ausgetragen (Bilecen 2015; Çarkoğlu 2002b, 2002a, 2005; Çarkoğlu und Hinich 2006; Esmer 2002; Franz 2003; Kalaycıoğlu 1994; Özbudun 2013, vgl. 2015, 29; West 2005).

4.1. Zentrum-Peripherie Konfliktlinie

*„Wie lässt sich das Wahlverhalten der Wähler in der Türkei
durch die Cleavage-Theorie erklären?“*

Mit der Gründung der Türkischen Republik gründete das Komitee für Einheit und Fortschritt die erste politische Partei der Türkei, die CHP. Nachdem jedweder Versuch der Opposition von der CHP gestoppt wurde, herrschte die CHP als Einparteienstaat von 1930 bis 1946.

Die CHP setzte sich einerseits aus Eliten aus dem Militär und der Bürokratie, andererseits aus Eşraf zusammen. Die Mitgliedschaft der Eşraf ist nicht einer ideologischen Ursache geschuldet,

sondern einer pragmatischen Ursache⁴⁵. Bereits während des Türkischen Unabhängigkeitskrieges ging die CHP eine Allianz mit den Eşraf ein, die sich nach der türkischen Staatsgründung fortsetzte. Die Allianz erfüllte den Zweck, dass die CHP selbst in den abgeschottetsten anatolischen Gebieten die territoriale Integrität, die Stabilität und die Souveränität des Staates sichern konnte (vgl. Özbudun 2013, 26–29, vgl. 2015, 40–44).

Die CHP versäumte es trotz alleiniger Herrschaft, eine Bindung zum einfachen Volk herzustellen. Statt auf die Interessen der Peripherie einzugehen, entschied sich die CHP für weitere Zentralisierungsmaßnahmen. Ganz nach dem Kredo: „the center had to be strengthened – partly against the periphery – before everything else“ (Mardin 1973, 183). In der Peripherie sah man die Fragmente der osmanischen Kultur, von der man sich vollständig entledigen wollte. Zum Teil beschuldigte man die Bauernschaft deswegen des Separatismus und anderen reaktionären Tendenzen. Dies führte natürlich auch dazu, dass die Peripherie dem Zentrum zunehmend skeptischer, genauer gesagt feindlicher gegenüberstand (vgl. Çağlar 2000, 42–43; vgl. Mardin 1973, 183–84). Die Alleinherrschaft der CHP endete mit der politischen Öffnung zu einem Mehrparteiensystem am Ende des Zweiten Weltkrieges auf Druck der Vereinten Nationen und der Alliierten, die die Türkei dazu drängten, sich zur Demokratie zu bekennen und dem faschistischen nationalsozialistischen Regime Deutschland den Krieg zu erklären. Zudem führte die Türkei das Mehrparteiensystem ein, um sich in der internationalen Politikbühne den Alliierten anzunähern, um nicht isoliert dazustehen – allen voran, um einer Gefahr durch die Sowjet-Union zu entgehen (vgl. Naif 2007, 188).

Es wurde das parlamentarische Einkammersystem, die ‚Türkiye Büyük Millet Meclisi‘ (übers. Große Nationalversammlung der Türkei) mit relativem Mehrheitswahlrecht⁴⁶ eingeführt (vgl. Özbudun 2013, 123; vgl. Yoldaş 2008, 27–29). Zur Wahl durften nur Parteien antreten, die die kemalistischen Prinzipien achteten (vgl. Angrist 2018, 239). Durch das relative Mehrheitswahlrecht wurde gemäß dem Gesetz von Duverger⁴⁷ ein Zweiparteiensystem zwischen der CHP und

⁴⁵ Die Eşraf profitierten durch die Abschaffung der Zehnte-Steuer, der rechtlichen Anerkennung ihres Landbesitzes und durch die Landenteignung vertriebener Griechen und Armenier (vgl. Özbudun, 2013, S. 26–29, vgl. 2015, S. 40–44).

⁴⁶ Das relative Mehrheitswahlrecht bedeutet, dass die Partei, die die meisten Stimmen in einem Wahlkreis gewinnt, Abgeordnete ins Parlament schicken darf.

⁴⁷ Das Gesetz von Duverger besagt, dass bei einer relativen Mehrheitswahl in einem Wahlkreis die Bürger ihre Stimme einer Partei geben, die eine realistische Chance auf den Sieg hat. Dadurch konkurrieren höchstens zwei Parteien in einem Wahlkreis gegeneinander, wodurch das Parteiensystem insgesamt von zwei Parteien dominiert wird.

der ‚Demokrat Parti‘ (übers. Demokratische Partei, kurz: DP) begünstigt. Die restlichen Parteien erlangten gemeinsam höchstens ca. 10% der Stimmen⁴⁸.

Die DP setzte sich aus ehemaligen hochrangigen CHP-Funktionären zusammen (vgl. Özbudun 2013, 35–47; vgl. Wuthrich 2013, 758). Der berufliche Hintergrund der DP-Abgeordneten ähnelte dem Hintergrund der CHP-Abgeordneten, darunter fanden sich Anwälte, Geschäftsleute, Landbesitzer, ehemalige Militärführer, Ingenieure und Lehrer (vgl. Karpat 1959, 163; vgl. Özbudun 2013, 41, vgl. 2015, 47–48; vgl. Wuthrich 2013, 757). Inhaltlich setzte sich die DP für eine Einschränkung des staatlichen Etatismus, eine Förderung des Unternehmertums, eine Förderung der Investitionen des Kapitals aus dem Ausland und eine tolerantere Haltung gegenüber Religionen und ethnischen Minderheiten, wie die Griechen und Armenier, ein (vgl. Kalter und Schönberger 2003, 194; vgl. Karpat 1959, 258–59). Zur zweiten Parlamentswahl im Jahre 1950 übernahm die DP die Regierungsarbeit und setzte sie bis zum ersten Militärputsch 1960 fort (vgl. Naif 2007, 279; vgl. Watts 1999, 634–35).

Jene Arbeiten, die sich auf die Cleavage-Theorie beziehen, begründen den Sieg der DP durch die zentrum-periphere Konfliktlinie. Die DP sei die Partei, die die Peripherie abbilde, und die CHP die, die das Zentrum abbilde. Die Peripherie verstehe sich als Gegenkultur zum Staat und zur Bürokratie, weil die CHP die Peripherie während der Einparteienherrschaft im politischen System benachteilige und ausgrenze. Deswegen gehe die Peripherie einen Zusammenschluss mit der DP ein (Angrist 2018; Çağlar 2000; Mardin 1969, 1973; Tezcür 2007). Laut Mardin nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus pragmatischen (vgl. Mardin 1973, 184).

Ergun Özbudun widerspricht dieser Behauptung vehement. Mitnichten bildete die DP die Peripherie ab. Denn die DP gewann in den Wahlen 1950, 1954 und 1957 vor allem in der westlich, urban, industriell geprägten Türkei, während die CHP im ländlichen Südost- und Ostanatolien gewann (siehe Abbildung 3) (vgl. Çarkoğlu 2000, 166; vgl. Özbudun 2015, 47–48; vgl. Wuthrich 2013, 759). Unterstützt wird Özbuduns Aussage, schaut man sich die Wählerschaft der CHP und DP an. Die Wähler der DP setzten sich hauptsächlich aus einer städtischen Mittelklasse, vor allem aus Griechen und Armeniern, einer entwickelten Bauernschaft und armen Stadtbewohnern zusammen (vgl. Özbudun und Tachau 1975, 477). Die Wähler der CHP setzten sich aus Großgrundbesitzern, Bürokraten und einer unterentwickelten Bauernschaft, die unter dem Einfluss ihrer Eşraf standen, zusammen (vgl. Özbudun 2015, 52). Laut Özbudun war die DP ein Sammelbecken verschiedener Interessen, die in der Einparteienherrschaft der CHP aus

⁴⁸ Im Anhang befindet sich eine Tabelle, die alle Ergebnisse der türkischen Parlamentswahlen abbildet.

dem politischen System ausgegrenzt und benachteiligt wurde. Die Wähler sahen in der DP die Möglichkeit, ihre Interessen durch die Delegationsketten der DP zu artikulieren (vgl. Özbudun 2013, 38–39, vgl. 2015, 52–53). Pointiert schreibt Kalaycioğlu dazu: „The DP emerged as the party of the peasants, the neglected, and the downtrodden, businessmen, merchants [...] challenging the arbitrary, callous, self-centered style of the party of the Center, the CHP, the public bureaucracy, which the DP was bent upon dislodging [...] from the centers of political power in turkey.” (Kalaycioğlu 2005, 74).



Abbildung 3 – Administrative Karte der Türkischen Republik; entnommen aus (TUBS, 2012)⁴⁹

In Anbetracht der dreiteiligen Definition und dem Konzept von Deegan-Krause handelt es sich bei dem Konflikt zwischen CHP und DP nicht um einen Cleavage, sondern um eine Issue-divide. Durch die systematische Diskriminierung all jener Gruppen, die nicht der Vorstellung der CHP entsprachen, entwickelten die verschiedenen Gruppen ein Kollektivbewusstsein, das sich in der Feindseligkeit zur CHP ausdrückte. Eine normative Komponente war damit gegeben. Die organisatorische Komponente war auch gegeben, weil das Kollektivbewusstsein sich in einer politischen Partei artikuliert. Lediglich die sozialstrukturelle Komponente war nicht gegeben, da die Wählerschaft der CHP und der DP sich nicht voneinander unterschied. Diese Issue-divide ähnelt den von Herbert Kitschelt bezeichneten Konfliktlinien in den postkommunistisch europäischen Ländern. Nach Kitschelt lassen sich die Konflikte in den osteuropäischen

⁴⁹ Die Marmara-, Ägäis- und Mittelmeerregion werden zusammen in der vorliegenden Arbeit auch als Westanatolien bezeichnet.

Ländern entlang zweier Gegensätze⁵⁰ ordnen. Der erste Gegensatz bezeichne die Frage, ob der Staat in die Wirtschaft eingreifen solle oder, ob der Staat nach marktwirtschaftlichen Prinzipien sich in allen Angelegenheiten der Wirtschaft raushalten solle. Der zweite Gegensatz bezieht sich auf die Frage, ob der Staat nach einer libertär-demokratischen Auffassung, die die individuelle Freiheit des Einzelnen betont, handeln solle oder, ob der Staat seinen traditionell-autoritären Charakter beibehalten solle (Kitschelt 1992). Genau diese zwei Gegensätze lassen sich auch im türkischen Mehrparteiensystem von 1946 bis 1960 erkennen. Wie vorhin bereits erwähnt, setzte sich die DP für liberale Wirtschaftsmaßnahmen und für eine größere individuelle Freiheit ein, vor allem gegenüber nicht-muslimische Minderheiten. Die CHP hingegen vertrat weiterhin einen etatistischen Wirtschaftsstil und beharrte auf die traditionell-autoritäre Dominanz der CHP im Mehrparteiensystem.

Ein weiterer Grund, warum sich diese Issue-divide nicht als vollständige Konfliktlinie beschreiben ließ, war die hohe Inkorporationsschwelle im türkischen Parteiensystem. Die politische Partizipation war nur jenen Parteien erlaubt, die die kemalistischen Prinzipien achten würden. Alle anderen Interessen, wie die islamistischen oder die kurdischen, durften nicht politisch artikuliert werden. Im Falle der kurdischen Interessen war auch die Legitimationsschwelle zu hoch. Eine kurdische Identität und Realität wurde bis 1960 vollständig geleugnet, sodass folglich nach dieser Logik kein türkisch-kurdischer Konflikt existiert.

Wie bereits zuvor erwähnt, ereignete sich 1960 der erste Militärputsch in der türkischen Geschichte. Das Militär, welches sich als Garant und Hüter des Staates sah, verbot die DP, aufgrund ihrer feindlichen Tendenzen gegen die kemalistischen Prinzipien. Nach Özbudun sind die Militärputsche eine Reaktion des Zentrums gewesen, um ihre Macht zu erhalten (Özbudun 2015, 52–53). Um seiner Verpflichtung nachzukommen, installierte das Militär die ‚Milli Güvenlik Kulu‘ (übers. Nationaler Sicherheitsrat). Eine politisch-militärische Institution zur Beratung der Politik, die de facto jedoch verbindlichen Einfluss auf die Politik ausübte (vgl. Caliskan 2011, 147; vgl. Kalter und Schönberger 2003, 195). Es wurde ein bikamerales parlamentarisches System eingeführt. Zudem wurde das Mehrheitswahlrecht in ein Verhältniswahlrecht umgeändert, damit das Parteiensystem nicht wieder nur von einer Partei dominiert wird (vgl. Özbudun 2013, 123).

⁵⁰ Herbert Kitschelt bezeichnet alle Gegensätze als Konfliktlinie, unabhängig davon, ob alle Komponenten der dreiteiligen Definition vorhanden sind oder nicht.

Nach dem ersten Putsch folgte die ‚Adalet Partisi‘ (übers. Gerechtigkeitspartei, kurz AP) und die ‚Yeni Türkiye Partisi‘ (übers. Partei der Neuen Türken, kurz YTP⁵¹) als Nachfolgeparteien der DP. Bereits zu ihrer zweiten Parlamentswahl im Jahre 1965 wurde die YTP mit nur ca. 4% der Wählerstimmen von der AP, die die absolute Mehrheit erlangte, zurückgedrängt. Ähnlich wie die DP, schnitt die AP in der Marmara-, Ägäis- und Mittelmeerregion besser ab, als in Südost- und Ostanatolien. Vor allem in den ‚Gecekondu‘⁵² erhielt die AP die meisten Stimmen (vgl. Özbudun 2013, 42–47; vgl. Özbudun und Tachau 1975, 472–77). Mit dem elektoralen Erfolg der AP entwickelte sich wieder ein Zweiparteiensystem, das bis zum zweiten Militärputsch im Jahre 1971 andauerte. Die CHP und die AP setzten die Issue-divide fort, die über die Frage der marktwirtschaftlichen Prinzipien und darüber, ob eine libertär-demokratische oder traditionell-autoritäre Staatsauffassung bevorzugt wird, handelte.

Ende der 60er Jahren reagierte die CHP auf die politische Niederlage mit einem ideologischen Wechsel von rechts nach links (vgl. Özbudun 2013, 43–44). Bereits in den 70er Jahre zahlte sich der ideologische Wechsel aus. Die arbeitnehmerfreundliche Programmatik der Partei und die Ausrichtung hin zu sozialer Gerechtigkeit bescherte der CHP in den westlichen, urbanisierten, industriellen Provinzen Wählerstimmen (vgl. Kalaycıoğlu 1994, 408; vgl. Özbudun 2013, 45–47; vgl. Tezcür 2007, 1–2). Im zweiten Militärputsch im Jahre 1970 wurde die amtierende AP-Regierung per Denkschrift zum Rücktritt gezwungen, denn das Militär warf ihr vor nicht für die Sicherheit des Staates angesichts linksextremistischer und rechtsextremistischer Kräfte sorgen zu können. Die AP teilte sich nach der Militärintervention in die neu gegründete ‚Demokratik Partisi‘ (übers. Demokratische Partei, kurz: DP2), die nicht zu verwechseln ist mit der verbotenen Demokrat Partisi (DP). Daneben verlor die AP in ihren ehemaligen Parteihochburgen in Westanatolien Stimmen an die CHP, vor allem in den Gecekondu. In den ersten Wahlen im Jahre 1973 nach dem zweiten Putsch verlor die AP mehr als 20% der Stimmen, die DP gewann ca. 11% und die CHP führte mit 33% die Regierung an (vgl. Özbudun 2013, 44–47; vgl. Özbudun und Tachau 1975, 472–77).

Der dritte Militärputsch fand im Jahre 1980 statt, weil bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen linksextremistischen und rechtsextremistischen Gruppen herrschten. Das Militär warf erneut den Parteien vor, die Sicherheit des Staates nicht mehr garantieren zu können. Alle Parteien wurden verboten und alle führenden Politiker durften sich nicht länger an der Politik beteiligen.

⁵¹ Die gegründete YTP in den 60er Jahren ist nicht mit der YTP in den 2000er Jahren zu verwechseln.

⁵² Der Begriff Gecekondu bezeichnet ein Armenviertel in Großstädten, in der die Häuser ohne behördliche Genehmigung gebaut wurden.

Das Zweikammersystem wurde in ein Einkammersystem zurückgeändert. Es wurde das Verhältniswahlrecht mit einer 10%-Hürde eingeführt, um offiziell die Stabilität des Parteiensystems zu garantieren, informell jedoch, um den Einzug von Parteien zu verhindern, die sich für die Belange kurdischer Interessen einsetzen könnten. Zur Wahl durften nur drei Parteien, die ‚Halkçi Parti‘ (übers. Populistische Partei, kurz: HP), die ‚Milliyetçi Demokrasi Partisi‘ (übers. Partei der Nationalistischen Demokratie, kurz: MDP) und die ‚Anavatan Partisi‘ (übers. Mutterlandspartei, kurz: ANAP) antreten, die durch das Militär bestätigt wurden und von denen kein Verdacht ausging, dass sie gegen die kemalistischen Prinzipien verstoßen würden. Nach dem Referendum im Jahre 1987 durften führende Politiker der verbotenen Parteien sich wieder an der Politik beteiligen. Dadurch gründeten sich wieder Parteien, die dieselben ideologischen Kurse verfolgten, wie die durch den zweiten Militärputsch verbotenen Parteien. So folgte die ‚Refah Partisi‘ (übers. Wohlfahrtspartei, kurz: RP) als Nachfolgepartei der ‚Milli Selamet Partisi‘ (übers. Nationale Heilspartei, kurz: MSP), die ‚Doğru Yol Partisi‘ (übers. Partei des Rechten Weges, kurz: DYP) als Nachfolgepartei der AP und die ‚Demokratik Sol Parti‘ (übers. Demokratische Linkspartei, kurz: DSP) als Nachfolgepartei der CHP (vgl. Franz 2003, 3; vgl. Özbudun 2013, 47–50, 123, 132; vgl. Tezcür 2007, 5; vgl. Yoldaş 2008, 34–35).

Die Auflösung der CHP durch das Militär markiert einen Bruch innerhalb des Zentrums. Sowohl die CHP als auch das Militär sahen sich als die Hüter der kemalistischen Prinzipien. Doch nach dem ideologischen Wechsel der CHP nach links, warf auch das Militär der CHP vor die Sicherheit der Türkischen Republik vor kommunistischen, links- und rechtsextremistischen Kräften nicht mehr sichern zu können. Eine ausschließliche Partei, die das Zentrum verträte, existierte nicht mehr. ”To complicate the picture further, the center is no longer what it used to be: Turkey lacks a coherent and compact elite group occupying the center and defending the collective interests of the center” (Kalaycıoğlu 1994, 407). Die Interessen des Zentrums wurden in den 80er und 90er Jahren durch die HP, die ‚Sosyal Demokrasi Partisi‘ (übers. Partei der Sozialdemokratie, kurz: SODEP), die ‚Sosyaldemokrat Halkçi Parti‘ (übers. Sozialdemokratische Populistische Partei, kurz: SHP), die DSP und die CHP vertreten. Durch das lange Politikverbot führender Politiker in den 80er Jahren konnte sich auch lange Zeit keine Partei bilden, die die Peripherie repräsentieren könnte (vgl. Çarkoğlu und Hinich 2006, 375; vgl. Kalaycıoğlu 1994, 407–8).

Der Politologe Hazama stellte fest, dass in den 90er Jahren die Cleavages in der Türkei immer wichtiger wurden (Hazama 2003, 2004; vgl. Secor 2001, 557–58). Eine Vielzahl von nationalistischen und religiösen Parteien entstanden (vgl. Tezcür 2007, 6), darunter Parteien, die sich

der Kurdenfrage widmeten, wie z.B. die ‚Halkin Emek Partisi‘ (übers. Arbeitspartei des Volkes, kurz: HEP), die ‚Demokrasi Partisi‘ (übers. Demokratiepartei, kurz: DEP), die ‚Halkin Demokrasi Partisi‘ (übers. Volksdemokratiepartei, kurz: HADEP) und die ‚Demokratik Halk Partisi‘ (übers. Demokratische Volkspartei, kurz: DEHAP) in den 90er Jahren und die ‚Demokratik Toplum Partisi‘ (übers. Partei der demokratischen Gesellschaft, kurz: DTP), die ‚Bariş ve Demokrasi Partisi‘ (übers. Partei des Friedens und der Demokratie, kurz: BDP) und die ‚Halkların Demokratik Partisi‘ (übers. Demokratische Partei der Völker, kurz: HDP) in den 2000er Jahren (vgl. Özbudun 2013, 54–58). Jeder dieser genannten Parteien, in dieser Reihenfolge, verstand sich als Nachfolger der jeweilig vorherigen Partei. Alle diese Parteien bis auf die HDP wurden verboten, weil man ihnen separatistische Bestrebungen und Unterstützung der ‚Partiya Karke- ren Kurdistanê‘ (übers. Arbeiterpartei Kurdistans, kurz: PKK) vorwarf. Dieser Konflikt zwischen kurdischen Parteien und dem türkischen Staat beschreibt genau die klassische zentrum-periphere Konfliktlinie im Sinne der Theorie von Lipset und Rokkan. Auf der einen Seite ein stark zentralisierter Staat, der aufgrund seiner kemalistischen Prinzipien auf eine kulturelle und sprachliche Homogenisierung aus ist bzw. jegliche ethnische Heterogenität negiert und somit auch die kurdische Realität und Identität, und auf der anderen Seite eine gesellschaftlich, wirtschaftlich marginalisierte und geographisch klar zu verortende ethnische Minderheit, die Freiheit und kulturelle Rechte fordert. Alle drei Komponenten der dreiteiligen Definition, also die sozialstrukturelle, normative und organisatorische, sind im türkisch-kurdischen Konflikt vorhanden, sodass hier erstmals von einer vollständigeren Konfliktlinie gesprochen werden kann. Doch die türkisch-kurdische Konfliktlinie brauchte mehr als 20 Jahre, um sich später vollständig im türkischen Parteiensystem zu manifestieren.

Die kurdischen Parteien gewannen, wenn auch langsam, aber stetig, immer mehr an Stimmen. So gewann die HADEP ca. 5%, die DEHAP ca. 6% und die HDP ca. 11% (vgl. Hazama 2004, 11). Aber auch Parteien, die die kurdische Identität negierten bzw. auf den türkischen Nationalismus pochten, profitierten von der türkisch-kurdischen Konfliktlinie. So gewann die rechts-extremistische ‚Milliyetçi Hareket Partisi‘ (übers. Partei der Nationalistischen Bewegung, kurz: MHP) in den Wahlen 1999 mehr als 15% der Stimmen, als der PKK-Führer Abdullah Öcalan ein Jahr zuvor von der türkischen Justiz gefangen wurde (vgl. Bilecen 2015, 38).

Wie bereits vorhin genannt, sind nicht nur nationalistische Parteien, sondern auch zahlreiche religiöse Parteien in den 90er Jahren gegründet worden. Die erste islamistische Partei MSP trat bereits in den 70er Jahren zu den Wahlen an. Danach folgten die RP in den 80er, die ‚Fazilet Partisi‘ (übers. Tugendpartei, kurz: FP) in den 90er und die ‚Saadet Partisi‘ (übers. Partei der

Glückseligkeit, kurz: SP) und die ‚Adalet ve Kalkınma Partisi‘ (übers. Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei, kurz: AKP) in den 2000er Jahren. Sowohl die MSP, RP als auch die FP wurden vom Staat verboten, weil man ihnen reaktionäre Tendenzen gegen den laizistischen Charakter des Staates vorwarf. So ereignete sich der vierte Militärputsch im Jahre 1997 deswegen, da die RP als erste islamistische Partei in den Wahlen 1995 mit über 20% Stimmenanteil die Regierung bildete (vgl. Çarkoğlu 2000, 149; vgl. Çarkoğlu und Hinich 2006, 372; vgl. Özbudun 2013, 50–54; vgl. West 2005, 505). Der Siegeszug der RP markiert die endgültige Konsolidierung islamistischer Parteien im türkischen Parteiensystem (vgl. Secor 2001, 543). Laut Özbudun bestand der politische Sieg der RP in der Etablierung der zentrum-peripheren Konfliktlinie im Parteiensystem, die sich bis heute in Form einer säkular-islamistischen Konfliktlinie äußert. Dabei wird die Peripherie durch die islamistischen Parteien vertreten und das Zentrum durch die säkularen Parteien, wie die CHP und die DYP (vgl. Özbudun 2013, 50–58).

In den nächsten zwei Kapiteln wird genauer auf die türkisch-kurdische Konfliktlinie und auf die säkular-islamistische Konfliktlinie eingegangen.

4.2. Türkisch-kurdische Konfliktlinie

Die Politikwissenschaftler Norris und Mattes stellten in ihren Untersuchungen über afrikanische Staaten fest, dass Ethnizität das Wahlverhalten und die Parteiunterstützung erklärt (vgl. Mattes und Norris 2003, 1ff). Auch der Politologe Horowitz ist der Meinung, dass Ethnizität einen starken Effekt auf das Wahlverhalten in ethnisch segregierten Gesellschaften hat (Horowitz 1985, 1993).

Eine solche ethnisch segregierte Gesellschaft ist auch der türkische Staat. Da der türkische Staat selbst keine ethnischen Statistiken aufnimmt, weil bis in den 90er Jahren die kurdische Identität aus Staatsräson und politischen Gründen negiert wurde, variiert die genaue Einschätzung der kurdischen Population. Nach Mutlu betrug die Anzahl der Kurden⁵³ in der Türkei in den 30er bis 60er Jahren ungefähr 10% der Gesamtbevölkerung. In den 90er Jahren stieg die Zahl auf

⁵³ Unter dem Begriff ‚Kurden‘ wird auch die sich sprachlich von den Kurden zu unterscheidende Minderheit ‚Zaza‘ miteingeschlossen. Historisch betrachtet war die Beziehung zwischen Zaza und Kurden phasenweise ambivalent. Da ein Großteil der Zaza Aleviten, statt Sunniten sind, kam es in der Vergangenheit zwischen zazaischen und kurdischen Stämmen zu Konflikten. Doch laut van Bruinessen bestehen zwischen Kurden und Zazas kaum kulturelle und soziale Unterschiede, sodass ein großer Teil der Zazas sich immer als Kurde versteht. Geographisch leben die Zaza vor allem in den Provinzen Dersim, Elaziğ und Bingöl (vgl. Bruinessen o. J., 1).

ca. 13% an (Mutlu 1996). Nach Buckley betrug die Anzahl der Kurden in den 90er hingegen ca. 23% und nach dem renommierten Kurdologen van Bruinessen ca. 20% (Bruinessen 1998; Buckley 1994). Laut dem Deutschen Bundestag leben in der Türkei heute ca. 13 Millionen Kurden, was ca. 16% der türkischen Gesamtbevölkerung umfasst (Bundestag 2016). Das kurdische Siedlungsgebiet⁵⁴ ist geographisch in Südost- und Ostanatolien zu verorten.

⁵⁴ Das kurdische Siedlungsgebiet in der Türkei ist politisch umstritten. In den letzten 100 Jahren hat sich die ethnische Demographie in Südost- und Ostanatolien stark geändert. Über Jahrhunderte hinweg lebten die Armenier und Kurden in denselben Gebieten. Durch die Vertreibung der Armenier Anfang des 20. Jh. änderte sich die Demographie zugunsten einer kurdischen Population. Mehrere Jahrzehnte nach der Gründung der Türkischen Republik wurden viele Kurden nach Westanatolien zwangsdeportiert oder zwangsassimiliert, um die ethnische Dominanz der Kurden im kurdischen Siedlungsgebiet aufzulösen. Eine einschlägige Literatur, die die kurdische Population in den verschiedenen Provinzen erfasst, existiert nicht. Eine Verortung des kurdischen Siedlungsgebietes in der Türkei ist daher immer mit Vorsicht zu genießen. Auch die vorliegende Arbeit ist sich dieses Problems bewusst. Laut dem Deutschen Bundestag gibt es drei mögliche Grenzverläufe des kurdischen Siedlungsgebietes, die in der Pariser Friedenskonferenz 1919, im Vertrag von Sèvres und in der Gründungskonferenz der UN 1945 vorgeschlagen wurden (Bundestag 2016) (siehe Abbildung 4).

Gemäß diesen drei möglichen Grenzverläufen bezeichnet die vorliegende Arbeit folgende Provinzen in der Türkei als ‚kurdische Provinzen‘: Adiyaman, Şanlıurfa, Diyarbakir, Batman, Mardin, Siirt, Şırnak, Hakkari, Van, Bitlis, Muş, Ağrı, Iğdir, Kars, Bingöl, Dersim und Elazığ.



Abbildung 4 – Das kurdische Siedlungsgebiet; entnommen aus (Bundestag 2016)

Erst fünfzehn Jahre nach der Einführung des Mehrparteiensystems setzten sich erstmals Parteien, wie die ‚Türkiye İşçi Partisi‘ (übers. Arbeiterpartei der Türkei, kurz: TIP) und die YTP für die Belange und Interessen der Kurden ein. Zugleich gründeten sich zahlreiche legale und illegale kurdische Gruppen und Organisationen, die auf die Missstände im Südosten der Türkei aufmerksam machen wollten, wie die ‚Doğu Devrimci Kültür Ocakları‘ (übers. Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens), die ‚Türkiye Kürdistan Sosyalist Partisi‘ (übers. Sozialisti-

sche Partei Türkei-Kurdistan) und die PKK (vgl. Borck, Savelsberg, und Hajo 1997, 133–34; vgl. Franz 2003, 10; vgl. Güney 2002, 122–23; vgl. Naif 2007, 282–83; vgl. Nebi 2009, 161–65). Die TIP und die YTP wurden nach der zweiten militärischen Intervention verboten, weil man ihnen vorwarf, dass sie durch ihr Engagement für die Kurden die territoriale Integrität des türkischen Staates gefährden würden (vgl. Naif 2007, 284–87). Zudem führte man die 10%-Hürde im Verhältniswahlrecht ein, um Parteien, die die sich für die kurdischen Interessen einsetzten, den direkten Einzug ins Parlament zu erschweren.

Erst in den 90er Jahren vollzog sich ein Paradigmenwechsel bezüglich der türkischen-kurdischen Konfliktlinie. Die bis dahin hohe Legitimationsschwelle, die der Kurdenfrage jegliche Berechtigung abgesprochen hatte, weil nach kemalistischem Staatsverständnis jegliche muslimische Minderheit als Türken aufgefasst wird, wurde durch einigen führenden Politikern, wie dem ehemaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal, in Frage gestellt. Die Kurdenfrage wurde nicht mehr geleugnet oder als ein rein militärisches Problem erachtet, sondern als ein kulturell, sozial und/oder wirtschaftliches⁵⁵ (vgl. Beriker 1997, 443–44). Die Legitimationsschwelle sank und erstmals gründeten sich in den 90er Jahren kurdische Parteien, wie die HEP, DEP, HADEP und DEHAP. Alle kurdischen Parteien zeichneten sich dadurch aus, dass sie ihren Schwerpunkt auf die Kurdenfrage legten und sich um eine aktive Lösung der Kurdenfrage bemühten. So wurden kulturelle Rechte und Freiheiten gefordert, wie der kurdische Muttersprachenunterricht an staatlichen Schulen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Südost- und Ostanatolien und die Beseitigung der systematischen wirtschaftlichen Benachteiligung. Die Wahlunterstützung der kurdischen Parteien konzentrierte sich hauptsächlich auf Südost- und Ostanatolien (vgl. Güney 2002, 125–27, 129, 133; vgl. Sirkeci 2016, 151; vgl. Tezcür 2007, 6; vgl. Watts 1999, 632, 636–37, 641–45).

Neben den kurdischen Parteien wurden immer wieder auch islamistische Parteien, wie die RP oder später die AKP, stark in den kurdischen Siedlungsgebieten unterstützt. In den Wahlen 1995, 2007, 2011 erlangten die RP bzw. die AKP ungefähr die Mehrheit in der Hälfte der kurdischen Provinzen. Die AKP schaffte es gar in sieben kurdischen Provinzen die absolute Mehrheit zu bekommen (YeniSafak o. J.).

Diese zweiteilige Unterstützung für islamistische und kurdische Parteien basiert auf das ambivalente Identitätsverständnis der Kurden zwischen Religion und Nationalismus. Die eine

⁵⁵ Die RP plädierte für eine kulturelle und eine auf dem Islam basierende Lösung für die Kurdenfrage. Die ANAP und die CHP sprachen sich für eine wirtschaftliche, soziale und militärische Lösung aus. Die MHP und die DSP leugneten die kurdische Identität und vertraten eine militärische Lösung (vgl. Beriker 1997, 443–44).

Gruppe der Kurden versteht sich primär als Muslime, dann als Kurden. Die andere Gruppe versteht sich primär als Kurden, dann als Muslime. Auch historisch zeigte sich dieses ambivalente Identitätsverständnis in den kurdischen Aufständen. Während der Aufstand von Scheich Ubeydallah Nehri nationalistisch geprägt war, war der Aufstand von Scheich Said religiös geprägt. Wegen dieser Diskrepanz erlangten die kurdischen Parteien bis 2015 nie mehr als 10% der Stimmen und konnten deswegen nie die hohe Repräsentationsschwelle überwinden, um als Partei direkt in das Parlament einziehen zu können. Davor traten die kurdischen Parteien als unabhängige Kandidaten zu den Wahlen an, um die 10%-Wahlhürde zu umgehen. Doch dadurch konnten die unabhängigen Kandidaten pro gewonnene Provinz nur einen Sitz im Parlament ergattern, obgleich nach Stimmenanteil den unabhängigen Kandidaten einer selben Partei mehr Sitze zugeordnet werden müssten – auch dann, wenn die Partei der unabhängigen Kandidaten mehr als 10% aller Stimmen bekäme.

In den Parlamentswahlen 2015 Juni, 2015 November und 2018 schaffte es eine kurdische Partei erstmals die 10%-Wahlhürde zu überwinden und in das Parlament direkt einzuziehen. Mehrere Gründe erklären den Erfolg der kurdischen Partei HDP:

Die AKP verlor seit den Parlamentswahlen 2007 in den kurdischen Gebieten stetig an Stimmen, da sie sich im Friedensprozess zur Beilegung des militärischen Konfliktes mit der PKK widersprüchlich verhielt. Auf der einen Seite signalisierte die AKP Friedensbemühungen mit der PKK, auf der anderen Seite verhaftete die AKP zahlreiche kurdische Politiker, weil sie ihnen Zusammenarbeit mit der PKK vorwarf (vgl. Satana 2012, vgl.176ff).

Durch den syrischen Bürgerkrieg litt die AKP in den kurdischen Gebieten unter einem Glaubwürdigkeitsproblem. Während die AKP immer wieder die Gleichheit der Türken und Kurden betonte, weigerte sich die türkische Regierung, den Kurden in der syrischen Stadt Kobane (Ain al-Arab auf Arabisch) vor dem Angriff der Daesh⁵⁶ im Jahre 2014 zur Hilfe zu eilen. Daraufhin kam es zu zahlreichen kurdischen Protesten an der syrisch-türkischen Grenze gegen die türkische Regierung (vgl. Akarca 2015, 90–91; vgl. Kemahlioğlu 2015, 450).

Innenpolitisch gefährdete der syrische Bürgerkrieg die Türkei. Es kam zu den schwerwiegendsten terroristischen Anschlägen in der türkischen Geschichte. 2015 kamen in Şanlıurfa und in Ankara auf politischen Veranstaltungen, die von kurdischen und linken Aktivisten organisiert

⁵⁶ Der Begriff ‚Daesh‘ ist das Akronym für ISIS und bedeutet ‚ad-daula al-islamiyya fil Iraq wa Sam‘ (übers. Islamischer Staat im Irak und der Levante). Der Begriff ‚Daesh‘ ist mit einer negativen Konnotation behaftet, die im arabischsprachigen Raum und in einigen europäischen Ländern, wie Frankreich, benutzt wird, um den Anspruch der Daesh als Vertreter aller Muslime zu agieren, zu delegitimieren.

wurden, um auf die humanitäre Notsituation der Kurden in Nordsyrien aufmerksam zu machen, mehr als 100 Menschen ums Leben – darunter auch HDP Abgeordnete (vgl. Akarca 2015, 90–91; vgl. Kemahlioğlu 2015, 450). Spätestens seit dem türkischen Offensivkrieg im Januar 2018 in der syrischen Stadt Afrin, dessen Bevölkerung mehrheitlich Kurden darstellt, hat die AKP ihre Glaubwürdigkeit bei nationalistischen Kurden verspielt.

Im Gegensatz zu früheren kurdischen Parteien pflegt die HDP kein ausschließlich kurdisches Profil, sondern ist auf die Gesamttürkei ausgerichtet. Während beispielsweise der Vorgänger der HDP, die BDP, nur in 41 Wahlkreisen Kandidaten zur Wahl stellte, bot hingegen die HDP in allen Wahlkreisen Kandidaten an (vgl. Akarca 2015, 91–92; vgl. Emek 2015, 41; vgl. Köse 2015, 112). Die HDP spricht vor allem alle marginalisierten Gruppen an, wie die Kurden, die Aleviten⁵⁷, Armenier, Griechen, und LGBT⁵⁸-Personen (vgl. Cetin 2015, 28; vgl. Emek 2015, 42).

All diese beschriebenen Gründe führten zu einer Empörung und Frustration in den kurdischen Gebieten, die im Verhalten der AKP Widersprüchlichkeit sahen. Mehrere Proteste ereigneten sich in Südost- und Ostanatolien gegen die türkische Regierung. Ein erhöhtes kurdisches Nationalbewusstsein entwickelte sich und durch die realistische Chance, dass eine kurdische Partei erstmals direkt den Einzug in das Parlament schaffen könnte, weil zuvor die HDP mit dem inzwischen ehemaligen Co-Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş in den Präsidentschaftswahlen 2014 fast 10% der Stimmen erhielt, mobilisierte es weitere Wähler in den kurdischen Gebieten für die HDP zu stimmen.

Die AKP sah sich durch diese Entwicklungen in einem Dilemma gefangen. Einerseits mochte sie weiterhin an die Religiosität der muslimischen Kurden appellieren und war an ernsthaften Friedensverhandlungen bemüht, andererseits musste sie gegenüber ihren konservativ-rechten Wählern glaubwürdig bleiben. Ein Schritt in Richtung Friedensverhandlungen mit der PKK wurde von der MHP als ein Akt der Zusammenarbeit mit einer Terrororganisation und des Verrates an das türkische Volk instrumentalisiert und polarisiert. Wohingegen ein Schritt in Richtung rechte Türken von muslimischen Kurden als ein Akt des türkischen Nationalismus erachtet

⁵⁷ Die alevitische Glaubensgemeinschaft ist eine heterodoxe islamische Konfession, dessen Anhänger vorwiegend an der Grenze zwischen der Mittelmeerregion, Zentral-, Südost- und Ostanatolien leben. Die Aleviten bilden keine homogene religiöse Gemeinschaft. Unter ihnen existiert ein Zweig, der dem orthodoxen Islam sehr nahe ist, und ein Zweig, der den ‚fünf Säulen des Islams‘ (Dogmen des orthodoxen Islams) nicht folgt. Aus diesem Grund erachten Teile der alevitischen, aber auch der orthodoxen islamischen Glaubensgemeinschaft die Aleviten nicht als Muslime. Die Aleviten sind nicht zu verwechseln mit den Alewiten aus dem arabischsprachigen Raum.

⁵⁸ Ausgeschrieben: Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender

wurde. Der Gewinn in der einen Richtung bedeutete der Verlust in der anderen Richtung und umgekehrt (vgl. Kemahlioğlu 2015, 453; vgl. Köse 2015, 110, 118; vgl. Toros 2014, 2), weswegen die AKP letztlich in den kurdischen Gebieten einen Stimmenrückgang zu verzeichnen hatte (Altunoğlu 2015).

4.3. Säkular-islamistische Konfliktlinie

Wie bereits vorhin erwähnt, äußerte sich die zentrum-periphere Konfliktlinie neben der türkisch-kurdischen Konfliktlinie auch in Form einer säkular-islamistischen Konfliktlinie. Eine eindeutige Unterscheidung zwischen zentrum-periphere Konfliktlinie und säkular-islamistische Konfliktlinie ist somit schwierig, da es zwischen diesen Konfliktlinien zu einer Überlappung kommt (vgl. Çarkoğlu und Hinich 2006, 387). Die säkular-islamistische Konfliktlinie ist vor allem kulturell zu verstehen. Zwei Gesellschaftsgruppen streiten, um die Deutungshoheit von Werten, Moral, Normen und Recht. Säkularismus ist stets mit Modernität und Verwestlichung verknüpft gewesen, Islamismus stets mit Traditionalismus und Rückbesinnung auf die Umma. Dieser Streit zeigt sich unter anderem unter den stereotypischen Begriffen ‚weißer Türke‘ und ‚schwarzer Türke‘. Die weißen Türken sind die städtischen, gebildeten Türken und die schwarzen Türken sind die ländlichen, religiösen Türken (vgl. Caliskan 2011, 156–57; vgl. Nejedlik 2016, 34–35). Der damalige Ministerpräsident Erdoğan betonte in einer seiner Reden die Dichotomie zwischen weißen und schwarzen Türken:

„According to them we don’t understand politics. According to them we don’t understand art, theatre, cinema, poetry. According to them we don’t understand aesthetics, architecture. According to them we are uneducated, ignorant, the lower class, who has to be content with what we are given, needy; meaning, we are a group of negroes.“ (Ezikoğlu 2017).

Wie bereits mehrmals betont, ist die säkular-islamistische Konfliktlinie ein Produkt der Zentrum-Peripherie Konfliktlinie gewesen. Die erste Auseinandersetzung zwischen Staat und Religion ereignete sich unmittelbar nach der Gründung der Republik Türkei. Der Staat gründete die Religionsbehörde Diyanet. Diese Behörde war der Versuch den Islam in den Staat zu integrieren und dem laizistischen Staatsverständnis unterzuordnen. Im Jahre 1961 wurde in der Verfassungsänderung beschlossen die Tätigkeit der Diyanet weiter einzuschränken. Explizit wurde erwähnt, dass die Religionsbehörde ausschließlich der nationalen Solidarität und Integration zu

dienen habe und jegliche politische Ansichten im Sinne des Laizismus nicht vertreten dürfe. Im Jahre 1980 musste das Militär feststellen, dass der Islam ein integraler Bestandteil der türkischen Gesellschaft war und versuchte mit der eingeführten Doktrin – der ‚türkisch-islamischen Synthese‘⁵⁹ – türkischen Nationalismus und islamische Religiosität zu einen. Zudem wurde mit der islamischen Synthese versucht, den Islam als Bollwerk gegen den Kommunismus zu verwenden (vgl. Franz 2003, 2; Güzelmansur 2007; vgl. Kalter und Schönberger 2003, 196; vgl. Tezcür 2007, 4–5; vgl. West 2005, 504–5).

Die nächste Auseinandersetzung ereignete sich, als erstmals eine islamistische Partei die Regierung bildete. Die RP formte mit der DYP die Regierung nach den Parlamentswahlen im Jahre 1995. Das Militär intervenierte zum vierten Mal in die türkische Politik und verbot die RP, weil sie ihr Gefahr des laizistischen Charakters der Türkei vorwarf (vgl. Çarkoğlu 2000, 149).

Der nächste Konflikt und zugleich der Höhepunkt der säkular-islamistischen Konfliktlinie, ereignete sich während der Präsidentschaftswahl 2007. Die AKP nominierte als Präsidentschaftskandidaten den AKP-Abgeordneten Abdullah Gül. Da zur Wahl nicht 2/3 aller Abgeordneten anwesend waren, weil die CHP sich weigerte einen islamistischen Staatspräsidenten anzuerkennen, reichte die CHP einen Antrag beim Verfassungsgericht ein, um die Wahl zu annullieren. Das Verfassungsgericht gab dem Antrag der CHP Recht und die Wahl wurde als nichtig erklärt. Zur gleichen Zeit schaltete sich das Militär per Memorandum ein und warnte die AKP davor den säkularen Charakter des türkischen Staates nicht zu untergraben. Da die türkische Verfassung eine parlamentarische Neuwahl vorsieht, wenn eine Bestätigung des Präsidentschaftskandidaten scheitert, wurden die Parlamentswahl vorgezogen. Nach der Parlamentswahl wurde letztlich Abdullah Gül doch als Staatspräsident gewählt, da durch den Einzug der MHP in das Parlament und ihrer Anwesenheit bei der Präsidentschaftswahl die 2/3-Anwesenheit durch AKP und MHP erfüllt wurde – trotz der Abwesenheit der CHP (vgl. Bacik 2008, 378–80). Die Auseinandersetzung zwischen der AKP und dem Staat setzte sich im Jahr 2008 fort. Die Staatsanwaltschaft reichte beim Verfassungsgericht einen Antrag zum Verbot der AKP ein, weil man der AKP anti-säkulare Tendenzen vorwarf. Die AKP entging diesem Verbot knapp (vgl. Caliskan 2011, 163; vgl. Çarkoğlu 2014, 7; vgl. Güsten 2018, 6–7; Sert und Gümüşcü 2009). Danach wurde durch den von der AKP eingereichte Antrag der sogenannte ‚Ergenekon‘-Prozess eröffnet. Im Ergenekon-Prozess wurden ranghohe Militärfunktionäre und Staatsfunk-

⁵⁹ Die türkisch-islamische Synthese ist eine Ideologie, die türkisch-nationalistische und politisch-islamistische Elemente miteinander in Verbindung bringt.

tionäre sowie wichtige Politiker, Journalisten, Akademiker und Geschäftsleute verhaftet, weil man ihnen die Unterwanderung des Staates und die Etablierung paralleler Staatsstrukturen vorwarf, um die AKP und den Staat zu stürzen⁶⁰. Zudem konnte im Rahmen der EU-Beziehungen, durch das von der AKP abgehaltene erfolgreiche Referendum im Jahre 2010, das Privileg des Militärs, sich verbindlich in die Politik einzumischen, aufgelöst werden (vgl. Çarkoğlu 2014, 3; vgl. Kalaycıoğlu 2012, 3–4; vgl. Krüger 2013).

Laut Kalaycıoğlu, konnten periphere Parteien keinen Einfluss auf das Wertesystem des Zentrums ausüben, wie dem Militär, den Ministerien und den höchsten Gerichten. All diese staatlichen Institutionen blieben weitestgehend isoliert und ihr Wertekanon unangetastet (vgl. Kalaycıoğlu 1994, 408). Erst nachdem die AKP mit Abdullah Gül den Staatspräsidenten stellte, konnte sie durch die Kompetenzen des Präsidenten viele wichtige Stellen im Staat besetzen und so ihre Macht innerhalb des Zentrums ausweiten und sichern (vgl. Çarkoğlu 2014, 3; Kalaycıoğlu 2012). Die AKP schwächte das seit jeher kemalistisch-orientierte Zentrum. Spätestens seitdem fünften Militärputsch im Jahre 2016, der scheiterte, änderten sich die Verhältnisse vollständig. Die AKP entwickelt sich von einer peripheren Partei zu einer Partei, die das Zentrum bildet. Die CHP nimmt eine konträre Entwicklung ein. Sie wird zusehends im politischen System ausgegrenzt und unter Druck gesetzt, just wie die islamistischen Parteien im 20. Jahrhundert (vgl. Göle 1997, 52–53; Seeling 2016).

4.4. Alevitisch-sunnitische Konfliktlinie

Eine weitere oftmals nicht beachtende Konfliktlinie in der Literatur ist die alevitisch-sunnitische⁶¹ Konfliktlinie, die fälschlicherweise der säkular-islamistischen Konfliktlinie verwechselt wird. Richtig ist, dass die alevitisch-sunnitische Konfliktlinie von der säkular-islamistischen Konfliktlinie dominiert wird, aber nicht, weil die alevitisch-sunnitische Konfliktlinie an sich keine Relevanz besitzen würde, sondern, weil die alevitisch-sunnitische Konfliktlinie sich

⁶⁰ Das Urteil des Ergenekon-Prozesses wurde im Jahre 2016 durch ein Berufungsgericht aufgehoben.

⁶¹ Der Begriff ‚sunnitisch‘ wird in der vorliegenden Arbeit als ein stilistisches Mittel gebraucht, um die konfessionellen Unterschiede zwischen Muslimen, die der alevitischen Glaubensgemeinschaft oder der orthodoxen islamischen Glaubensgemeinschaft angehören, zu unterscheiden. Der Begriff ‚sunnitisch‘ wird in der Literatur verwendet, um zwei Hauptströmungen des Islams voneinander zu unterscheiden, dem Sunnismus (sunnitisch) und dem Schiismus (schiitisch). Theologisch gesehen sind die Unterschiede zwischen Sunnismus und Schiismus marginal und daher zu ignorieren, politisch jedoch von großer Wichtigkeit, weil islamische Staaten, wie der Iran oder Saudi-Arabien, die konfessionellen Unterschiede zu politischen Zwecken instrumentalisieren.

durch die hohe Repräsentationsschwelle und durch die unterschiedliche ethnische Zusammensetzung der Aleviten nicht in das Parteiensystem übertragen kann.

Die Aleviten sind eine religiöse Minderheit in der heutigen Türkei. Je nach Schätzung machen sie ca. 20% der türkischen Bevölkerung aus (Ayata und Günes-Ayata 2002, 145ff). Die Aleviten lassen sich ethnisch in Türken und Kurden aufteilen. Doch durch das Dersim-Massaker⁶², den Pogrom von Kahramanmaraş⁶³, das Sivas-Massaker⁶⁴, den Diskriminierungen und Repressalien entwickelte sich ein ausschließlich alevitisches Bewusstsein, das sich weder als türkisch noch kurdisch verstand und versteht (vgl. Borck, Savelsberg, und Hajo 1997, 207). Noch heute werden beispielsweise alevitische Grabstätten nicht anerkannt, alevitische Gebetshäuser, im Türkischen ‚cem evi‘ genannt, genießen keine staatliche Förderung im Vergleich zu Moscheen; an staatlichen Schulen wird kein konfessionsgebundener alevitischer Unterricht angeboten und die alevitischen Imame genießen im Gegensatz zu sunnitischen Imamen keinen Beamtenstatus.

Dieses Bewusstsein mündete in den 60er und 90er Jahren in Gründungen von alevitisch-orientierten Parteien, wie der ‚Birlik Partisi‘ (übers. Einheitspartei, kurz: BP) und der ‚Türkiye Birlik Partisi‘ (übers. Einheitspartei der Türkei, kurz: TBP) (vgl. Franz 2003, 14; vgl. Köse 2015, 113). Die alevitisch-orientierten Parteien waren jedoch kaum erfolgreich, da die Repräsentationsschwelle durch die säkularen Parteien, wie der CHP, der SHP und der DYP, sehr hoch war. Die säkularen Parteien boten sich als bessere Alternative für die Aleviten an, weil sie sich von diesen säkularen Parteien einen besseren Schutz vor islamistischer Ideologie versprachen (vgl. Köse 2015, 113). Ali Çarkoğlu stellte in einer empirischen Studie fest, dass je mehr eine Person alevitische Merkmale⁶⁵ aufweist, desto eher diese Person eine säkulare Partei, wie die CHP, wählt. Entsprechend gilt umgekehrt, dass je weniger eine Person alevitische Merkmale aufweist, desto eher diese Person eine islamistische Partei, wie die AKP, wählt (vgl. Çarkoğlu 2005, 286).

Seit dem Einzug kurdischer Parteien ins Parlament, allen voran der HDP, und seit dem syrischen Bürgerkrieg, der die Gefahr terroristischer islamistischer Milizen unmittelbar vor der tür-

⁶² Das Dersim-Massaker bezeichnet die Niederschlagung des Dersim-Aufstandes und die damit verbundene Gewalt an Zivilisten. Schätzungsweise sind mehr als 10.000 Menschen durch das türkische Militär umgebracht wurden (vgl. Kieser 2000, 411). Unter ihnen befanden sich vorwiegend kurdische Aleviten.

⁶³ Im Pogrom von Kahramanmaraş verübten rechtsextremistische und gewalttätige islamistische Fundamentalisten ein Massaker an die alevitische Glaubensgemeinschaft in Maraş. Es kamen mehr als 100 Menschen ums Leben.

⁶⁴ Das Sivas-Massaker bezeichnet den vom gewalttätigen fundamental-islamistischen Mob ausgeführten Brandanschlag gegen ein von Aleviten bewohntes Hotel. Es starben dabei 37 Menschen.

⁶⁵ Alevitische Merkmale nach Çarkoğlu sind unter anderem ein Bildporträt von Ali, dem Neffen des Propheten Muhammad, das oftmals in Wohnungen von Aleviten zu finden ist und die Wichtigkeit der heutigen irakischen Stadt Kerbela, in der einer der Söhne von Ali ermordet wurde.

kischen Grenze verdeutlicht und denen sich hauptsächlich kurdische Milizen in Syrien entgegenstellen, wächst das kurdische Nationalbewusstsein innerhalb der alevitischen Wählerklientel, das zu einer Teilung in einen türkisch-alevitischen Klientel und in einen kurdisch-alevitischen Klientel geführt hat. Da die HDP so, wie die CHP, eine säkulare Politik vertritt, konkurrieren diese beiden Parteien in den Wahlen um die alevitische Wählerschaft. Im kurdisch-alevitisch geprägten Dersim, welches traditionell die CHP wählt, gewinnt seit 2015 mit absoluter Mehrheit die HDP (vgl. Ayata und Günes-Ayata 2002, 145–48; vgl. Çarkoğlu 2002b, 35; vgl. Köse 2015, 107).

5. Schluss

Die Untersuchung der vorliegenden Arbeit zeigt, dass in der türkischen Gesellschaft drei Cleavages existieren, jedoch zwei der drei Cleavages sich im türkischen Parteiensystem übertragen haben; einmal die türkisch-kurdische Konfliktlinie, andermal die säkular-islamistische Konfliktlinie. Diese beiden Konfliktlinien sind jedoch ein Ausdruck der zentrum-peripheren Konfliktlinie.

Die türkisch-kurdische Konfliktlinie entspricht genau der klassischen zentrum-peripheren Konfliktlinie aus der Cleavage-Theorie. Auf der einen Seite ein stark zentralistischer Staat, der aufgrund seiner kemalistischen Prinzipien bis zur Jahrtausendwende eine kulturelle und sprachliche Homogenisierung verfolgte bzw. jegliche ethnische Heterogenität negierte, und auf der anderen Seite eine gesellschaftlich, wirtschaftlich marginalisierte und geographisch klar zu verortende ethnische Minderheit, die seit der Jahrtausendwende sich wirtschaftlich erholt und mehr denn je kulturelle Freiheiten genießt. Doch durch den syrischen Bürgerkrieg verschärfte sich der türkisch-kurdische Konflikt. Kurdische Nationalisten warfen der AKP im Umgang zwischen Türken und Kurden vor, mit zweierlei Maß zu messen. Zudem kam es zwischen dem türkischen Militär und der PKK nach den gescheiterten Friedensbemühungen im kurdisch bewohnten Südostanatolien erneut zu militärischen Gefechten, unter denen die kurdischen Zivilisten litten. Die zunehmende politische Polarisierung in der Öffentlichkeit trägt dazu bei, dass sich die Fronten im türkisch-kurdischen Konflikt erhärten und die Gesellschaft sich weiter spaltet.

Die säkular-islamistische Konfliktlinie ist vor allem kulturell zu verstehen. Zwei Gesellschaftsgruppen streiten, um die Deutungshoheit von Werten, Moral, Normen und Recht. Auf der einen Seite ländlich, religiös geprägte Türken, die erst 50 Jahre nach der Gründung der Türkischen Republik islamistische Parteien wählen können, und auf der anderen Seite städtische, gebildete, säkular-orientierte Türken. Seit dem gescheiterten Verbot der AKP durch das Verfassungsgericht im Jahre 2008 und seitdem die AKP neben ihrer starken Dominanz in der Legislative auch den Staatspräsidenten stellt, hat der säkular-islamistische Konflikt zugenommen. Doch im Gegensatz zu früher ist es nicht mehr eine islamistische Partei, die unter staatlichem Druck leidet, sondern die säkulare Partei CHP.

Der historische Ursprung der türkisch-kurdischen Konfliktlinie und der säkular-islamistischen Konfliktlinie geht auf die lange Entwicklungs- und Entstehungsgeschichte der Zentrum-Peripherie Konfliktlinie im Osmanischen Reich zurück. Der Ausgangspunkt der Konfliktlinie waren die zwei Gesellschaftsschichten, die Askeri und die Reaya. Die Askeri, als Zentrum, und die Reaya, als Peripherie, unterschieden sich in sozioökonomischer, kulturell-religiöser, rechtlicher, ethnischer und wirtschaftlicher Sicht. Die Dichotomie zwischen diesen beiden Gruppen blieb vom Anfang des 14.Jh. bis zur Mitte des 16.Jh. weitestgehend unversehrt erhalten.

Der erste Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie ereignete sich, nach dem die Expansion des Osmanischen Reiches Ende des 16.Jh. zum Erliegen kam. Durch die hohen Verwaltungskosten in den neu eroberten Gebieten und an den Grenzen kam es zu einem staatlichen Haushaltsdefizit. Um dieses Defizit auszugleichen, reformierte das Osmanische Reich sein Steuerpachtsystem, das zu exorbitanten Steuersätzen für die Reaya führte. Der Unmut und die Frustration der Reaya über die Steuersätze drückte sich in den Celali-Aufständen aus.

Der zweite Konflikt trug sich innerhalb des Zentrums und zwischen Zentrum und Peripherie aus. Nach dem Sultan Ahmed III. Anfang des 18. Jh. Reformen beschloss, um die militärische Unterlegenheit des Osmanischen Reiches gegenüber den europäischen Großmächten auszugleichen, leisteten die Ulema und die Janitscharen Widerstand. Die Ulema kritisierten die Verwestlichung der osmanischen Kultur und die Janitscharen die Gefährdung ihrer Position. Nach der prekären wirtschaftlichen Lage der Reaya durch den osmanisch-persischen Krieg begannen die Ulema, die Janitscharen und die Reaya im Jahre 1730 den Patrona-Halil-Aufstand.

Die nächste Auseinandersetzung zeichnete sich wieder durch einen intra-elitären Konflikt und einen zentrum-peripheren Konflikt aus. Das Osmanische Reich war seit Mitte des 18. bis Anfang des 19.Jh. innenpolitisch stark geschwächt. Derebey, Ayan, Janitscharen und kurdische

Fürstentümer regierten nahezu unabhängig vom Osmanischen Reich. Der intra-elitäre Konflikt gipfelte in die Nizam-i Cedid Reform. Die Reform sah eine Modernisierung nach europäischem Bilde an. Dies hieß zugleich eine Verwestlichung und Säkularisierung der Gesellschaft sowie eine Reformierung des politischen Systems und des Militärs. Nach intensiven Kämpfen innerhalb des Zentrums, löste der Sultan die Janitschareinheiten auf, beseitigte die Derebey und entrechtete die Ulema. In der Peripherie löste der Sultan mehrere kurdische Fürstentümer auf und löste das Privileg vieler Ayan auf, die sich als Interessenvertreter der Reaya verstanden.

All diese dem Sultan unterlegenen Gruppen bildeten in der Tanzimat eine Allianz gegen das Zentrum, die dann später unter der autokratischen Herrschaft des Sultans Abdülhamid II. ihren Ausdruck im jungosmanischen bzw. jungtürkischen Komitee wiederfanden. In der Tanzimat von 1839 bis 1876 wurden eine Vielzahl von Reformen, Gesetze und Erlasse verabschiedete, um das Osmanische Reich von Grund auf zu ändern. Erneut bildete sich im Zentrum Widerstand. Innerhalb des bürokratischen Staatsapparates kritisierte die sogenannte rationale Bürokratie den Nepotismus, die Patronage- und Klientelismus-Politik in der Bürokratie und störte sich an der Zögerlichkeit des Sultans den Staat zu modernisieren. Als bald dominierte die rationale Bürokratie das Zentrum und war beispielsweise in der Lage mehrere Sultane vom Thron abzusetzen bzw. auf den Thron zu setzen. Nach dem die erste konstitutionelle Verfassung des Osmanischen Reiches eingeführt wurde und zusätzlich ein Parlament tagen durfte, standen rationale Bürokratie einerseits, und traditionelle Bürokratie, eine stark geschwächte Ulema, verbliebene Ayan sowie all diejenigen, die unmittelbar vor und während der Tanzimat ihre Privilegien verloren, andererseits, sich gegenüber.

Die Ohnmacht der Sultane während der Tanzimat führte zu einer vehementen Reaktion des Sultans Abdülhamid II., der das Parlament auflöste und bis zur Jungtürkischen Revolution autokratisch herrschte. In der autokratischen Herrschaft des Sultans Abdülhamid II. formierten sich die Fronten neu. Oppositionelle innerhalb des Zentrums gründeten das jungosmanische Komitee und versuchten Sultan Abdülhamid II. zu stürzen. Nach dem gescheiterten Sturz wurde das jungtürkische Komitee gegründet. Die Jungtürken wiederum trennten sich in einen liberal-pluralistischen Flügel und in einen zentral-etatistisch-nationalistischen Flügel. Nach der Jungtürkischen Revolution standen sich drei Gruppierungen im Parlament gegenüber, die liberalen, die zentralistischen und die islamistischen Jungtürken. Die zentralistischen Jungtürken rissen als bald die Macht an sich und nahmen jeden Anlass, um jegliche oppositionelle Bewegungen, darunter auch zahlreiche kurdische Organisationen, aufzulösen und zu verhindern. Die liberalen Jungtürken und die islamistischen Jungtürken gingen eine gemeinsame Allianz ein.

Bis 1930 versuchten die liberalen und die islamistischen Jungtürken den zentralistischen Jungtürken Widerstand zu leisten. Die Kurden versuchten durch mehrere Aufstände, teils religiös, teils nationalistisch motiviert, die zentralistischen Jungtürken zu stürzen. Ab 1930 bis 1946 herrschte die von den zentralistischen Jungtürken gegründete Partei CHP alleine. Erst auf Druck von außen wurde das Mehrparteiensystem 1946 eingeführt.

Das Mehrparteiensystem kann grob in drei Zeitphasen unterteilt werden. Von 1946 bis 1960 wurde per relative Mehrheitswahlrecht gewählt, von 1960 bis 1970 per Verhältniswahlrecht und von 1970 bis 1990 per Verhältniswahlrecht plus 10%-Hürde.

Entgegen weitläufiger Annahmen handelt es sich in der ersten Phase des Mehrparteiensystems, also von 1946 bis 1960, nicht um den Ausdruck einer zentrum-peripheren Konfliktlinie zwischen der CHP als Zentrum und der DP als Peripherie, sondern um eine Issue-divide über die Frage marktwirtschaftlicher Prinzipien und darüber, ob der Staat libertär-demokratisch oder traditionell-autoritär geführt werden sollte. Durch das relative Mehrheitswahlrecht entwickelte sich nach dem Gesetz von Duverger ein Zweiparteiensystem, in der die DP sich als ein Sammelbecken verschiedener Interessen verstand, die seit der Einparteienherrschaft der CHP aus dem politischen System ausgegrenzt und benachteiligt wurden.

Nach dem ersten Militärputsch im Jahre 1960 wurde die DP verboten und die AP folgte ihr als Nachfolgepartei. Erneut konkurrierten im Wesentlichen die CHP und die AP gegeneinander. Durch das eingeführte Verhältniswahlrecht bildeten sich die ersten Ansätze peripherer Parteien. Erstmals nach der Einparteienherrschaft der CHP wurde die Kurdenfrage durch die TIP und die YTP angesprochen. Zudem wurden die ersten alevitischen Parteien, wie die BP und die TBP, gegründet, die jedoch erfolglos blieben, da bereits die säkularen Parteien die Interessen der Aleviten vertraten.

Nach dem zweiten Militärputsch im Jahre 1971 entstand trotz der eingeführten 10%-Hürde erstmalig eine islamistische Partei, die MSP. Zum ersten Mal übertrug sich die säkular-islamistische Konfliktlinie ins Parteiensystem. Doch bevor sich die säkular-islamistische Konfliktlinie im Parteiensystem manifestieren konnte, wurden alle Parteien, darunter auch die islamistische Partei MSP, durch den dritten Militärputsch im Jahre 1980 verboten.

Das Verbot schloss auch die CHP ein, die sich bis dahin als alleinige Partei des Zentrums verstand. Dies führte innerhalb des Zentrums zu einem Bruch zwischen der CHP und dem Zentrum selbst. Ähnlich wie im Jahre 1946 wurden nur Parteien zugelassen, die die kemalistischen Prin-

zipien achteten. Verbotene Parteien und führende Politiker der verbotenen Parteien durften bis 1987 sich nicht an der Politik beteiligen. Erst nachdem das Verbot aufgehoben wurde, konnten sich Parteien bilden, die die Konfliktlinien in der Gesellschaft in das Parteiensystem übertrugen. So folgten die DYP als Nachfolgepartei der AP, die RP als Nachfolgepartei der MSP, die DSP und SHP als Nachfolgepartei der CHP.

In den 90er Jahren bildete sich die türkisch-kurdische Konfliktlinie, nachdem jahrzehntelang eine kurdische Realität und Identität vollständig geleugnet wurden. Zahlreiche kurdische Parteien wurden gegründet, doch alle scheiterten an der 10% Hürde – bis auf die kurdische Partei HDP im Jahre 2015. Trotz dem vierten Militärputsch im Jahre 1997 bildeten sich sofort neue islamistische und kurdische Parteien.

Seit 2008 ist eine bezeichnende Entwicklung eingetreten, in der das Zentrum von der AKP nach intensiven juristischen und politischen Kämpfen stark geschwächt wurde. Die endgültige Niederlage des Zentrums gegenüber der AKP markierte der gescheiterte und fünfte Militärputsch im Jahre 2016. Seitdem vertritt die islamistische Partei AKP das Zentrum, die durch die erlassene Verfassungsänderung im Jahre 2017 von einer parlamentarischen Demokratie in eine präsidentielle Demokratie bis spätestens 2019 ihre Position innerhalb des Zentrums stärken wird.

Am 24.Juni 2018 wählte die Türkische Republik den Staatspräsidenten und das Parlament. Auch an dieser Wahl ließ sich beobachten, dass die säkular-islamistische Konfliktlinie und die türkisch-kurdische Konfliktlinie, die seit der Jahrtausendwende vollständig im türkischen Parteiensystem konsolidierten, das Wahlverhalten der türkischen Wähler bestimmen: die AKP islamistisch, die CHP säkular, die MHP türkisch-nationalistisch und die HDP kurdisch.

Anhang

Wahlergebnisse der Parlamentswahlen⁶⁶ von 1946 bis 2018

PARTEI	1946	1950	1954	1957	1961	1965	1969	1973	1977
CHP	87,3%	39,9%	34,8%	41%	36,7%	28,7%	27,4%	33,3%	41,4%
DP	11,6%	53,5%	56,6%	47,8%					
AP					34,8%	52,9%	46,6%	29,8%	36,9%
YTP					13,7%	3,7%	2,2%		
CKMP					14%	2,2%			
MHP							3%	3,4%	6,4%
MSP								11,8%	8,6%
DP2								11,9%	
REST ⁶⁷	1%	6,5%	8,6%	11,2%	0,8%	12,5%	20,9%	9,8%	6,8%

⁶⁶ Von 1961 bis 1979 tagte die zweite parlamentarische Kammer ‚Senat der Republik‘. Die Wahlergebnisse des Senats werden in der vorliegenden Arbeit nicht dargelegt, da das Senat nur für eine kurze Periode tagte und daher eine angemessene Vergleichbarkeit mit den Wahlergebnissen des Parlaments von 1946 bis 2018 nicht gegeben ist.

⁶⁷ Die Wählerstimmen für unabhängige Kandidaten, für Parteien, die weniger als 5% erreichen konnten, und für Parteien, die für die Untersuchung dieser vorliegenden Arbeit nicht wichtig sind, werden unter dem Begriff ‚Rest‘ zusammengefasst.

PARTEI	1983	1987	1991	1995	1999	2002	2007	2011	2015 JUNI	2015 NOV.	2018
HP	30,5%										
MDP	23,3%										
ANAP	45,1%	36,3%	24%	19,7%	13,2%	5,1%					
SHP		24,7%	20,8%								
DYP		19,1%	27%	19,2%	12%	9,5%					
DSP		8,5%	10,7%	14,6%	22,2%	1,2%					
RP		7,2%	16,9%	21,4%							
CHP				10,7%	8,7%	19,4%	20,9%	26%	25%	25,3%	22,6%
MHP				8,2%	18%	8,4%	14,3%	13%	16,3%	11,9%	11,1%
FP					15,4%						
AKP						34,4%	46,6%	49,8%	41%	49,5%	42,6%
KURDISCHE PARTEIEN⁶⁸				4,2%	4,8%	6,2%	5,2%	6,6%	13,2%	10,8%	11,7%
IYI											10%
REST	1,1%	4,2%	0,6%	2%	5,7%	16%	13%	4,6%	4,6%	2,5%	2%

⁶⁸ Zum Zwecke der Übersichtlichkeit werden folgende Parteien unter dem Begriff ‚Kurdisch Parteien‘ zusammengefasst: HEP, DEP, HADEP, DEHAP, DTP, BDP und HDP.

Nachfolgeparteien sowie ideologische und politische Ausrichtung der Parteien

Partei	Kürzel	Nachfolger von...	Übergang in...	Ideologische/ politische Ausrichtung...
Adalet Partisi	AP	DP	DYP	Wirtschaftsliberalismus, Konservatismus
Adalet ve Kalkınma Partisi	AKP	FP		Wirtschaftsliberalismus, Islamismus, Konservatismus, Neo-Osmanismus
Anavatan Partisi	ANAP			Wirtschaftsliberalismus, Nationalismus, Konservatismus
Barış ve Demokrasi Partisi	BDP	DTP	HDP	Pro-Kurdisch, Sozialdemokratie
Birlik Partisi	BP			Pro-Alevitisch, Sozialdemokratie
Cumhuriyet Halk Partisi	CHP		HP, SODEP, DSP Fusion mit SHP in CHP	Kemalismus, ab 1965 Sozialdemokratie
Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi	CKMP		MHP	Nationalismus
Demokrasi Partisi	DEP	HEP	HADEP	Pro-Kurdisch
Demokratik Halk Partisi	DEHAP	HADEP	DTP	Pro-Kurdisch
Demokrat Parti	DP		AP, YTP	Wirtschaftsliberalismus, Populismus, Konservatismus
Demokratik Partisi	DP2	Trennung von AP		Liberalismus
Demokratik Sol Parti	DSP	CHP		Sozialdemokratie, Kemalismus
Demokratik Toplum Partisi	DTP	DEHAP	BDP	Pro-Kurdisch, Sozialdemokratie

Doğru Yol Partisi	DYP	AP		Wirtschaftsliberalismus, Konservatismus
Fazilet Partisi	FP	RP	AKP und SP	Islamismus
Halkin Demokrasi Partisi	HADEP	DEP	DEHAP	Pro-kurdisch
Halkin Emek Partisi	HEP		DEP	Pro-kurdisch
Halkların Demokratik Partisi	HDP	BDP		Pro-Kurdisch, Pluralismus, Sozialdemokratie
Halkçı Parti	HP	CHP	Fusion mit SODEP in SHP	Sozialdemokratie, Kemalismus
Hürriyet ve Itilaf Firkasi		Osmanlı Ahrar Firkasi und İttihadi ve İtilaf Firkasi	Terakkiperver Cumhuriyet Firkasi	Liberalismus, Konstitutionalismus, Dezentralisierung
İttihadi Muhammedi Firkasi			Hürriyet ve İtilaf Firkasi	Islamismus
İyi Parti	IYI	Trennung von MHP		Nationalismus, Kemalismus
Milliyetçi Demokrasi Partisi	MDP			Nationalismus
Milliyetçi Hareket Partisi	MHP	CKMP		Rechtsextremismus
Milli Selamet Partisi	MSP		RP	Islamismus
Osmanlı Ahrar Firkasi			Hürriyet ve İtilaf Firkasi	Liberalismus, Laizismus, Dezentralisierung
Refah Partisi	RP	MSP	FP	Islamismus
Serbest Cumhuriyet Firkasi		Terakkiperver Cumhuriyet Firkasi		Wirtschaftsliberalismus, Laizismus, Nationalismus, Republikanismus
Sosyaldemokrat Halkçı Parti	SHP	SODEP und HP	Fusion mit CHP in CHP	Sozialdemokratie, Kemalismus
Sosyal Demokrasi Partisi	SODEP	CHP	Fusion mit HP in SHP	Sozialdemokratie, Kemalismus

Saadet Partisi	SP	FP		Islamismus
Terakkiperver Cumhuriyet Firkasi		Hürriyet ve Itilaf Firkasi	Serbest Cumhuriyet Firkasi	Liberalismus, Dezentralisierung
Türkiye İsci Partisi	TİP			Sozialismus
Yeni Türkiye Partisi	YTP	DP		Liberalismus

Literaturverzeichnis

- Abesadze, David. 2014. „Religious systems and the Secular-religious cleavage: Turkey and Western Europe compared“. *Procedia - Social and Behavioral Sciences* 120: 190–96. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1877042814016267> (30. Juni 2018).
- Akarca, Ali T. 2015. „Putting Turkey’s June and November 2015 Election Outcomes in Perspective“. *Insight Turkey* 17(4): 81–104. <https://search.proquest.com/docview/1771698632/fulltextPDF/29EFD65EAEC74DE2PQ/1?accountid=14570> (30. Juni 2018).
- Altunoğlu, Mustafa. 2015. „2015 Seçimleri ve Türkiye’de Hakim Parti Dönemi“. *SETA* (145). http://file.setav.org/Files/Pdf/20151221204732_2015-secimleri-ve-turkiyede-hakim-parti-donemi-pdf.pdf (30. Juni 2018).
- Angrist, Michele Penner. 2018. „Party Systems and Regime Formation in the Modern Middle East: Explaining Turkish Exceptionalism“. *Comparative Politics* 36(2): 229–49. <https://www.jstor.org/stable/pdf/4150144.pdf?refreqid=excelsior%3Abf6482a65a514e344fa5159317bf3e53> (30. Juni 2018).
- Åsa von Schoultz. 2017. „Party Systems and Voter Alignments“. In *The SAGE Handbook of Electoral Behaviour*, hrsg. Kai Arzheimer, Jocelyn Evans, und Michael S. Lewis-Beck. London: Sage, 30–55. https://tuhat.helsinki.fi/portal/files/98525480/SHEB_Party_systems_and_voter_alignments_2017.pdf (30. Juni 2018).
- Ayata, Sencer, und Ayse Günes-Ayata. 2002. „Ethnic and Religious Bases of Voting“. In *Politics, Parties & Elections in Turkey*, hrsg. Sabri Sayari und Yilmaz Esmer. London: Lynne Rienner, 137–56.
- Bacik, Gokhan. 2008. „The parliamentary elections in Turkey, July 2007“. *Electoral Studies* 27: 377–81. https://ac.els-cdn.com/S0261379407001163/1-s2.0-S0261379407001163-main.pdf?_tid=1699c9d4-0d5c-4f16-9e34-b3ef637e23c1&acdnat=1530357089_985c99c83f92b154ee27a3f4bab511f5 (30. Juni 2018).
- Bartolini, Stefano, und Peter Mair. 1990. *Identity, Competition, and Electoral Availability: The*

- Stabilisation of European Electorates 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bengtsson, Åsa u. a. 2014. *The Nordic Voter. Myths of Exceptionalism*. Colchester: ECPR.
- Berelson, Bernard, Hazel Gaudet, und Paul F. Lazarsfeld. 1948. *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. 2. Aufl. New York: Columbia University Press.
- Beriker, Nimet. 1997. „The Kurdish Conflict in Turkey: Issues, Parties and Prospects“. *Security Dialogue* 28(4): 439–52.
[http://repository.bilkent.edu.tr/bitstream/handle/11693/25540/The Kurdish Conflict in Turkey Issues, Parties and Prospects.pdf?sequence=1](http://repository.bilkent.edu.tr/bitstream/handle/11693/25540/The_Kurdish_Conflict_in_Turkey_Issues_Parties_and_Prospects.pdf?sequence=1) (30. Juni 2018).
- Bernard, Lewis. 2002. *The emergence of modern Turkey*. 3. Aufl. New York: Oxford University Press.
- Bilecen, Halil. 2015. „The Determinants of voting Behaviour in Turkey“. Houston University.
<https://uh-ir.tdl.org/uh-ir/bitstream/handle/10657/1128/BILECEN-DISSERTATION-2015.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (30. Juni 2018).
- Borck, Carsten, Eval Savelsberg, und Siamend Hajo. 1997. *Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan*. Münster: Lit Verlag.
- Bornschieer, Simon. 2009. „Cleavage Politics in Old and New Democracies“. *Living Reviews in Democracy* 1(1): 1–13. https://www.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/cis-dam/CIS_DAM_2015/WorkingPapers/Living_Reviews_Democracy/Bornschieer.pdf (30. Juni 2018).
- Brug, Wouter van der. 2010. „Structural and Ideological Voting in Age Cohorts“. *West European Politics* 33(3): 586–607.
<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/01402381003654593?needAccess=true> (30. Juni 2018).
- Brug, Wouter van der, und Sylvia Kritzing. 2012. „Generational differences in electoral behavior“. *Electoral Studies* 31(2): 245–49. https://ac.els-cdn.com/S0261379411001375/1-s2.0-S0261379411001375-main.pdf?_tid=97248762-6a28-4dee-9ad7-

b4f1c554a082&acdnt=1530773613_ec4b3b23c2a3b1967fc91d5fd2c36ac0 (30. Juni 2018).

Bruinessen, Martin van. 1989. „Vom Osmanismus zum Separatismus: Religiöse und ethnische Hintergründe der Rebellion des Scheich-Said¹“. In *Islam und Politik in der Türkei*, hrsg. Jochen Blaschke und Martin van Bruinessen. Berlin: Parabolis, 109–65.

———. 1998. „Shifting national and ethnic identities: The Kurds in Turkey and the European diaspora“. *Journal of Muslim Minority Affairs* 18(1): 39–52.

<http://web.a.ebscohost.com/ehost/detail/detail?vid=0&sid=93d98de2-1859-4b6a-b4e9-a71c3d0bfc68%40sessionmgr4006&bdata=JnNpdGU9ZWwhvc3QtbGl2ZQ%3D%3D#AN=608388&db=aph> (30. Juni 2018).

———. *The Ethnic Identity of the Kurds in Turkey¹*. San Francisco.

http://www.academia.edu/707655/The_ethnic_identity_of_the_Kurds (30. Juni 2018).

Buckley, Richard. 1994. *The Kurds: caught between nations (Understanding Global Issues Series, 94/3)*. Cheltenham: European Schoolbooks Publishing Limited.

Bundestag, Deutscher. 2016. *Wissenschaftliche Dienste Kurden: Ethnogenese, Sprachen, Religionen, Zahl und Siedlungsgebiete*. Berlin.

<https://www.bundestag.de/blob/425716/9e5fb88b2e1b2a50acc5c44be4f2c83e/wd-1-008-16--pdf-data.pdf> (30. Juni 2018).

Çağlar, Gazi. 2000. *Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im Osmanischen Reich*. Hannover: PETER LANG.

Caliskan, Köksal. 2011. „Islam oder politische Kultur? Ihr Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie und Menschenrechte in Ägypten, im Iran und in der Türkei“. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. <https://d-nb.info/1047202875/34> (30. Juni 2018).

Çarkoğlu, Ali. 2000. „The Geography of the April 1999 Turkish Elections“. *Turkish Studies* 1(1): 149–71.

<http://content.ebscohost.com/ContentServer.asp?T=P&P=AN&K=7166071&S=R&D=aph&EbscoContent=dGJyMNHX8kSeqa44yOvsOLCmr1CeprNSrq64SrGWxWXS&ContentCustomer=dGJyMPGnr0m0r7JJuePfgex44Dt6fIA> (30. Juni 2018).

———. 2014. *Turkey Goes to the Ballot Box 2014 Municipal Elections and Beyond*. New York: Brookings. <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/13-turkey->

ballot-box-municipal-elections-carkoglu.pdf (30. Juni 2018).

Çarkoğlu, Ali. 2002a. „The Rise of the New Generation Pro-Islamists in Turkey: The Justice and Development Party Phenomenon in the November 2002 elections in Turkey“. *South European Society and Politics* 7(3): 123–56.

<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13608740708539636?needAccess=true>
(30. Juni 2018).

———. 2002b. „Turkey’s November 2002 Elections: A New Beginning?“ *Middle East Review* 6(4): 30–41.

https://www.researchgate.net/publication/242225848_TURKEY%27S_NOVEMBER_2002_ELECTIONS_A_NEW_BEGINNING (30. Juni 2018).

———. 2005. „Political Preferences of the Turkish Electorate: Reflections of an Alevi-Sunni Cleavage“. *Turkish Studies* 6(2): 273–92.

https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/38357108/carkoglu-alevi-sunni.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1530362252&Signature=DY%2Bq41UCN5EVGp%2FeS1%2F9j6cXPJ8%3D&response-content-disposition=inline%3B filename%3DPolitical_Preferences (30. Juni 2018).

Çarkoğlu, Ali, und Melvin J. Hinich. 2006. „A spatial analysis of Turkish party preferences“.

Electoral Studies 25(2): 369–92. https://ac.els-cdn.com/S0261379405000594/1-s2.0-S0261379405000594-main.pdf?_tid=52bba434-221b-44e6-b2a6-7906c149a531&acdnat=1530343539_2cfc4591bcd06e4a149cac4ced949409 (30. Juni 2018).

Cengiz, Günay. 2012. *Die Geschichte der Türkei: von den Anfängen der Moderne bis heute*. Wien: Böhlau.

Cetin, Zülfukar. 2015. *Die Dynamik der Queer-Bewegung in der Türkei vor und während der konservativen AKP-Regierung*. Berlin. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AP_FG_Europa_2015_08.pdf (30. Juni 2018).

Dalton, Russel J. 2002a. *Citizen Politics in Western Democracies: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. 3. Aufl. New York: Chatham House.

———. 2002b. „Political cleavages, issues, and electoral change“. In *Comparing*

- Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting*, hrsg. Pippa Norris, Richard G. Niemi, und Lawrence LeDuc. Thousand Oaks California: Sage.
- Dalton, Russell J. 1984. „Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies“. *Journal of Politics* 46(1): 264–84.
<https://www.jstor.org/stable/pdf/2130444.pdf?refreqid=excelsior%3AAdd6283df56583d8691f57edce953ab05> (30. Juni 2018).
- . 1996. „Cleavage Politics, Issues and Electoral Change“. In *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*, hrsg. Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi, und Pippa Norris. London: Sage, 319–42.
- Dalton, Russell J., Scott C. Flanagan, und Paul Allen Beck. 1984. *Electoral Change: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Democracies*. New York: Princeton University Press.
- Deegan-Krause, Kevin. 2006. „New Dimensions of Political Cleavage“. In *Oxford Handbook of Political Science*, hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann. Oxford: Oxford University Press. http://ecpr2007cleavages.pbworks.com/f/Deegan-Krause_New+Dimensions+of+Political+Cleavage.pdf (30. Juni 2018).
- Detterbeck, Klaus. 2011. *Parteien und Parteiensystem*. Stuttgart: UTB.
- Dix, Robert H. 1989. „Cleavage Structures and Party Systems in Latin America“. *Comparative Politics* 22(1): 23–37.
<https://www.jstor.org/stable/pdf/422320.pdf?refreqid=excelsior%3A0fb190dc960f610285bb6f547a91207b> (30. Juni 2018).
- Dogan, Mattei. 1995. „Erosion of class voting and of the religious vote in Western Europe“. *International Social Science Journal* 146: 525–38.
- Elff, Martin. 2004. *Politische Ideologien, Sozialstruktur und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien*. Mannheim: Universität Mannheim.
- . 2007. „Social structure and electoral behavior in comparative perspective: The decline of social cleavages in Western Europe revisited“. *Perspectives on Politics* 5(2): 277–94. <https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge->

core/content/view/AE9FD02217F56AAC87B95ECA8F8BF1385/S1537592707070788a.pdf/social_structure_and_electoral_behavior_in_comparative_perspective_the_decline_of_social_cleavages_in_western_europe_revisited. (30. Juni 2018).

Emek, Berk. 2015. „The Kurdish Political Movement in Turkey: Transformation From An Ethnic Into A Progressive Party“. Central European University.

http://www.academia.edu/20331212/The_Kurdish_Political_Movement_in_Turkey_Transformation_From_an_Ethnic_into_a_Progressive_Party (30. Juni 2018).

Ersson, Svante, und Jan-Erik Lane. 1994. *Politics and Society in Western Europe*. 3. Aufl. London: Sage.

Esmer, Yilmaz. 2002. „At the Ballot Box: Determinants of Voting Behavior“. In *Politics, Parties & Elections in Turkey*, hrsg. Sabri Sayari und Yilmaz Esmer. London: Lynne Rienner, 91–114.

Ezikoğlu, Caglar. 2017. „Erdogan’s mastery of polarization“. *openDemocracy*.

<https://www.opendemocracy.net/caglar-ezikoglu/erdogan-s-mastery-of-polarization> (30. Juni 2018).

Fadel, Khalil. 1992. *Kurden heute*. 3. Aufl. Wien: Europaverlag.

Franklin, Mark N., Thomas T. Mackie, und Henry Valen. 1992. *Electoral Change: Response to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge: Cambridge University Press.

Franz, Erhard. 2003. *Das Parteiensystem in der Türkei*. Hamburg. http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2012/17257/pdf/ap_14_0306.pdf (30. Juni 2018).

Goldberg, Andres C. 2014. „The Impact of Religion on Voting Behaviour - A Multilevel Approach for Switzerland“. *Swiss Political Science Review* 20(2): 305–29.

<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/spsr.12068> (30. Juni 2018).

Göle, Nilüfer. 1997. „Secularism and Islamism in Turkey: The Making of Elites and Counter-Elites“. *Middle Eastern Studies* 1 51(1): 46–58.

<https://www.jstor.org/stable/pdf/4329022.pdf?refreqid=excelsior%3A4a916cc50c96c73a2cec498ae2838ccc> (30. Juni 2018).

De Graaf, Nan Dirk, Paul Nieuwebeerta, und Anthony Heath. 1995. „Class Mobility and Political Preferences: Individual and Contextual Effects“. *American Journal of Sociology*

100(4): 997–1027.

<https://www.jstor.org/stable/pdf/2782158.pdf?refreqid=excelsior%3A2fc3f3016047dd5cc1410100ae3e27cf> (30. Juni 2018).

Güney, Aylin. 2002. „The People’s Democracy Party“. *Turkish Studies* 3(1): 122–37.

web.a.ebscohost.com/ehost/detail/detail?sid=1d6dd228-05fc-4254-bfb5-fc04d4b409ff%40sessionmgr4010&vid=0&hid=4209&bdata=JnNpdGU9ZWwhvc3QtbGl2ZQ%3D%3D#AN=7406922&db=aph.

Güsten, Susanne. 2018. „Afrin steht kurz vor dem Fall“. *Der Tagesspiegel*.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/tuerkische-offensive-in-syrien-afrin-steht-kurz-vor-dem-fall/21062210.html> (30. Juni 2018).

Güzelmansur, Timo. 2007. „Wie muslimisch ist die Türkei?“. *Ost-West Europäische*

Perspektiven. <https://www.owep.de/artikel/617/wie-muslimisch-ist-tuerkei>.

Hazama, Yasushi. 2003. „Social cleavages and electoral support in Turkey: Toward convergence?“. *Developing Economies* 41(3): 362–87.

http://www.ide.go.jp/library/English/Publish/Periodicals/De/pdf/03_03_04.pdf (30. Juni 2018).

———. 2004. *Electoral Volatility in Turkey: Cleavage-based vs. Retrospective Voting*.

http://paperroom.ipsa.org/papers/paper_5160.pdf (30. Juni 2018).

Hobolt, Sara Binzer. 2014. „Ever Closer or Ever Wider? Public Attitudes towards Further Enlargement and Integration in the European Union“. *Journal of European Public Policy* 21(5): 664–80.

<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13501763.2014.897746?needAccess=true> (30. Juni 2018).

Hobolt, Sara Binzer, und Catherine E. de Vries. 2016. „Public Support for European Integration“. *Annual Review of Political Science* 19(1): 413–32.

https://www.researchgate.net/publication/291943482_Public_Support_for_European_Integration (30. August 2018).

Horowitz, Donald L. 1985. *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley: University of California Press.

———. 1993. „Democracy in divided Societies“. *Journal of Democracy* 4(4): 18–38.

- http://commonweb.unifr.ch/artsdean/pub/gestens/f/as/files/4760/42841_155648.pdf (30. Juni 2018).
- Hyma, Albert. 1938. *Christianity and Politics*. Philadelphia: J.B. Lippincott Company.
- Inalcik, Halil, und John Whitney. 1964. „The Nature of Traditional Society.“ In *Political Modernization in Japan and Turkey*, hrsg. Robert E. Ward und Dankwart A. Rustow. Princeton: Princeton University Press, 14–63.
- Inglehart, Ronald. 1984. „The changing structure of political cleavages in Western society“. In *Electoral Change: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial*, hrsg. Russell J. Dalton, Scott C. Flanagan, und Paul Allen Beck. New York: Princeton University Press.
- Kalaycıoğlu, Ersin. 1994. „Elections and party preferences in turkey: Changes and Continuities in the 1990s“. *Comparative Political Studies* 27(3): 402–24. <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0010414094027003004> (30. Juni 2018).
- . 2005. *Turkish Dynamics: Bridge Across Troubled Lands*. New York: Palgrave Macmillian.
- . 2012. „Kulturkampf in Turkey: The Constitutional Referendum of 12 September 2010“. *South European Society and Politics* 17(1): 1–22. <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13608746.2011.600555?needAccess=true> (30. Juni 2018).
- Kalter, Johannes, und Irene Schönberger. 2003. *Der lange Weg der Türken: 1500 Jahre türkische Kultur*. Stuttgart: Linden-Museum.
- Karpat, Kemal Haşim. 1959. *Turkey's Politics: The Transition to a Multi-Party System*. New Jersey: Princeton University Press.
- . 1972. „The transformation of the Ottoman State, 1789-1908“. *International Journal of Middle East Studies* 3(3): 243–81. <https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/S0020743800025010> (30. Juni 2018).
- Kartal, Celalettin. 2002. *Der Rechtsstatus der Kurden im Osmanischen Reich und in der modernen Türkei: Der Kurdenkonflikt, seine Entstehung und völkerrechtliche Lösung*. Hamburg: Verlag Dr.Kovac.

- Kayali, Hasan. 1995. „Elections and the Electoral Process in the Ottoman Empire, 1876-1919“. *International Journal of Middle East Studies* 27(3): 265–86.
<https://www.jstor.org/stable/pdf/176251.pdf?refreqid=excelsior%3A01be5b2ea38864a147be8c155a429475> (30. Juni 2018).
- Kemahlioğlu, Özge. 2015. „Winds of Change? The June 2015 Parliamentary Election in Turkey“. *South European Society and Politics* 20(4): 445–64.
<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13608746.2015.1115581?needAccess=true> (30. Juni 2018).
- Keskin, Hakki. 1981. *Die Türkei: Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat*: Berlin: Verlag Berlin Olle & Wolter.
- Kieser, Hans-Lukas. 2000. *Der verpasste Friede: Mission, Ethnie und Staat in den Ostprovinzen der Türkei, 1839-1938*. Zürich: Chronos Verlag.
- Kitschelt, Herbert. 1992. „The Formation of Party Systems in East Central Europe“. *Politics and Society* 20(1). <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0032329292020001003> (30. Juni 2018).
- Kitschelt, Herbert, Zdenka Mansfeldova, Radoslaw Markowski, und Gabor Toka. 1999. *Post-communist Party Systems: Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klaus, Kreiser. 2008. „Der Osmanische Staat 1300-1922“. In hrsg. Hermann Jakobs Lothar Gall, Karl-Joachim Hölkeskamp. München: Oldenbourg Verlag.
- Knutsen, Oddbjørn. 2004. *Social Structure and Party Choice in Western Europe: A Comparative Longitudinal Study*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Köse, Talha. 2015. „Identity Dynamics of the June and November 2015 Elections of Turkey: Kurds, Alevis and Conservative Nationalists“. *Insight Turkey* 17(4): 105–23.
<https://search.proquest.com/docview/1771698659/fulltextPDF/64F99402C89E4031PQ/1?accountid=14570> (30. Juni 2018).
- Kriesi, Hanspeter. 1998. „The transformation of cleavage politics: The 1997 Stein Rokkan lecture“. *European Journal of Political Research* 33(2): 165–85.
<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.00379/pdf> (30. Juni 2018).
- Krüger, Karen. 2013. „Ein neuer tiefer Staat in der Türkei“. *Frankfurter Allgemeine*.

- <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/ergenekon-prozess-ein-neuer-tiefer-staat-in-der-tuerkei-12514857.html> (30. Juni 2018).
- Kuhn, Theresa, und Florian Stoeckel. 2014. „When European integration becomes costly: the euro crisis and public support for European economic governance“. *Journal of European Public Policy* 21(4): 626–41.
<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/13501763.2013.867892?needAccess=true> (30. Juni 2018).
- Kutay, Muhammet Tacettin. 2014. „Religion und Säkularisierung in Europa und in der Türkei. Ein Vergleich der Säkularisierungsprozesse“. Universität Wien.
http://othes.univie.ac.at/31388/1/2014-01-23_0048708.pdf (30. Juni 2018).
- Lane, Jan-Erik, und Svante Ersson. 1997. „Parties and Voters: What Creates the Ties?“ *Scandinavian Political Studies* 20(2): 179–96.
<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1467-9477.1997.tb00191.x> (30. Juni 2018).
- Lipset, S.M. 2011. „Cleavages, parties and democracy“. In *Party Systems and Voter Alignments Revisited*, hrsg. Lauri Karvonen und Stein Kuhnle. London: Routledge, 3–9.
- Lipset, S.M., und Stein Rokkan. 1967. „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction“. In *Party systems and voter alignments; cross-national perspectives*, hrsg. S.M. Lipset und Stein Rokkan. New York: Free Press, 1–64.
- . 1990. „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments“. In *The West European Party System*, hrsg. Peter Mair. New York: Oxford University Press, 91–138.
- Lybeck, Johan A. 1985. „Is the Lipset-Rokkan Hypothesis Testable?“ *Scandinavian Political Studies* 8(1–2): 105–13.
https://tidsskrift.dk/scandinavian_political_studies/article/view/32500/30449 (30. Juni 2018).
- Madeley, John. 1991. „Politics and religion in Western Europe“. In *Politics and Religion in the Modern World*, hrsg. George Moyser. London: Routledge.
- Madrid, Raúl. 2005. „Ethnic Cleavages and Electoral Volatility in Latin America“. *Comparative Politics* 38(1): 1–20.
<https://raulmadriddotorg.files.wordpress.com/2012/08/comparative-politics-2005->

- article.pdf (30. Juni 2018).
- Mainwaring, Scott, und Timothy R. Scully. 1995. *Building Democratic Institutions in Latin America*. Stanford: Stanford University Press.
- Mair, Peter. 2011. „The freezing hypothesis: an evaluation“. In *Party Systems and Voter Alignments Revisited*, hrsg. Lauri Karvonen und Stein Kuhnle. London: Routledge, 27–44.
- Mardin, Şerif. 1964. *Jön Türklerin Siyasi Fikirleri 1895-1908*. Istanbul: İletisim.
- . 1969. „Power, Civil Society and Culture in the Ottoman Empire“. *Comparative Studies in Society and History* 11(3): 258. https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/7F13867411B6C6ED87CE9E156140C392/S0010417500005338a.pdf/power_civil_society_and_culture_in_the_ottoman_empire.pdf (30. Juni 2018).
- . 1973. „Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?“. *Daedalus* 102(1): 160–90. <https://www.jstor.org/stable/pdf/20024114.pdf?refreqid=excelsior%3A02f2925e461b4043787a3934204ffb16> (30. Juni 2018).
- Mattes, Robert, und Pippa Norris. 2003. *Does Ethnicity Determine Support For The Governing Party?* https://pdf.usaid.gov/pdf_docs/Pnada840.pdf (30. Juni 2018).
- McDowall, David. 1996. *A modern history of the Kurds*. London: Tauris.
- Minkenberg, Michael. 2010. „Party politics, religion and elections in Western Democracies“. *Comparative European Politics* 8: 385–414. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1057%2Fcep.2009.5.pdf> (30. Juni 2018).
- Mutlu, Servet. 1996. „Ethnic Kurds in Turkey: A Demographic Study“. *International Journal of Middle East Studies* 28(4): 517–41. <https://www.jstor.org/stable/pdf/176151.pdf?refreqid=excelsior%3Aca6eb332323c5f2b5cc996537280b01b> (30. Juni 2018).
- Naif, Bezwan. 2007. *Türkei und Europa: die Staatsdoktrin der Türkischen Republik, ihre Aufnahme in die EU und die kurdische Nationalfrage*. Osnabrück: Nomos.
- Namo, Aziz. 1992. *Kurdistan: Menschen, Geschichte, Kultur*. Nürnberg: DA Verlag Das

Andere.

Nebi, Kesen. 2009. *Die Kurdenfrage im Kontext des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union*. Zürich: Nomos.

Nejedlik, Olivia. 2016. „Development and Political Party Cleavage: A Turkish Story“. The Ohio State University.
[https://kb.osu.edu/dspace/bitstream/handle/1811/76622/1/ThesisFinal .pdf](https://kb.osu.edu/dspace/bitstream/handle/1811/76622/1/ThesisFinal.pdf) (30. Juni 2018).

Nieuwebeerta, Paul. 1996. „The Democratic Class Struggle in Postwar Societies: Class voting in Twenty Countries, 1945-1990“. *Acta Sociologica* 39(4): 345–83.
<https://openaccess.leidenuniv.nl/bitstream/handle/1887/15205/1996+AS+Nieuwebeerta.pdf?sequence=1> (30. Juni 2018).

Nursi, Said. 1913. *Munazarat*. Istanbul: Matbaa-i Ebuzziya.

Olson, Robert W. 1974. „The Esnar and the Patrona Halil Rebellion of 1730: A Realignment in the Ottoman Politics?“ *Journal of the Economic and Social History of the Orient* 17(3). <https://www.jstor.org/stable/pdf/3632175.pdf> (30. Juni 2018).

Özbudun, Ergun. 2013. *Party Politics and Social Cleavages in Turkey*. Boulder: Lynne Rienner.

———. 2015. *Social change and political participation in Turkey*. New Jersey: Princeton University Press.

Özbudun, Ergun, und Frank Tachau. 1975. „Social Change and Electoral Behavior in Turkey: Toward a ‚Critical Realignment‘?“ *International Journal of Middle East Studies* 6(4): 460–80.
<https://www.jstor.org/stable/pdf/162753.pdf?refreqid=excelsior%3A03938f07308cf5acb955b3e9bd814a6b> (30. Juni 2018).

Pappi, Franz Urban. 2015. „und Wahlabsicht : Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976 [1977]“. *Historical Social Research Supplement* (27): 81–121.
https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/44354/ssoar-hrsupp-2015-27-pappi-Sozialstruktur_gesellschaftliche_Wertorientierungen_und_Wahlabsicht.pdf?sequence=1 (30. Juni 2018).

- Parsons, Talcott. 1977. *Social Systems and the Evolution of Action Theory*. New York: Free Press.
- Pedersen, Mogens N. 1979. „The dynamics of European party systems: Changing patterns of electoral volatility“. *European Journal of Political Research* 7(1): 1–26.
<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1475-6765.1979.tb01267.x> (30. Juni 2018).
- Rae, Douglas Whiting, und Michael Taylor. 1970. *The Analysis of Political Cleavages*. New Haven und London: Yale University Press.
- Römmele, Andrea. 1999. „Cleavage Structures and Party Systems in East and Central Europe“. In *Cleavages, Parties, and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*, hrsg. Georgi Karasimeonov, Kay Lawson, und Andrea Römmele. New York: Praeger.
- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Satana, Nil S. 2012. „The Kurdish Issue in June 2011 Elections: Continuity or Change in Turkey’s Democratization?“ *Turkish Studies* 13(2): 169–89.
<http://yoksis.bilkent.edu.tr/pdf/files/10.1080-14683849.2012.686575.pdf> (30. Juni 2018).
- Schattschneider, Elmer Eric. 1964. *The Semisovereign People: A Realist’s View of Democracy in America*. New York: Holt.
- Schloßmacher, Gereon. 2014. „Expansion des osmanischen Reiches“. *Bundeszentrale für politische Bildung*.
<http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/187979/osmanisches-reich-expansion> (30. Juni 2018).
- Schoen, Harald. 2009. „Wahlsoziologie“. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch.*, hrsg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 181–208.
- Secor, A. J. 2001. „Ideologies in crisis: Political cleavages and electoral politics in Turkey in the 1990s“. *Political Geography* 20(5): 539–60. https://ac.els-cdn.com/S0962629801000117/1-s2.0-S0962629801000117-main.pdf?_tid=fe40dfd9-9219-4c3c-acdf-db89d6121f27&acdnat=1530349577_44a09ccbe9673d1c3329bdf0b5e318ed (30. Juni 2018).

2018).

Seeling, Luisa. 2016. „Richter schelten Richter“. *Süddeutsche Zeitung*.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-richter-schelten-richter-1.2961841> (30. Juni 2018).

Sert, Deniz, und Sebnem Gümüşcü. 2009. „The Power of the Devout Bourgeoisie: The Case of the Justice and Development Party in Turkey“. *Middle Eastern Studies* 45(6): 953–68.

<https://www.jstor.org/stable/pdf/40647179.pdf?refreqid=excelsior%3Ae942c6e3d5639a088c10bb7f983591a3> (30. Juni 2018).

Siegman, Henry. 1964. „The State and the Individual in Sunni Islam*“. *The Muslim World LIV* 54(1): 14–26. [https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1478-](https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1478-1913.1964.tb01179.x)

[1913.1964.tb01179.x](https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1478-1913.1964.tb01179.x) (30. Juni 2018).

Sirkeci, Ibrahim. 2016. „Exploring the Kurdish population in the Turkish context“. *Genus* 56(1): 149–75.

<https://www.jstor.org/stable/pdf/29788634.pdf?refreqid=excelsior%3A1e58db370017207f16b3404f029414d8> (30. Juni 2018).

Smith, Donald Eugene. 1970. *Religion and Political Development*. Boston: Little Brown.

Tezcür, Güneş Murat. 2007. „Electoral Competition & Cleavages in Turkey: a Geographical Perspective“. *European Consortium on Political Research*.

<https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/1490f09e-c44d-4fec-aafa-6eefcd157373.pdf> (30. Juni 2018).

Toprak, Binnaz. 1981. *Islam and Political Development in Turkey*. Leiden: E.J. Brill.

Toros, Emre. 2014. „Social Indicators and Voting: The Turkish Case“. *Social Indicators Research* 115(3): 1011–29. [https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11205-](https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11205-013-0247-5.pdf)

[013-0247-5.pdf](https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11205-013-0247-5.pdf) (30. Juni 2018).

„Vom Reich zur Republik: die ‚kemalistische Revolution‘“. 2012. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/izpb/77030/vom-reich-zur-republik-die-kemalistische-revolution?p=all> (30. Juni 2018).

Watts, Nicole F. 1999. „Allies and enemies: pro-Kurdish parties in Turkish politics, 1990–94“. *International Journal of Middle East Studies* 31(4): 631–56.

<https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge->

core/content/view/S0020743800057123 (30. Juni 2018).

West, W. Jefferson. 2005. „Regional cleavages in Turkish politics: An electoral geography of the 1999 and 2002 national elections“. *Political Geography* 24(4): 499–523.

[https://ac.els-cdn.com/S0962629805000193/1-s2.0-S0962629805000193-main.pdf?_tid=4bbd5055-9ecf-4318-9caf-](https://ac.els-cdn.com/S0962629805000193/1-s2.0-S0962629805000193-main.pdf?_tid=4bbd5055-9ecf-4318-9caf-618301bf73b6&acdnat=1530318450_c93ce1d5a8bda76774b81abac5d4346a)

[618301bf73b6&acdnat=1530318450_c93ce1d5a8bda76774b81abac5d4346a](https://ac.els-cdn.com/S0962629805000193/1-s2.0-S0962629805000193-main.pdf?_tid=4bbd5055-9ecf-4318-9caf-618301bf73b6&acdnat=1530318450_c93ce1d5a8bda76774b81abac5d4346a) (30. Juni 2018).

Whitefield, Stephen. 2002. „Political Cleavages and Post-Communist Politics“. *Annual Review of Political Science* 5: 181–200.

<https://www.annualreviews.org/doi/pdf/10.1146/annurev.polisci.5.112601.144242> (30. Juni 2018).

Wuthrich, F. Michael. 2013. „An essential center-periphery electoral cleavage and the turkish party system“. *International Journal of Middle East Studies* 45(4): 751–73.

[https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-](https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/B22DF45FCC0A64828607277165BDF078/S0020743813000895a.pdf/an_essential_centerperiphery_electoral_cleavage_and_the_turkish_party_system.pdf)

[core/content/view/B22DF45FCC0A64828607277165BDF078/S0020743813000895a.pdf/an_essential_centerperiphery_electoral_cleavage_and_the_turkish_party_system.pdf](https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/B22DF45FCC0A64828607277165BDF078/S0020743813000895a.pdf/an_essential_centerperiphery_electoral_cleavage_and_the_turkish_party_system.pdf) (30. Juni 2018).

YeniSafak. „TÜRKİYE GENEL SEÇİM TARİHİ“. *YeniSafak*.

<https://www.yenisafak.com/secim/genel-secim/> (24. Juni 2018).

Yoldaş, Yunus. 2008. *Das politische System der Türkei (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaften, Vol. 557)*. Frankfurt am Main: PETER LANG.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre, dass ich die Arbeit selbstständig angefertigt und nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken, gegebenenfalls auch elektronischen Medien, entnommen sind, sind von mir durch Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht. Entlehnungen aus dem Internet sind durch Angabe der Quelle und des Zugriffsdatums sowie dem Ausdruck der ersten Seite belegt; sie liegen zudem für den Zeitraum von zwei Jahren entweder auf einem elektronischen Speichermedium im PDF-Format oder in gedruckter Form vor.